



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

80. Sitzung

Hannover, den 7. September 2010

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten	10037
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	10037

Tagesordnungspunkt 2:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung einer Bodenschätzeförderabgabe Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2382 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/2756 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/2796	10038
Enno Hagenah (GRÜNE)	10038
Ronald Schminke (SPD)	10039
Gabriela König (FDP)	10040
Karl-Heinz Bley (CDU)	10041
Ursula Helmhold (GRÜNE)	10043
Ursula Weisser-Roelle (LINKE)	10043
Jörg Bode , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	10043
Beschluss	10044

(Erste Beratung: 68. Sitzung am 27.04.2010)

Tagesordnungspunkt 3:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2494 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/2773 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/2795	10044
Dr. Manfred Sohn (LINKE)	10045

Reinhold Hilbers (CDU)	10045
Renate Geuter (SPD)	10046
Christian Grascha (FDP)	10047
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)	10047
Beschluss	10047

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011 - HG 2011 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2750	10048
---	-------

und

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2749	10048
--	-------

und

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2771	10048
Hartmut Möllring , Finanzminister	10048, 10050, 10076, 10077

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE).....	10051, 10064
Stefan Schostok (SPD).....	10052
Björn Thümmler (CDU).....	10057, 10062
Christian Dürr (FDP).....	10067, 10072
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD).....	10071
Ralf Brieke (GRÜNE).....	10072
Dr. Manfred Sohn (LINKE).....	10073, 10077
Ausschussüberweisung (TOP4 bis 6).....	10078

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Besseres BAföG für viele anstatt ungerechtes Stipendienprogramm für eine Elite! - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2401neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/2758 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2786 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2805..... 10078

und

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

BAföG-Blockade aufgeben und Erhöhung zustimmen! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2751..... 10078
Victor Perli (LINKE)..... 10078, 10082, 10086, 10089
Dr. Gabriele Andretta (SPD)..... 10079, 10085, 10089
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)..... 10081, 10082, 10089
Fritz Güntzler (CDU)..... 10083, 10085
Almuth von Below-Neufeldt (FDP)..... 10085, 10087
Professorin Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft und Kultur..... 10087, 10090
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)..... 10090
Beschluss (TOP 7)..... 10090
Ausschussüberweisung (TOP 8)..... 10091
(zu TOP 7: Erste Beratung: 70. Sitzung am 29.04.2010)

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung:

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes: Regelsätze der sozialen Mindestsicherung endlich menschenwürdig und sozial gerecht bestimmen (Artikel 1 und 20 Grundgesetz) - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2513 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/2759..... 10091
Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE)..... 10091, 10092, 10094, 10098
Roland Riese (FDP)..... 10092, 10097, 10098, 10099
Norbert Böhlke (CDU)..... 10093
Ulrich Watermann (SPD)..... 10095, 10100

Ursula Helmhold (GRÜNE).....	10096, 10099
Rolf Meyer (SPD).....	10098
Aygül Özkan , Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.....	10100
Beschluss	10101
(Erste Bratung: 75. Sitzung am 11.06.2010)	

Tagesordnungspunkt 10:

Einzige (abschließende) Beratung:

a) **Radverkehrskonzept für Niedersachsen - Mobilität, Klimaschutz, Tourismus, Gesundheit** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1645 - b) **Das Niedersachsenpferd aufs Rad setzen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1789 - c) **Radfahren in Niedersachsen noch attraktiver machen - Zukünftige Radverkehrsförderung in Niedersachsen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2182 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/2757..... 10101
Sabine Tippelt (SPD)..... 10101
Karsten Heineking (CDU)..... 10103
Gabriela König (FDP)..... 10105
Ursula Weisser-Roelle (LINKE)..... 10105
Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr..... 10106
Beschluss..... 10107

(zu a: Direkt überwiesen am 16.09.2009)

(zu b: Direkt überwiesen am 29.10.2009)

(zu c: Direkt überwiesen am 12.02.2010)

Tagesordnungspunkt 11:

Einzige (abschließende) Beratung:

Mediengebühr pro Haushalt statt Rundfunkgebühr pro Gerät - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1700 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/2764 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2806..... 10107
Ursula Helmhold (GRÜNE)..... 10107, 10111
Daniela Behrens (SPD)..... 10109, 10112
Wittich Schobert (CDU)..... 10110, 10112, 10113
Kreszentia Flauger (LINKE)..... 10112, 10114
Klaus Rickert (FDP)..... 10114
David McAllister, Ministerpräsident..... 10115
Beschluss..... 10116
(Direkt überwiesen am 07.10.2009)

Nächste Sitzung..... 10116

Vom Präsidium:

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident David McAllister (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Aygül Özkan (CDU)	Staatssekretär Heinrich Pott, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Kultusminister Dr. Bernd Althuisman (CDU)	Staatssekretär Dr. Stefan Porwol, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Jörg Bode (FDP)	
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucher- schutz und Landesentwicklung Astrid Grotelüschen (CDU)	
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Professorin Dr. Johanna Wanka (CDU)	
Minister für Umwelt und Klimaschutz Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Stefan Birkner, Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 13.30 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen einen guten Tag und heiße Sie namens des Präsidiums zu unserer heutigen Sitzung sehr herzlich willkommen. Ich eröffne die 80. Sitzung im 27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Für die Aktuelle Stunde, die für morgen früh vorgesehen ist, sind fünf Themen benannt worden. Es liegen im Übrigen drei Dringliche Anfragen vor, die Donnerstag früh ab 9.10 Uhr beantwortet werden.

Auf der Grundlage der im Ältestenrat für die Beratung einzelner Punkte vereinbarten Redezeiten und des im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssels haben die Fraktionen die ihnen jeweils zustehenden Zeitkontingente so verteilt, wie Sie das aus der Übersicht ersehen können, die Ihnen ebenfalls vorliegt. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten fest.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.35 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. In der Portikushalle ist die vom Netzwerk der niedersächsischen Mehrgenerationenhäuser konzipierte Ausstellung „Mehrgenerationenhäuser brauchen Zukunft“ zu sehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie ungeachtet der Fülle der von uns zu behandelnden Themen ein wenig Zeit finden könnten, sich diese Ausstellung anzusehen.

Die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ wird in den kommenden Tagen wiederum mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Es handelt sich um Schülerinnen und Schüler der Realschule aus Syke. Der Abgeordnete Frank Mindermann hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, als Pate die Arbeit der jungen Leute nach Kräften zu unterstützen und erster Ansprechpartner der Nachwuchsjournalisten zu sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weise außerdem darauf hin, dass das „Modellprojekt Landtagsfernsehen“ mit jungen und aufstrebenden Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten im Laufe der kommenden Tage wieder Sendungen erstellen wird. Die einzelnen Sendungen stehen unmittelbar nach ihrer Produktion im Internet auf der Homepage der Multi-Media Berufsbildenden Schule - www.mmbbs.de - zum Abruf bereit. Sie sollen auch über den Regionalsender h1 gesendet werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die bei mir eingegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin mit.

Schriftführerin Ulla Groskurt:

Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung die Ministerin für Wissenschaft und Kultur Frau Professorin Wanka bis ca. 15.30 Uhr, von der Fraktion der CDU Herr Ahlers, von der Fraktion der SPD Herr Bachmann, von der Fraktion DIE LINKE Herr Herzog und als fraktionsloses Mitglied des Hauses Frau Wegner.

Danke schön.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Bevor wir jetzt in die Tagesordnung eintreten, noch eine kurze Vorbemerkung von mir im Hinblick auf die personellen Veränderungen an den Spitzen der Fraktionen. Es gibt jetzt auch eine Veränderung bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben eine neue Parlamentarische Geschäftsführerin. Frau Dr. Heinen-Kljajić, wir beglückwünschen Sie zu der neuen Aufgabe und verbinden dies vom Präsidium aus mit dem Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich will natürlich auch noch einen Satz zu Frau Kollegin Helmhold sagen, die diese Aufgabe über Jahre hinweg wahrgenommen hat. Vom Präsidium aus sagen wir herzlichen Dank dafür, dass Sie diese Aufgabe in den letzten Jahren so erfolgreich wahrgenommen haben.

(Beifall)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung einer Bodenschätzeförderabgabe Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2382 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/2756 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/2796

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der schriftliche Bericht über die Ausschussberatungen liegt Ihnen in der Drs. 16/2796 vor. Eine mündliche Berichterstattung ist daher nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein.

Ich erteile Herrn Kollegen Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben trotz Klimawandel und bevorstehendem Schuldenverbot offenbar noch keinen ausreichenden Leidensdruck, um sich von alten Gewohnheiten zu trennen. Rohstoffe zum Bauen und für den Garten wollen sie nicht durch aufwendigeres Recycling gewinnen, sondern sie holen sie weiter aus der Erde, solange es irgendwie noch funktioniert. Kein Gedanke an die positive Lenkungswirkung hin zu mehr Effizienz und höherwertigem Recycling durch eine Rohstoffabgabe. Kein Gedanke an den notleidenden Landeshaushalt, der eine zusätzliche Aufbesserung von bis zu 58 Millionen Euro im Jahr für diesen guten Zweck dringend nötig hätte. Nein, sie retten sich durch die derzeit niedrigen Zinsen erst noch einmal über die Runden und kürzen lieber bei Arbeitsförderung und Infrastrukturunterhaltung, anstatt neue Einnahmen mit zusätzlichen positiven Lenkungseffekten auch für Klima- und Umweltschutz zu schaffen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zur Zahlung der Abgabe wären diejenigen verpflichtet, die die Bodenschätze fördern. Ausgenommen sind natürlich der nicht kommerzielle Abbau oder die Förderung für den privaten Bedarf sowie der Abbau von Klei, Sand und Kies für den Deichbau. So hatten wir es in unserem Gesetzentwurf niedergelegt. Wir fanden das angesichts der Endlichkeit der Ressourcen ausgewogen und auch angemessen. Mit vorgeschobenen Argumenten direkt aus der Feder der betroffenen Industrie

wiegelten Sie in der Beratung aber all die nutzbringenden Aspekte ab. Stattdessen malten Sie das düstere Bild von einer Branche, deren Unternehmen unter der Last der Abgabe existenzbedrohende Einbußen zu erleiden hätten.

(Gabriela König [FDP]: Das ist auch völlig gerechtfertigt!)

Angeblich würde die Abgabe für Millionen von zusätzlichen Transportkilometern sorgen, weil sie Anlieferungen aus den benachbarten Ländern oder gar vom anderen Ende der Welt provozieren würde, Frau König.

(Gabriela König [FDP]: Das ist auch so!)

- Ich habe als Architekt lange genug auf dem Bau gearbeitet, Frau König,

(Gabriela König [FDP]: Ich auch!)

und zwar bei kleinen und größeren Bauvorhaben, um mir diesen Bären nicht aufbinden zu lassen, der uns in der Beratung aufgetischt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Personal-, Energie- und Maschinenkosten bei einem längeren Transport übersteigen bei Weitem die im Gesetz genannten Abgabebeträge. Dadurch würde kein zusätzlicher Rohstofftourismus ausgelöst. Gegen den Transport direkt an der Landesgrenze - wie z. B. bei Ihnen, Herr Schminke, an der Grenze zu Thüringen - kann und sollte man ohnehin nichts Grundsätzliches tun, wenn dadurch teilweise sogar kürzere Wege von der Rohstoffquelle aus hin zu den Baustellen zurückgelegt werden. Solche Transporte können wir nicht verhindern. Wir haben keine Zollschranken mehr. Zudem steht die Abgabe nach der Regierungsübernahme von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, dem in den Beratungen häufig genannten direkten Konkurrenzland bei den Rohstoffen, jetzt auch dort auf der Tagesordnung. Brandenburg, Thüringen und Sachsen haben sie bereits auf dem Verordnungswege eingeführt. Wir würden hier also nur mit anderen Bundesländern gleichziehen.

Uns und sicherlich auch Ihnen liegt das Rechtsgutachten von Professor Dr. Reinhard Hendler von der Universität Trier vor, das auch die vom Wirtschaftsministerium vorgebrachten Verfassungsbedenken ausräumt. Eigentum gibt bei uns eben nicht nur Rechte. Es sind auch Pflichten gegenüber der Allgemeinheit damit verbunden. Auch die von Ihnen befürchteten Mehrausgaben beim öffentlichen Bauen fallen im Verhältnis zu den zu-

sätzlichen Einnahmen für das Land nicht ins Gewicht. Sie tun in dieser Hinsicht schon genug durch die Art und Weise, wie Sie die Investitionsquote des Landes Niedersachsen nach unten treiben. Die entsprechenden Beträge sind mittlerweile ja verschwindend klein. Ein besser ausgestatteter Landeshaushalt ist auch in der Lage, an die Kommunen einen entsprechenden Beitrag weiterzuleiten, ganz wie sich das nach dem Grundsatz der Subsidiarität gehören würde, Frau König.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also auch dort wäre nicht zu befürchten, dass sich die Kommunen aufgrund der Abgabe des Bauen nicht mehr leisten könnten.

(Zuruf von Gabriela König [FDP])

- Ja, genau, aber mit der Lenkungswirkung, dass weniger Ressourcen verbraucht werden und dass mehr recycelt wird. So ist das nun einmal mit Umweltabgaben. Sie sollen im Endeffekt nicht zu Mehreinnahmen führen, sondern zu einer intelligenteren Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Das allerdings muss die FDP noch grundsätzlich lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Chance, unserem Gesetzentwurf heute doch noch zuzustimmen. Nutzen Sie diese Möglichkeit zu sinnvollen Mehreinnahmen, bevor der Spardruck Sie nächstes Jahr bei steigenden Zinsen gänzlich überrollt!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Schminke von der SPD-Fraktion das Wort.

Ronald Schminke (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits bei der Formulierung der Zielsetzung dieser Gesetzesvorlage erklären Sie, dass der oberflächennahe Abbau von Bodenschätzen im Widerspruch zu den Zielen des Schutzes der biologischen Vielfalt stehe. Das aber ist so jedenfalls nicht ganz richtig, meine Damen und Herren. Darum, noch mehr aber aus ökonomischen Gründen können wir diesem Gesetzentwurf heute leider nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wiederherrichtung ehemaliger Lagerstätten in Form der Rekultivierung und der Renaturierung ist seit Anfang der 70er-Jahre gesetzliche Pflicht, und insbesondere die Zeit nach der Ausbeutung wird regelmäßig als ökologische Chance für neue Lebensräume einer Tier- und Pflanzenwelt genutzt. Sehr schnell sind dann auch immer die Naturschutzverbände und die Hochschulen zur Stelle, um die abgeräumten Lagerstätten als wissenschaftliche Objekte für Forschung und Lehre, für praktischen Artenschutz und Monitoring zu sichern. Bei solchen Vorhaben, meine Damen und Herren, stehen die Vertreter der Grünen eigentlich immer in der ersten Reihe. Darum verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie Ihrer eigenen Klientel und auch den geschützten Gelbbauchunken, die sich in den zurückgebliebenen Kieseeseen tummeln, das Wasser abgraben wollen. Das verstehen wir überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, die Reduktion des Flächenverbrauchs ist ein weiteres Ziel. Herr Hagenah, Sie haben ausführlich darüber gesprochen. Für die SPD-Fraktion darf ich erklären, dass wir diese Zielsetzung bereits etwas länger verfolgen und deshalb auch schon etwas länger mit großer Freude den drastischen Rückgang beim Flächenverbrauch feststellen dürfen. Einerseits nämlich ist das Bauvolumen drastisch zurückgegangen, andererseits wird logischerweise auch weniger Material benötigt. Ferner dürfen wir feststellen, dass immer mehr Recyclingmaterial eingesetzt wird und dass dieser Bereich sehr stark zugenommen hat. Es gibt quasi keine Straßen und keine Autobahnen mehr, bei denen nicht dieses Recyclingmaterial direkt wieder verwendet wird. Recyclingmaterial ist auch viel billiger. Das ist der richtige Ansatz, weil nämlich jedes Unternehmen schon allein aus Kostengründen Recyclingmaterialien verwendet. Somit findet das, was Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, in Ihrem Gesetzentwurf fordern, bereits statt. Hinter den Ressourcen, die jetzt schon geschützt werden, stehen auch wir. Auch wir sind dafür, dass das so läuft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Gesetz würde unsere Wirtschaft hart treffen; denn offensichtlich ist Ihnen der ständige Konkurrenzkampf am Markt nicht richtig geläufig. In Niedersachsen haben Unternehmen bei der Submission schon deshalb oft das Nachsehen, weil sie mit den ortsüblichen Normalpreisen für Naturstein, Sand, Kies, Mergel, Gips oder Schotter kalkulieren, während die Nachbarn aus Thüringen, Sachsen-Anhalt oder aus

Hessen oder NRW - das haben Sie ja erwähnt - die Materialien trotz langer Transporte deutlich günstiger einrechnen können. Wollen Sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer meist mittelständischen Betriebe mit diesem Gesetz verschlechtern? - Wir wollen das nicht, meine Damen und Herren.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hagenah?

Ronald Schminke (SPD):

Nein, ich weiß ja, was er fragen will.

(Zuruf von Enno Hagenah [GRÜNE])

- Herr Hagenah, wir wollen Ihnen keinen Bären aufbinden. Wir sind ja nicht im Zoo. Wir wollen Ihnen hier die Fakten schildern.

Wollen Sie, meine Damen und Herren, auf das zwischen Ost und West ohnehin schon bestehende Gefälle bei den Investitionsförderungen für Betriebe mit einer zusätzlichen einseitigen Abgabe noch eins obendrauf setzen? - Wir wollen das nicht. Wir wollen die Wettbewerbsbedingungen unserer Unternehmen nicht verschlechtern, sondern eher fördern. Dafür sind wir angetreten.

Sie würden mit diesem Gesetz außerdem für deutlich mehr Lkw-Transporte über lange Wege sorgen und noch mehr CO₂-Schadstoffausstoß produzieren, was Ihnen bekannt sein müsste. Auch das können Sie, glaube ich, nicht verantworten. Wir jedenfalls wollen das nicht.

Nun noch eine wichtige Perspektive, die wir ebenfalls nicht vernachlässigen wollen, meine Damen und Herren: Bei der heute zu treffenden Entscheidung geht es nämlich auch um Arbeitsplätze, um die Einkommen der Beschäftigten in den Abbaubetrieben, aber auch in der heimischen Bauindustrie, die Sie ja schon zitiert haben, und insbesondere im Handwerk. Mit dieser Abgabe würden wir Arbeitsplätze in Gefahr bringen und ganze Unternehmen in ihrem Bestand gefährden. Die Folgen mit weniger Kaufkraft und rückläufiger Gewerbesteuer wären absolut kontraproduktiv. Auch deshalb können wir heute nicht zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben uns die Sache nicht leicht gemacht. Wir haben mit Unternehmen, Verbandsvertretern - natürlich auch mit Verbandsvertretern, Herr Hagenah; denn auch die

haben ihre berechtigten Sorgen - sowie mit Arbeitnehmern über die Auswirkungen der von Ihnen geforderten Sonderabgabe gesprochen. Wir finden ökologisch und ökonomisch aber keine positiven Ansätze bei dem vorgelegten Gesetzentwurf der Grünen.

Für Sie ist das heute sicherlich kein guter Start in die Plenarwoche,

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Für Sie auch nicht!)

weil wir Ihnen gleich noch eine Niederlage mit auf den Weg geben werden. Herr Hagenah, als gutes Nachschlagewerk darf ich Ihnen zum Schluss noch ein Buch überreichen. Es heißt „Die Zeit danach“. In diesem Buch finden Sie zahlreiche Beispiele für ehemalige Lagerstätten, die Naturschutz- und Vogelschutzgebiete geworden sind. Viele von diesen Gebieten befinden sich übrigens an der Weser. Ich möchte Ihnen dieses Buch bei dieser Gelegenheit jetzt gern überreichen, damit Sie sich einmal schlau machen können, aber nur geborgt.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP - Ronald Schminke [SPD] überreicht Enno Hagenah [GRÜNE] das Buch - Heiterkeit - Zurufe)

Präsident Hermann Dinkla:

Wenn sich die Lage wieder beruhigt hat und der Beschenkte die Möglichkeit hat, in dieses Buch hineinzusehen, können wir mit der Tagesordnung fortfahren. - Ich erteile der Kollegin König von der FDP-Fraktion das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hut ab, Herr Schminke! Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Vielen Dank.

Dieser Gesetzentwurf der Grünen beinhaltet, dass unsere Bodenschätze künstlich verteuert werden, um mehr Geld in den Landeshaushalt zu spülen. Damit aber würden Materialien teurer, die wir nicht aus purer Freude und Gewinnsucht abbauen, sondern deshalb, weil wir sie in der Wirtschaft und in den Kommunen dringend benötigen. Außerdem dienen sie der Pflege und der Unterhaltung unserer Bausubstanz und unserer kultivierten Bereiche. Egal, ob wir Torf, Humus, Sand, Kies, Ton oder Gestein abbauen - immer geschieht dies in Bezug auf Erhaltung und Weiterentwicklung unserer bestehenden Werte. Kein Hausbesitzer, kein Gärtner

bzw. Hobbygärtner kann ohne Torf oder Humus arbeiten. Gleiches gilt für unsere Kommunen, die immerhin 53 % des vom Gesetz betroffenen Materials abrufen. Genau da, Herr Hagenah, nehmen Sie auf der einen Seite ein, um auf der anderen Seite wieder auszugeben. Dabei wird aber ein Minus herauskommen; denn die Einnahmen werden nicht ausreichen, um die Ausgaben zu tätigen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wenn solche Materialien zunehmend teurer werden, schränken Sie wichtige Wirtschaftsbereiche erheblich ein und versetzen Sie diese so in eine katastrophale Lage. Das hat Herr Schminke Ihnen gerade erklärt. Die Bauindustrie ist schon heute eine der am meisten belasteten Branchen. Wir haben in den letzten Jahren viele Unternehmen und damit auch viele Arbeitsplätze verloren. Erst seit Kurzem stabilisiert sich diese Lage wieder. Und jetzt wollen Sie diese Branche neu belasten. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

Kommunen haben kaum das Geld, eigene Projekte zu verwirklichen, ihren Pflichten nachzukommen oder Gebäude und Straßen zu unterhalten. Das sieht man am besten an den maroden Schulgebäuden oder an den von Ihnen hier sehr beklagten Straßenzuständen. Und das wollen Sie jetzt noch verschlimmbessern, oder wie?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sind Sie sich eigentlich bewusst, wie viel ein Genehmigungsverfahren - mit all den Auflagen der Rekultivierung - für eine Kies- oder Sandgrube kostet? - Das alles spiegelt sich bislang doch schon im Preis wider.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr wichtig!)

Viele Flächen in Niedersachsen, für die noch Schürfrechte bestehen, werden nicht mehr angegangen, weil das Verfahren zu aufwendig und zu teuer ist. Ihre Rechnung kann daher gar nicht aufgehen, da Kommunen wie auch Unternehmen das Material aus anderen Gebieten anfordern. Und dann hätten Sie es geschafft, dass Abbauunternehmen aus Niedersachsen vertrieben würden und dass das Verkehrsaufkommen durch andere Einkäufe natürlich erhöht würde. Auch Herr Schminke hat Ihnen das klar und deutlich gesagt. Ich weiß nicht, warum Sie da so borniert sind.

(Zuruf von Enno Hagenah [GRÜNE])

Was für ein Unsinn also! - Das ist eine wirklich rühmliche Tat der Grünen und zeigt wieder mal deutlich Ihre Geisteshaltung.

Dieses Gesetz ist schon in anderen Bundesländern gescheitert und wird auch in Niedersachsen von CDU und FDP und Gott sei dank diesmal auch von der SPD nicht mitgetragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Bley von der CDU-Fraktion das Wort.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der heutigen abschließenden Beratung und Ablehnung des Gesetzentwurfes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhebung einer Bodenschätzeabgabe verhindern wir erstens den Wegfall weiterer Arbeitsplätze im Bereich Bodenschätzeabbau sowie im verarbeitenden Gewerbe. Wir verhindern zweitens weitere Umweltnachteile durch unnötig weite Transporte der Rohstoffe. Und drittens verhindern wir den Wegfall von Steuereinkommen aus dem verarbeitenden Gewerbe und aus dem Bergbau.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ihre Rechnung, die Sie uns aufgemacht haben, geht so nicht auf. Das schnelle Geld, das - so haben Sie es uns erklärt - fließen soll, wird es so nicht geben, auch wenn wir das Gesetz verabschieden würden. Auch die Aussagen von Herrn Hagenah in Bezug auf Schuldendruck und notleidenden Haushalt können uns nicht beeindrucken.

Meine Damen und Herren, der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie die mitberatenden Ausschüsse haben mit den Stimmen der CDU, der FDP und der SPD den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die CDU- und die FDP-Fraktion fühlen sich in der Annahme bestätigt, dass Arbeitsplätze verloren gehen, dass sich die Ökobilanz verschlechtert und dass Steuereinnahmen langfristig nicht steigen, sondern sinken werden. Die Stellungnahme aus dem Wirtschaftsministerium hat uns noch einmal aufgezeigt, welche Auswirkungen ein solches Ge-

setz haben wird. Auch aus Industrie und Wirtschaft werden in Bezug auf ein solches Gesetz negative Signale gesendet.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass nicht nur CDU und FDP das so sehen, sondern auch die SPD ist hier realitätsnah und hat in den Ausschüssen gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt.

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, unterbrechen Sie bitte! - Wir haben die Hoffnung gehabt, dass sich der Mitteilungsbedarf innerhalb der Reihen nach einer knappen halben Stunde doch etwas vermindert. Aber die Hoffnung trägt doch scheinbar. Ich möchte darum bitten, dass die Gespräche eingestellt werden, sodass der Redner Gehör findet.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Meine Damen und Herren, in Deutschland und in Niedersachsen haben wir im Monat August eine so niedrige Arbeitslosigkeit gehabt wie zuletzt im August 1992, also vor nunmehr 18 Jahren. Diese gute Entwicklung wollen wir nicht behindern, sondern positiv begleiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf zur Arbeitslosensituation ein paar Zahlen nennen, die sich nicht nur auf hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen, sondern auf alle Lohn- und Gehaltsklassen. Im Jahr 1995 arbeiteten in Niedersachsen 581 839 Arbeitskräfte in 4 011 Betrieben. Sie hatten zusammen ein Bruttogehalt von über 17 Milliarden Euro. Im Jahr 2009 waren in 3 863 Betrieben noch 521 206 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die ein Bruttoeinkommen von mehr als 20 Milliarden Euro erzielten.

In den Jahren 2005 bis 2007 waren in der Branche weniger Arbeitsplätze vorhanden. Wir sind mittlerweile wieder auf einem guten Weg, und das lassen wir uns von der Partei Bündnis 90/Die Grünen nicht kaputtmachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie auch schon in NRW wird Ihr Antrag hier und heute abschließend abgelehnt. Warum lehnen wir den Antrag ab? - Einige Gründe habe ich bereits genannt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat anscheinend ein etwas gestörtes Verhältnis zur

Wirtschaft. Das erkennt man z. B. in Bezug auf den Antrag zum Kommunalverfassungsrecht.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie haben ein gestörtes Verhältnis zur Bürokratie!)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Grünen sind der Meinung, dass die kommunale Wirtschaft oftmals günstiger professionelle Arbeit leistet als privatwirtschaftliche Unternehmen. Als Beispiel wird auf die Rekommunalisierung von Stadtwerken verwiesen. Dass hier Wettbewerbsnachteile für die private Wirtschaft entstehen, weil bei kommunaler Wirtschaft mit Einsatz von Steuergeldern und ohne Insolvenzrisiken gearbeitet wird, wird nicht erwähnt.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Die Energiekonzerne subventionieren Sie doch auch!)

Meine Damen und Herren, jetzt aber noch ein paar nachdenklich stimmende Anregungen und Ausführungen zum Gesetzentwurf.

Erstens. Arbeitsplätze in Niedersachsen würden verloren gehen oder in Nachbarbundesländer verlagert, oder aber Lieferungen aus dem Baltikum würden sich erhöhen.

Zweitens. Es wurde errechnet, dass bei einer Verlagerung in andere Länder 77 Millionen Lkw-km mit 26 Millionen Liter Dieselölverbrauch die Folge wären.

Drittens gäbe es für die weiterverarbeitenden Betriebe eine Verteuerung von 20 bis 25 %.

Viertens. Viele Betriebe würden aufgeben.

Fünftens entstünden auch verfassungsrechtliche Probleme.

Wir als Christdemokraten werden und wollen diese Nachteile für unser Ökosystem, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen steht dank unserer guten Wirtschaftspolitik im Arbeitsmarktranking auf Platz 5 von 16 Bundesländern. Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen liegt zurzeit bei 7,4 %. Sie ist also niedriger als im Bundesdurchschnitt. Seit 2003 sind wir an der Regierung, und seitdem haben wir die absoluten Zahlen jedes Jahr verbessern können. Das soll und wird auch so bleiben. Unser Kabinett mit David McAllister als Ministerpräsident an der Spitze ist hierfür ein guter Garant.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bitte darum, diesen Antrag abzulehnen, so wie es CDU, FDP und, wie ich gehörte habe, auch die SPD tun werden.

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin Helmhold hat das Wort zu einer Kurzintervention.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bley, mir ist eben, sagen wir mal, besonders aufgestoßen, dass Sie uns ein gestörtes Verhältnis zur Wirtschaft unterstellt haben. Nun ist es ja so, dass Rot-Grün z. B. für ungefähr 300 000 Arbeitsplätze bei den regenerativen Energien gesorgt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Davon profitiert insbesondere das Handwerk. Wenn Sie aber meinen, dass wir ein gestörtes Verhältnis beispielsweise zu den Energiekonzernen - speziell zu den Stromkonzernen, zu den vier, die gerade die Bundesregierung über den Tisch gezogen haben - haben, dann betrachte ich das als Ehrenerklärung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Möchte die CDU-Fraktion antworten? - Das ist nicht der Fall. Dann hat Frau Kollegin Weisser-Roelle das Wort.

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die mit dem Gesetzentwurf angestrebten Ziele werden von der Linksfraktion ausdrücklich unterstützt.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Aus folgenden Gründen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu: Erstens werden Anreize gesetzt, natürliche Rohstoffe möglichst sparsam und damit umweltschonend zu nutzen. Gleichzeitig wird darauf abgezielt, da, wo es möglich ist, Rohstoffe durch Recycling-Produkte zu ersetzen. Das wiederum ist ein Beitrag hin zu weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen.

Zweitens soll sich derjenige, der eine Ressource nutzt und dadurch die Allgemeinheit belastet, gezielt an der Finanzierung von Maßnahmen des Natur- und Bodenschutzes bis hin zur Renaturierung beteiligen.

Drittens können mit der Erhebung einer Förderabgabe Einnahmen für die öffentliche Hand in voraussichtlich insgesamt zweistelliger Millionenhöhe erzielt und kann damit wiederum zur Verbesserung der Situation öffentlicher Haushalte beigetragen werden.

Bei der zukünftigen Arbeit zum Thema „Bodenschätzeförderabgabe“ sollte überprüft werden, in welche Haushaltsebene - Land oder Kommune - derartige Einnahmen fließen können. Die Grünen favorisieren offenbar den Landeshaushalt. Durchaus denkbar und sinnvoll wäre aber auch, dass solche Einnahmen in die Haushalte betroffener Städte, Gemeinden oder Landkreise fließen.

Was schließlich den Bürokratieaufwand betrifft, so ist für uns der im Gesetzentwurf enthaltene Vorschlag nachvollziehbar. Es handelt sich offenbar um eine schlanke Lösung. Überprüft werden sollte aber, ob die Abgabensätze im Detail optimal ausgestaltet sind.

Die Belastung je Unternehmen durch die Förderabgabe erscheint uns nach den vorliegenden Informationen als durchaus verkraftbar. Die diesbezüglichen Einwände seitens der CDU, der FDP und auch der SPD sind aus unserer Sicht weit überzogen.

Vor diesem Hintergrund sagt die Linke Ja zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile Herrn Minister Bode das Wort.

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen wollen heute eine neue Abgabe einführen, und zwar auf die Gewinnung von verschiedenen Bodenschätzen. Ziel sollen die bessere Steuerung und der Schutz der biologischen Vielfalt sein. Analog zur Wasserentnahmegebühr soll dieses System auf mineralische Rohstoffe und Torf ausgeweitet werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst betonen, dass die Sicherung der natürlichen Ressourcen und auch der Erhalt der biologischen Vielfalt ganz eindeutig integrale Bestandteile der niedersächsischen Umwelt- und Rohstoffpolitik sind. Bereits im Landes-Raumordnungsprogramm sind der sparsame Umgang mit Grund und Boden und die umweltgerechte Nutzung der Rohstoffvorkommen als Zielvorgaben fest verankert.

Worauf setzen wir bei der Erreichung dieser Ziele?
- Auf die Instrumente aus der Raumordnung und dem Umwelt- und Naturschutzrecht. Diese sind vollkommen ausreichend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass Herr Schminke hier einmal deutlich gemacht hat, welche positiven Aspekte sich danach ergeben. Sie haben den Grünen eine schöne Nachhilfestunde im Sinne des Naturschutzes gegeben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich kann nur dazu auffordern: Schauen Sie sich einmal vor Ort an, wie Renaturierung in Niedersachsen funktioniert.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]:
Ach, das ist hinterher besser als vorher? - Gegenrufe von der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steuerungseffekte eines neuen Planungsinstrumentes durch diese Ökoabgabe bleiben tatsächlich verborgen. Man muss natürlich auch einmal die Frage stellen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen bzw. welche Auswirkungen sich auf unsere Arbeitsplätze in Niedersachsen ergeben würden.

Wenn man von einer einseitigen Belastung in Höhe von 60 Millionen Euro ausgeht - das steht so im Gesetzentwurf der Grünen -, dann führt das für die mittelständischen und kleineren Unternehmen in Niedersachsen natürlich zu einer Wettbewerbsverzerrung. Das wird zu Nachteilen und zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in Niedersachsen führen. Die Abbaumaßnahmen werden dann in anderen Ländern - vielleicht noch nicht einmal in Deutschland - stattfinden, in denen andere ökologische Grundbedingungen vorherrschen.

Und ergäben sich dann wirklich Mehreinnahmen im Landeshaushalt? - Nein! Denn der größte Abnehmer für die Rohstoffe ist die öffentliche Hand.

Es ist doch nicht sinnvoll, auf der einen Seite eine Abgabe zu erheben, für die der Staat auf der anderen Seite wieder bezahlt. Das können wir uns sparen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist überhaupt nicht sinnvoll.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Nun zu den rechtlichen Fragen: Der Analogieschluss, dass Wasser und Rohstoffe im Boden das Gleiche sind, ist völlig falsch. Beim Wasser handelt es sich um ein Gut der Allgemeinheit. Bei Bodenschätzen handelt es sich um einen Bestandteil des Grundeigentums. Wo kommen wir denn eigentlich hin, wenn jemand Grund und Boden kauft, Grunderwerbsteuer dafür bezahlt und wir dann noch eine Abgabe für Sand erheben?

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Das kann nicht funktionieren, das ist nicht richtig.

Übrigens frage ich die Grünen auch: Wo ist denn dabei die Gleichbehandlung? Warum wollen Sie Torf mit einer Abgabe belegen, Kalkstein aber nicht? - Das ist doch fragwürdig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2382 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2494 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/2773 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/2795

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Mir liegt eine Wortmeldung des Kollegen Dr. Sohn vor.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten im Ausschuss die Bedenken des DGB zu diesem Vorschlag vorgetragen. Ich möchte das noch einmal erwähnen, weil wir den Eindruck hatten, dass sowohl in der schriftlichen Vorlage, in der Drs. 16/2494, als auch in den Beratungen nicht auf diese Bedenken eingegangen worden ist.

Deshalb trage ich sie Ihnen noch einmal vor: Neben einigen anderen Bedenken, die ich jetzt außen vor lasse, sagt der DGB, § 2 des Gesetzentwurfes, nach dem der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag auch für Dienstherrnwechsel innerhalb des Landes Niedersachsen gelten soll, widerspreche der Absicht, mobilitätsfördernde Vorschriften zu schaffen.

Wenn man in die Ausschussprotokolle schaut, dann stellt man fest, dass diese Bedenken mit dem Argument, es gehe um das Überschreiten von Landesgrenzen, zurückgewiesen worden sind.

Auch nach der Referierung der DGB-Position, die er in seiner Stellungnahme geäußert hatte, ist in der schriftlichen Vorlage im Wesentlichen auf die Problematik der Überschreitung von Landesgrenzen eingegangen worden. Auf die Kritik des DGB ist überhaupt nicht eingegangen worden. Wir halten die Kritik des DGB daher für nicht entkräftet. Aus diesem Grunde lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Hilbers von der CDU-Fraktion das Wort.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag ist im Ausschuss für Haushalt und Finanzen umfangreich diskutiert worden. Er ist von fast allen Fraktionen begrüßt worden, weil er die Mobilität

der Beamtinnen und Beamten im Lande und über Landesgrenzen hinweg erleichtern soll.

Nach der Föderalismusreform ist den Ländern eine größere Freiheit bei der Gestaltung des Besoldungsrechts eingeräumt worden. Folglich muss diese Lösung getroffen werden, damit diese Dinge bei einem Dienstherrnwechsel von Beamtinnen und Beamten geregelt werden können.

Zukünftig wird die Versorgungsleistung nicht erst im Pensionsfall aufgeteilt, sondern schon dann, wenn der Wechsel stattfindet. Das ist zeitgerechter und vor allem auch gezielter machbar und schafft letztendlich die Grundlage dafür, überhaupt Mobilität bei einem Dienstherrnwechsel herbeizuführen.

Die Kritik des DGB ist dort durchaus angesprochen worden, Herr Dr. Sohn. Sie ist aber eben nicht stichhaltig, weil dies sowohl über Landesgrenzen hinweg wie auch unter Dienstherrn im Lande geregelt werden kann. Zukünftig müssen die Kommunen bei der Doppik ohnehin Rückstellungen dafür bilden und ihre Pensionsverpflichtungen ergebnistechnisch abbilden. Insofern können sie sie dann auch ausgleichen. Im Übrigen ist die Großzahl der Kommunen in Niedersachsen in Versorgungskassen organisiert. Die dort erhobenen Umlagen bilden die entsprechenden Zahlungen ab, die zu leisten sind, damit zukünftige Beamtenversorgung im Pensionsfalle stattfindet.

Dieses Gesetz erschwert also nicht die Mobilität, sondern sichert sie letztendlich. Ohne diesen Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag wäre das alles viel schwieriger unter den Kommunen und unter den Ländern zu regeln. Insofern ist er ausdrücklich zu begrüßen.

Auch die Kritik des DBG ist hier nicht stichhaltig. Das ist alles im Einzelnen dargelegt worden. Der Dienstherrnwechsel ist einfach möglich. Auch die vom DBG angesprochene Familienzusammenführung wird nicht gefährdet. Das Problem der nicht zahlungskräftigen Kommunen oder nicht zahlungskräftigen Dienstherrn, die einem Wechsel im Wege stehen, stellt sich ebenfalls nicht. Das wurde alles im Ausschuss entsprechend entkräftet und ist nicht stichhaltig. Auch in der Begründung des Gesetzes zum Staatsvertrag ist dies noch einmal ausdrücklich ausgeführt. Dort kann man es nachlesen. Es wurde also sehr wohl auf diese Kritik eingegangen; sie ist am Ende aber nicht stichhaltig.

Deswegen bitte ich darum, das vorliegende Gesetz zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin Geuter von der SPD-Fraktion das Wort.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu: Es gibt eine spannendere Lektüre als den Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Er ist aber unverzichtbar, weil wir damit regeln, in welcher Form die Verteilung der Versorgungskosten bei einem Dienstherrnwechsel erfolgen soll.

Die bisherige Regelung im Beamtenversorgungsgesetz des Bundes - das ist schon gesagt worden - kann nicht mehr Anwendung finden, nachdem wir in der Föderalismuskommission I beschlossen haben, dass die Länder eigene Regelungen treffen können. Niedersachsens Beamtinnen und Beamte haben das ja seit Jahren zum Teil auch sehr schmerzlich erfahren müssen.

(Zustimmung von Johanne Modder
[SPD])

Um die Mobilität von Beamtinnen und Beamten auch weiterhin möglich zu machen, sind daher Regelungen erforderlich, um diesen einvernehmlichen Dienstherrnwechsel zu ermöglichen; denn ohne eine entsprechende Regelung wäre demnächst bei jedem Wechsel eine einzelvertragliche Vereinbarung erforderlich. Dann möchte ich auch diejenigen hören, die mit dieser Regelung leben müssen.

Das Abfindungsmodell, das jetzt zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, hat das Ziel, die Unterschiedlichkeit der Beamtenbesoldung und -versorgung in den einzelnen Bundesländern so in die Berechnung der Versorgung aufzunehmen, dass die verursachungsgerechte Verteilung der Versorgungslasten einigermaßen sichergestellt ist. Jeder Dienstherr hat die Versorgungslasten abzulösen, die nach dem für ihn geltenden Recht begründet wurden.

Neben dem Staatsvertrag enthält dieser Gesetzentwurf auch Regelungen für den landesinternen Dienstherrnwechsel. Herr Dr. Sohn hat übrigens recht. Wir haben im Ausschuss lange, oft und viel darüber diskutiert; wir haben auch eine Vielzahl von Fragen gestellt und überlegt, wie in den ein-

zelnen Fällen damit umzugehen ist. Denn es ist sicherlich nicht ganz auszuschließen, dass dies im Einzelfall für eine abgebende Dienststelle bei ungünstigen Umständen bedeuten kann, dass in einem Haushaltsjahr eine unvorhergesehene große Summe aufgebracht werden muss. Dafür gibt es in diesem Gesetzentwurf allerdings eine Öffnungsklausel, die es ermöglicht, auch in diesem Fall, und zwar nachrangig, einzelvertragliche Regelungen zu treffen, die die einzelne Behörde dann nicht überfordern sollen. Es ist uns zugesagt worden, dass solche Fälle vom Finanzministerium begleitet werden, um den entsprechenden Dienstherrnwechsel möglich zu machen.

Unter Abwägung aller Umstände sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die Beamtinnen und Beamten, die den Dienstherrn wechseln möchten, sinnvoller ist, dass sie jetzt Rechtssicherheit haben und wissen, worauf sie sich in Zukunft einzulassen haben, als dass wir sie darauf verweisen müssen, dass demnächst einzelvertragliche Regelungen getroffen werden müssen.

Die Folgen der Föderalismusreform für die Situation der Beamtinnen und Beamten in den einzelnen Bundesländern und das Kompetenzwirrwarr, das wir damit geschaffen haben, lassen sich mit diesem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sicherlich nicht einschränken. Aber wir können die Regelungen für die betroffenen Beamtinnen und Beamten so nachvollziehbar wie möglich gestalten.

Ein Punkt ist sicherlich noch spannend: Herr Hilbers hat eben darauf hingewiesen, dass in den Kommunen aufgrund der Doppik Rückstellungen für die Beamtenversorgung zu bilden sind, dass also zumindest formal für die Kommunen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag keine zusätzlichen Belastungen entstehen. Wenn wir wissen, wie hoch die Anzahl der Beamtinnen und Beamten ist, die in Niedersachsen neu in den Landesdienst eintreten, werden wir natürlich mit Interesse verfolgen, was man im Landeshaushalt mit den Abfindungsbeträgen macht, die wir dann von den jeweiligen abgebenden Dienststellen bekommen haben; denn im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern und zum Bund gibt es in Niedersachsen noch keinerlei Pensionsfonds oder eine ähnliche Regelung. Diese Frage ist aber auch an anderer Stelle zu diskutieren.

Wir werden dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag unter Abwägung aller Umstände heute zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Grascha von der FDP-Fraktion das Wort.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP-Fraktion wird dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag zustimmen, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: Die Mobilität unserer Beamtinnen und Beamten wird durch diesen Staatsvertrag gesteigert, und das ist gut. Das hilft uns. Es ist eben nicht so, wie es der DGB formuliert - die Linken haben sich dem ja angeschlossen -, dass die Mobilität erschwert wird. Im Gegenteil: Der Staatsvertrag schafft die Voraussetzung dafür, dass die Mobilität gestärkt wird. Wir haben heute ein relativ bürokratisches Verfahren, wenn Beamtinnen und Beamte ihren Dienstherrn wechseln wollen. Es werden laufende Ausgleichszahlungen geleistet. Dieser Staatsvertrag schafft die Möglichkeit, dass Pauschalabfindungen gezahlt werden. Das bedeutet eine erhebliche Bürokratiereduzierung.

Meine Damen und Herren, das Thema Kommunen ist angesprochen worden. Selbstverständlich sind die Kommunen verpflichtet, für diesen Fall Vorsorge zu treffen. Das macht sie im Übrigen auch als gute Arbeitgeber aus. So hat es der DGB an dieser Stelle ja auch formuliert. Von daher denke ich, dass dieses Thema im Rahmen der Doppik ohnehin von großer Bedeutung ist.

Ich will es kurz machen, weil dies im Grunde genommen der einzige Punkt ist, der strittig ist. Ansonsten begrüßen wir es selbstverständlich, dass wir hier zu einer breiten Zustimmung zu diesem Staatsvertrag kommen. Es ist eine gute Lösung und zeigt, dass der Föderalismus in Deutschland funktioniert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir finden, dass die hier zur Entscheidung stehende Regelung notwendig und sachgerecht ist. Ich würde sogar einen Schritt weiter gehen. Wir begrüßen diese Regelung zum einen als einen Beitrag zur

Mobilität im Beamtenbereich, die wir uns an vielen Stellen mitunter durchaus etwas intensiver wünschen würden - ich darf das sagen, weil ich selber mal Beamter war -, und darüber hinaus zum anderen natürlich aus dem Umstand heraus, dass diese Regelung deutlich macht, welche Belastungen durch die Beschäftigung eines Beamten in der Zukunft auf uns zukommen. Diese Belastungen, die bisher im kameralistischen System nicht sichtbar werden, werden an dieser Stelle deutlich. Das ist aus unserer Sicht sehr positiv.

Wir haben auch keine Einwände dagegen, dass nachträglich in einem weiteren Artikel die neue Aufgabe von Herrn Dr. Enste beamtenrechtlich abgesichert worden ist. Die einzige Frage, die wir uns in der Fraktion noch gestellt haben, war natürlich: Wozu braucht eigentlich eine Regierung, die nicht regiert, einen Regierungssprecher?

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das war ein Scherz!)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1 einschließlich Staatsvertrag. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer dieser Änderungsempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit hat diese Änderungsempfehlung des Ausschusses eine Mehrheit gefunden.

Artikel 2. - Auch dazu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Hierüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer Artikel 2 in der Fassung, die der Ausschuss empfiehlt, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit hat auch diese Änderungsempfehlung des Ausschusses die entsprechende Mehrheit gefunden.

Artikel 3. - Ich lasse über die Änderungsempfehlung des Ausschusses abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch hier der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Gesetzesüberschrift. - Auch hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch hier der Änderungsempfehlung gefolgt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das geht in diesem Fall nur schlecht. Damit hat der Gesetzentwurf eine breite Mehrheit gefunden, wie das auch in den Redebeiträgen zum Ausdruck gekommen ist.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß zusammen die **Tagesordnungspunkte 4 bis 6** auf:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011 - HG 2011 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2750

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/2749

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2771

Zur Einbringung der Gesetzentwürfe der Landesregierung - Tagesordnungspunkte 4 und 5 - erteile ich Herrn Minister Möllring das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zukunft hat Vorfahrt, vor allem in der Krise und am Ende der Krise. Wir investieren mit unserem Haushaltsplanentwurf 2011 daher in ein leistungsfähiges Bildungssystem, in eine gute Infrastruktur und in ideale Voraussetzungen für unsere heimische Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nur so können kluge Köpfe, unternehmerische Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen auch für die kommenden Generationen sichern.

Die Bildung fängt bei den Kleinsten an. Wir setzen weiterhin auf frühkindliche Bildung und investieren im nächsten Jahr für Kindertagespflege und Krippenplätze 124 Millionen Euro. Wir halten am beitragsfreien Kindergartenjahr fest. Dafür stehen 100 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit fördern wir Kindertageseinrichtungen mit insgesamt 433 Millionen Euro. Das sind 67 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr 2010.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das entspricht einer Steigerung um ein Sechstel oder 16 %. Die Ergebnisse des Krippengipfels werden weiter umgesetzt. Bis 2013 werden wir in Niedersachsen 62 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige haben, d. h. 460 Millionen Euro für Krippenplätze und Kindertagspflege bis zum Jahr 2013.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Qualifizierte und hoch motivierte junge Menschen sind unser Potenzial. Für Schule und Berufsausbildung stehen 2011 insgesamt 4,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir beschäftigen trotz zurückgehender Schülerzahlen weiterhin 86 000 Lehrerinnen und Lehrer; so viele wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ganztagschulen wollen wir im nächsten Jahr 85 Millionen Euro investieren.

Innovation und Forschung sind zwei wesentliche Standortvorteile in Niedersachsen. Dies gilt es weiter auszubauen. Für die Hochschulen und die hochschulnahe Forschung stehen insgesamt deshalb 2,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind rund 45 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Für unsere Hochschulen haben wir im Juni mit dem Zukunftsvertrag II finanzielle Planungssicherheiten geschaffen. Sie erhalten jährlich 1,69 Milliarden Euro, vertraglich abgesichert - und das in einem Zukunftsvertrag, der nicht wie bei früheren Regierungen unter Haushaltsvorbehalt steht, sondern unabhängig von der Entwicklung des Haushaltes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Deshalb steigern wir mit 89 Millionen Euro die Aufnahmekapazitäten unserer Hochschulen. Der Landtag hatte dankenswerterweise diese Mittel bereits als Verpflichtungsermächtigung in früheren Haushalten ausgebracht, sodass sie vorher schon

abgesichert waren. Das bedeutet 35 000 zusätzliche Studienplätze für die Jahre 2011 bis 2015.

Wir schaffen die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft, die Wachstum und Arbeitsplätze in Niedersachsen sichert. Das Erfolgsmodell „Initiative Niedersachsen“, d. h. das Konjunkturprogramm II, das landesfinanzierte Aufstockungspaket und das Kommunalprogramm, mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von deutlich über 1,5 Milliarden Euro wird schlussfinanziert.

Wir investieren in eine gute und belastbare Infrastruktur. Das größte und bedeutendste Projekt ist zweifelsohne der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, der am 5. August 2012 seinen Betrieb aufnehmen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In ihn fließen im nächsten Jahr 32 Millionen Euro. Weitere 45 Millionen Euro sollen in die bestehenden landeseigenen Häfen zur Stärkung der Wirtschaftsachsen an der Küste investiert werden. Der niedersächsische Wirtschaftsförderfonds wird im nächsten Jahr um zusätzliche 52 Millionen Euro aufgestockt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Niedersachsen wohl und sicher fühlen. Dafür sorgen 22 500 Polizistinnen und Polizisten.

Die Küsten, also die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen, schützen wir mit 68 Millionen Euro.

Wir investieren in die soziale Sicherheit: mehr als 2 Millionen Euro für den Kinder- und Jugendschutz sowie allein 34 Millionen Euro für Jugendarbeit, für Jugendsozialarbeit und für das Ehrenamt.

Dem Gesundheitswesen stehen 263 Millionen Euro zur Verfügung.

760 Millionen Euro investieren wir in das Wohnungs- und Siedlungswesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Eingliederungshilfe bekommt 1,5 Milliarden Euro. Das ist der größte Ansatz im Sozialetat. 1,5 Milliarden Euro für die Betreuung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen werden also nicht gekürzt. Die Leistungen für jeden einzelnen Leistungsempfänger sind auch weiterhin individuell sichergestellt.

Um Irritationen vorzubeugen - weil auch hierüber diskutiert worden ist -: Für den prognostizierten Anstieg von Personal- und Sachkosten im Bereich der Eingliederungshilfe waren im sogenannten Vorgabewert rund 30,5 Millionen Euro vorgesehen. Diesen Betrag werden wir nun nicht ausschütten, weil die Preissteigerungsrate moderat und die Lohnentwicklung zurückhaltend ist. Das liegt einfach daran, dass die Menschen, die dort arbeiten, nach dem TVöD - der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in den Kommunen und im Bund - bezahlt werden. Als die ersten Zahlen aufgestellt worden sind, war der TVöD noch nicht verabschiedet. Jetzt ist er verabschiedet. Damit wissen wir ganz genau, wie hoch die Personalkostensteigerung im Jahr 2011 ausfallen wird. Wer also behauptet, dass hier gestrichen und reduziert würde, behauptet bewusst etwas Falsches.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Mittel für die ebenfalls voraussichtlich um 2 % steigenden Kosten für die nach wie vor jährlich steigende Anzahl der Hilfeempfänger stehen selbstverständlich weiterhin zur Verfügung.

(Stefan Schostok [SPD] und Uwe Schwarz [SPD] besprechen sich)

- Herr Schostok, lassen Sie sich von Herrn Schwarz sagen, dass ich die Wahrheit gesagt habe, dann brauchen Sie nachher nichts Falsches vorzutragen.

(Zuruf von Uwe Schwarz [SPD])

- Es ist völlig richtig, Herr Schwarz.

Das alles schaffen wir, obwohl wir Steuerminder-einnahmen von ganz aktuell 1 Milliarde Euro gegenüber dem Vorjahr haben, d. h. in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben wir exakt 1 Milliarde Euro weniger an Steuern eingenommen als im Jahre 2009. Das wird man nun nicht im Dreisatz auf das Gesamtjahr in dem Sinne hochrechnen können, dass acht Monate plus vier Monate zu Mindereinnahmen von 1,5 Milliarden Euro führen, aber es zeigt, vor welcher schwieriger Haushaltssituation wir stehen, die wir zu verkraften haben.

Wir sind hoffentlich am Ende der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Trotzdem hat es diese Landesregierung geschafft, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt für 2011 aufzustellen. Wir halten auch an unserem Ziel fest, die Nettokreditaufnahme auf null zu reduzieren; denn Schulden zu machen ist unsozial und durch

nichts zu rechtfertigen. Deswegen ist das Gesamtpaket aus dem dritten Nachtragshaushalt 2010, Haushaltsplanentwurf 2011 und mittelfristiger Finanzplanung bis 2014 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung des Neuverschuldungsverbots aus dem Grundgesetz, das wir mitgestaltet haben und das ausdrücklich zu begrüßen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir hatten das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden bereits für 2010 fest im Blick, bis wir durch die Finanz- und die darauf folgende Wirtschaftskrise aus der Bahn geworfen wurden. Die Steuereinnahmen des Landes lagen im Jahre 2009 um 1,3 Milliarden Euro unter den ursprünglichen Annahmen der Haushaltsaufstellung. Die Gegenmaßnahmen, die zur Bewältigung der Krise und zur Stabilisierung der Wirtschaftslage getroffen werden mussten, haben den Haushalt zusätzlich enorm belastet. Deshalb waren wir gezwungen, für die Jahre 2009 und 2010 jeweils neue Schulden in Höhe von 2,3 Milliarden Euro aufzunehmen. Wir sind damit quasi wieder auf „Los“ zurückgeworfen worden, wie man beim Monopoly sagen würde.

Niedersachsen wird nach aktuellen Prognosen erst im Jahr 2013 das Einnahmenniveau von 2008 wieder erreichen. Dann werden aber fünf weitere Haushaltsjahre ins Land gegangen sein. Trotzdem setzen wir 2011 unseren Weg entschlossen fort und senken die Nettokreditaufnahme erneut um 350 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Björn Thümler [CDU]: Sehr gut! -
Zuruf von der LINKEN: Schwach!)

- Dass das jemand dazwischenruft, dessen Fast-Regierungsbeteiligung dafür sorgt, die Nettokreditaufnahme in unserem Nachbarland von 7 Milliarden Euro auf 9,5 Milliarden Euro nach oben schnellen zu lassen, ohne zu sagen, wie man im Jahre 2020 bei null sein will, finde ich sehr beachtlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das kann man natürlich machen, wenn man sagt: „Nach mir die Sintflut“.

(Ralf Briese [GRÜNE]: Aber Sie mit Ihren Steuergeschenken! Das ist doch lächerlich! - Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE] - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist bedauerlich: Sie halten hier tolle Hauhaltsreden, was man alles noch besser konsolidieren könnte. Aber kaum sind Sie dort an der Regierung, heben Sie die Nettokreditaufnahme bei einem doppelt so großen Haushalt wie Niedersachsen. Wir haben 25,5 Milliarden Euro.

(Olaf Lies [SPD]: Das war nicht die Frage!)

- Sie haben dazwischengerufen, dann werde ich ja wohl antworten dürfen. Das ist ja hier keine Einbahnstraße, in der nur Sie dazwischenrufen können, aber keiner reagieren darf!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind in einer Debatte. Eine Debatte lebt von Rede und Gegenrede. Dann können Sie nicht für sich in Anspruch nehmen, einen Zwischenruf machen zu können, ohne die passende Antwort zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Haushalt von Nordrhein-Westfalen hat 52 Milliarden Euro, also praktisch doppelt so viel wie unser Haushalt mit 25,5 Milliarden Euro. Wir machen 1,95 Milliarden Euro Schulden, während Sie bei ungefähr vergleichbarer Wirtschaftsstruktur - Nordrhein-Westfalen war bis zum letzten Jahr Zahlerland im Länderfinanzausgleich - jetzt mal eben 9,5 Milliarden Euro Schulden machen. Das als nachhaltige Finanzpolitik zu verkaufen, verstehe ich hinten und vorne nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klein?

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Gern.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

- Schulden sind doch keine Investitionen in die Zukunft, Frau Kollegin! Was reden Sie denn da?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Kreszentia Flauger [LINKE]: Es kommt darauf an, wofür!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege Klein!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Minister, können Sie mir denn sagen, wie Sie ganz konkret bis 2017 die Nettoneuverschuldung auf null reduzieren wollen, wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 ohne einen Handlungsbedarf aufzustellen?

(Zustimmung von Kreszentia Flauger
[LINKE] - Ronald Schminke [SPD]:
Die spielen Lotto! - Heiterkeit)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Seitdem ich Finanzminister bin und auch in den Jahren davor, haben wir in den Miplas immer Handlungsbedarfe gehabt. Das ist völlig richtig. Wir haben es in den letzten sieben Jahren immer geschafft - deswegen vielen Dank für diese Frage, Herr Klein -, nicht nur die Handlungsbedarfe zu finanzieren bzw. zu beseitigen, sondern wir haben es geschafft - wie Sie wissen -, die Nettokreditaufnahme von unverantwortlichen 3 Milliarden Euro im Jahre 2002 auf geplante 250 Millionen Euro und exakte 550 Millionen Euro im Jahr 2008 zu reduzieren.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben sechs Jahre hintereinander bewiesen, dass wir die Handlungsbedarfe beseitigen und trotzdem jedes Jahr 350 Millionen Euro weniger Schulden als im Vorjahr machen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Wilhelm Heidemann [CDU]: Sehr richtig!
- Zurufe - Unruhe - Glocke des
Präsidenten)

Da gilt das alte Sprichwort: An den Taten sollst du sie erkennen! - Wenn man sechs Jahre bewiesen hat, dass man das kann, dann haben die Leute auch mehr Vertrauen, dass wir es weiterhin schaffen und nicht eine Finanzpolitik machen, wie es gerade in unserem Nachbarland passiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schritt für Schritt werden wir uns in den nächsten Jahren wieder vorarbeiten, bis wir spätestens 2020 unser wichtigstes politisches Ziel, einen Haushalt ohne neue Schulden, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt, erreichen werden. Bis dahin haben wir nur noch wenig Zeit, den Landeshaushalt so zu ordnen, dass er ohne neue Schulden auskommt.

Wir erwarten Einnahmen von 27 Milliarden Euro für das Jahr 2020 - das ist eine Prognose; in der Mipla eines meiner Vorgänger hat mal gestanden, die Wirklichkeit wollte die Prognose nicht einholen; so

kann man es auch formulieren; das weiß man immer nicht -, d. h. etwa 10 % über unserem derzeitigen Haushaltsvolumen von gut 25 Milliarden Euro. Die Ausgaben dürfen in den nächsten zehn Jahren also um maximal 10 % steigen; denn nach Adam Riese bedeutet das, dass bei einer Einnahmesteigerung von 2 % pro Jahr - damit kalkulieren wir im Moment; das ergibt nämlich die 27 Milliarden Euro - die Ausgaben in jedem Jahr nur um 1 % steigen dürfen, damit wir bei den Ausgaben auch auf 27 Milliarden Euro kommen. Denn spätestens im Jahre 2020 dürfen wir keine Nettokreditaufnahme mehr haben. Also müssen nach Adam Riese die Einnahmen genauso groß sein wie die Ausgaben. Wenn die Einnahmen auf 27 Milliarden Euro prognostiziert werden, dürfen auch die Ausgaben nicht mehr betragen. Wenn das Volumen des Haushalts in zehn Jahren um 10 % steigt, dann darf es logischerweise jedes Jahr nur zu einer Ausgabensteigerung von 1 % kommen; denn 10 % geteilt durch 10 ergibt 1 %.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Clemens Große Macke [CDU]: Da hat
er recht! - Unruhe - Glocke des Präsi-
denten)

Deshalb werden die Haushaltsaufstellungsverfahren auch in den nächsten zehn Jahren wenig oder gar keinen Spaß machen. Angesichts dieser zunächst erschreckenden Perspektive darf und wird diese Landesregierung aber in ihren Konsolidierungsanstrengungen weder innehalten noch sich ausruhen.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

Die derzeitigen erheblichen Einnahmeausfälle können wir nicht allein durch Ausgabenkürzungen auffangen. Zwar sind die Aussichten angesichts der gegenwärtigen konjunkturellen Erholung gut. In Niedersachsen sank die Quote der Arbeitslosen im August um 0,2 Prozentpunkte auf 7,4 %. Insofern kam Ihr Zwischenruf fünf Zeilen zu früh, Frau Flauger.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Er ist
aber immer noch richtig!)

Das ist der niedrigste August-Stand seit 18 Jahren. Der Bundesdurchschnitt verharrt im Vergleich bei 7,6 %, also in etwa auf unserer Höhe.

Die wirtschaftliche Entwicklung läuft auch dank unserer Politik viel besser. Es wäre jedoch fatal, sich hier von der endlich wieder anziehenden Konjunktur verführen zu lassen. Die Landesregierung setzt daher für 2011 auf einen Dreiklang aus Aus-

gabenreduzierung, Einnahmeverbesserung und verantwortungsbewusster Veräußerung von Landesbeteiligungen. Bereits in der Zukunftsklausur im Januar dieses Jahres wurde eine 2-prozentige Einsparauflage für alle Ressortbereiche mit einer Haushaltsentlastung von jährlich 345 Millionen Euro beschlossen. Wer nun nachrechnet, stellt fest, dass 2 % von 25 Milliarden Euro 500 Millionen Euro sein müssten. Wir haben drei Sachen herausgerechnet: Die 3,5 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich - die kommunalen Brüder und Schwestern hätten sich bedankt, wenn wir auf ihre Kosten gekürzt hätten -, die Zinsen mit etwa 2 Milliarden Euro - die müssen wir zahlen; wer keine Zinsen mehr überweist, ist zahlungsunfähig und nicht mehr kreditwürdig - und die Pensionen in Höhe von 2 Milliarden Euro, die wir nun einmal zahlen müssen, weil unsere ehemaligen Beamtinnen und Beamten Anspruch auf eine angemessene Altersversorgung haben. Dann bleiben etwa 17 Milliarden Euro. 2 % davon sind 345 Millionen Euro.

Wir arbeiten mit einer möglichst schlanken und leistungsfähigen Verwaltung. Mit der dritten Stufe der Verwaltungsmodernisierung reagieren wir auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang und auch auf eine verbesserte Technik. 1 900 Stellen werden wir in diesem Zusammenhang abbauen und damit den Haushalt dauerhaft um mehr als 80 Millionen Euro jedes Jahr entlasten.

Zur Verbesserung der Einnahmen schlägt die Landesregierung eine geringe Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 4,5 % ab dem 1. Januar 2011 vor. Solange wir noch neue Schulden machen, können wir es uns nicht leisten, auf diese rund 65 Millionen Euro Mehreinnahmen zu verzichten. Wir stärken damit auch unsere Kommunen; denn über den kommunalen Finanzausgleich gehen 35 Millionen Euro zusätzlich an die Kommunen - ein Beitrag zur Verbesserung der angespannten Finanzsituation vieler kommunaler Körperschaften.

Die Landesregierung geht verantwortungsbewusst mit dem Vermögen des Landes um. Das bedeutet auch, dass wir ständig überprüfen, ob und welches Landesvermögen veräußert werden kann, um weitere Einnahmen für den Landeshaushalt zu erzielen.

Wegen der guten Zinssituation, aber auch wegen unseres professionellen, marktorientierten Handelns bei Kreditgeschäften ist es uns im laufenden Jahr 2010 gelungen, 386 Millionen Euro weniger

an Zinsen auszugeben, als wir ursprünglich geplant hatten. Das hat uns in die Lage versetzt, Vorsorge für 2011 treffen zu können. Es war möglich, mit dem Nachtragshaushaltsplanentwurf 2010 bzw. mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 eine Verschiebung der Veräußerung des Stammkapitals der NORD/LB an die HanBG von 2010 nach 2011 zu vollziehen. Das gibt uns Gestaltungsspielraum für 2011, also den Haushaltsplanentwurf, den wir derzeit beraten.

Weitere 300 Millionen Euro sind aus Vermögensveräußerungen zur Deckung vorgesehen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Aus welchen denn?)

Bereits in der Vergangenheit haben wir unter Beweis gestellt, dass wir schwierige Haushaltssituationen erfolgreich gemeistert haben und daher auch meistern können. Der vor Ihnen liegende Haushaltsplanentwurf 2011 unterstreicht diese Fähigkeit erneut. Vor allem aber ist er Beleg für unseren ungebrochenen Willen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.

Wir stehen für eine generationengerechte Haushaltspolitik unter Berücksichtigung unserer sozialpolitischen Verantwortung. Das Schlimmste, was man seinen Nachfolgern hinterlassen kann, sind Schulden, Schulden, Schulden. Denn die Schulden von heute sind die Zinsen von morgen und damit auch die Steuern von morgen. Deshalb wollen wir Zinsen vermeiden. Das können wir nur, indem wir möglichst wenig oder gar keine Schulden machen. Dieses Ziel haben wir fest im Auge. Daran werden wir festhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, dem Kollegen Schostok, das Wort.

Stefan Schostok (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niedersachsen ist schön. Aber Ihre politische Bilanz ist größtenteils Mittelmaß.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Sie an Ihre Versprechen erinnern. Ich will Sie an Ihren eigenen Anspruch erinnern und nicht an das, was Sie gerade erzählt haben. Anstatt zu

den starken Ländern Bayern und Baden-Württemberg aufzuschließen, haben Sie in vielen Bereichen den Anschluss verloren. Ich will das mit einigen konkreten Daten aus dem wirklichen Leben belegen, Herr Minister:

Bei der Investitionsquote belegen Sie mittlerweile bundesweit den letzten Platz.

Beim Bruttoinlandsprodukt konnten Sie nicht zu den wirtschaftlich starken Bundesländern aufschließen. Auch wenn Sie keinen Boden verloren haben - worüber wir froh sein können -, haben Sie Ihr selbst gestecktes Ziel doch weit verfehlt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben die Zahlen zur Arbeitslosigkeit erwähnt. Wenn wir uns das im westdeutschen Schnitt angucken, stellen wir fest: Sie liegen wesentlich schlechter. Auch das gehört zur Wahrheit.

Auf dem Ausbildungsmarkt besteht weiterhin unverändert großer Handlungsbedarf. Besonders für das Jahr 2011 gilt das. Was unsere große Sorge ist: Wie gehen Sie mit den Altbewerbern um? - Da müssen wir uns wirklich ernsthafte Sorgen machen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Bei den Patenten stagniert Niedersachsen. Ich finde, das ist ein wirklich deutlicher Beleg für die Innovationsschwäche. Auch neueste Untersuchungen belegen, dass Sie gerade bei den Höchstqualifizierten sehr schlechte Zahlen haben. Da sind Sie mittlerweile im bundesweiten Vergleich auf dem drittletzten Platz gelandet.

Zu den Insolvenzen: Nachdem die Zahl der Insolvenzen in den letzten Jahren stark überdurchschnittlich angestiegen ist, normalisiert sie sich jetzt zum Glück wieder. Aber Niedersachsen ist auch dort nur Durchschnitt. Ich habe den Eindruck, das reicht Ihnen so.

Eine aktuelle Befragung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - sie steht Ihnen eher nahe als uns - sieht deutliche Schwächen bei der Entwicklung und Aktivierung des Erwerbstätigenpotenzials in Niedersachsen. Man könnte das mit weiteren Zahlen fortsetzen. Der Fachkräftebedarf und der Mangel in diesem Bereich sind wirklich eine große Herausforderung für Sie.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es einmal so zusammenfassen: Ihre Leistungsbilanz nach sieben Jahren Regierungstätigkeit in Niedersachsen ist schlichtweg negativ.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihre Präsentation des Haushaltsentwurfs 2011 und des Nachtragshaushalts 2010 ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis.

(Ronald Schminke [SPD]: Grotten-schlecht!)

Wir haben Luftbuchungen mit von Ihnen nicht näher benannten Vermögensveräußerungen gehört. Sie haben die 300 Millionen Euro angesprochen.

Dass Ihre Streichungen und Kürzungen in Höhe von 345 Millionen Euro, die Sie gar nicht mehr erwähnt haben, oder auch Ihre vielen Tricks - es wird schon wieder der Verkauf des NORD/LB-Stammkapitals in Höhe von 280 Millionen Euro verschoben - mit einem seriösen Haushalt zu tun haben, davon kann wirklich nicht die Rede sein. Wir stellen bei Ihnen einfach nur Ratlosigkeit fest.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir stellen hier wirklich Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und auch das Scheitern Ihres Dogmas fest. Herr McAllister hat einmal gesagt, Sie seien die erste Landesregierung, die in die Tilgung einsteigen werde. Von diesen großen Ankündigungen ist wirklich nichts mehr übrig.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN sowie Zustimmung bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Waren Sie die letzten zwei Jahre im Winterschlaf?)

- Von Bundesmaßnahmen zu leben ist einfach.

Was mir aufgefallen ist: Die Schuldenuhr in Ihrem Fraktionssaal tickt nicht mehr richtig. Das muss doch auch etwas zu bedeuten haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sechs Monate lang haben Sie nach Ihrer ersten Klausur im Januar angekündigt, dass große Einsparungen zur Konsolidierung des Haushaltes nötig seien. Meines Erachtens war das wieder nur Ihr üblicher PR-Trick: Sie rechnen sich vorher ver-

bal bewusst arm, um sich dann als erfolgreiche Haushaltspolitiker darstellen zu können. Das ist ein ganz billiger Trick.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir kennen auch Ihr Zitat, Sie handelten als ordentliche Kaufleute. Was wir heute erlebt haben, ist aber, dass Sie die wahre Haushaltslage verschleiern haben.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

Meine Damen und Herren, Sie haben mit diesem Entwurf keine Konsolidierung vorgenommen, dafür aber den Vermögensverzehr erheblich ausgebaut. Das hat eine doppelte Wirkung: Verkauf und gleichzeitig die Vernachlässigung von Landesvermögen. Wir werden Sie diese Woche noch bei der Debatte über die Landesstraßen daran erinnern. Sie streichen dort die Unterhaltungsleistungen einfach immer weiter zusammen. Das ist eine Legendenkonstruktion und keine ordentliche Haushaltsführung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie versuchen jetzt wieder, eine neue Legende der Konsolidierung und der Sanierung zu stricken; wir haben es heute gehört. Die Struktur des Haushaltes spiegelt gar nicht mehr die Realität wider. Die Substanz des Landesvermögens wird aufgezehrt, und Sie stellen sich hier als Sanierer und Sparer dar. Würden Sie, wie es an anderer Stelle erwähnt worden ist, wie die Kommunen die Doppik anwenden müssen, würden Sie den eklatanten Vermögensverzehr, den wir hier Niedersachsen erleben, wirklich realistisch darstellen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich komme nur zu einem Schluss: Es ist wirklich kein Gestaltungswille der Landesregierung McAllister erkennbar. Wir warten die 100 Tage noch ab, aber wir erwarten nichts mehr.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie machen es uns als Opposition wirklich schwer. Wir erkennen keine Position bei Ihnen. Es gibt keinen roten Faden beim Regierungshandeln.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Zeigen Sie uns ruhig Ihren schwarzen oder gelben Faden, meine Damen und Herren! Es gibt keine neuen Ideen, nichts wird herausgearbeitet.

Ich will einmal über die Herausforderungen und Bedarfe Niedersachsens reden; denn darum geht es in der Realität.

Finanzen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen und der Verwaltung, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Bildung und die Arbeitsplätze, Umwelt- und Klimapolitik und - ganz aktuell - das Thema der Energiewende - Sie weichen bei allen Aussagen aus. Es gibt dazu von Ihnen keine klare Perspektive. Man hört nur von Baustellen im Kabinett.

In der Bildungs- und Schulpolitik warten die Schulträger, die Eltern und die Schüler auf den Durchbruch, der für Ende des Jahres angekündigt ist. Ist das Regierungshandeln?

Eine Perspektive für die Landwirtschaft oder für die ländlichen Räume ist nicht zu sehen, die Ministerin verheddert sich.

(Beifall bei der SPD)

Oder nehmen wir die Sozialministerin - wir hatten das Thema in der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident McAllister -: Sie kümmert sich nicht wirklich um die sozialpolitische Herausforderung der Pflege. Dort sind wieder nur ein Preisausschreiben und ein Modellversuch angekündigt worden.

Die Kürzungen in der Behindertenhilfe - darauf werden wir noch zu sprechen kommen - sind ein sehr schlechtes Startsignal für ihr Ministerium. Wieder einmal wird Politik auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Rolfes [CDU]: Da gibt es doch gar keine Kürzungen!)

Es gibt auch kein Konzept für eine innovative Wirtschaftspolitik oder gar für eine ökologische Industriepolitik. Sie machen im Augenblick das Gegenteil.

Das Scheitern des Innovationsfonds haben Sie ja nun eingestanden. Industriepolitik überhaupt wäre ein großartiges Thema. Hier hören wir immer nur von Einzelfällen. Eine ökologische Industriepolitik wird durch Ihre Atompolitik im Augenblick besonders konterkariert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sind mit verantwortlich, wenn die Sicherheit der Menschen gegen die Profitinteressen der Atomwirtschaft ausgespielt wird. Halten Sie sich bitte aus der Debatte nicht so heraus, wie Sie es im Augenblick tun!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Ist das alles, Herr Schostok? Nun geben Sie doch mal Gas! - Ulf Thiele [CDU]: Er fährt schon Vollgas!)

Sie tun nichts gegen die Auseinanderentwicklung der niedersächsischen Regionen. Durch die demografische Entwicklung und die Wirtschaftskrise wird sie zusätzlich verschärft. Richten Sie Ihren Blick bitte auf den Personalabbau und auf das Firmensterben im Harz und in Teilen Südniedersachsens! Sehen Sie sich das bitte genau an. Die Regionen dort bluten aus. Betriebe gehen zugrunde. Die Wirtschaftskrise wird nicht spurlos an ihnen vorbeigehen. Der Strukturwandel wird von Ihnen nicht gestaltet. Das ist Passivität par excellence.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen haben wir vor einigen Wochen Ihr stümperhaftes öffentliches Thematisieren eines Anteilsverkaufs von VW-Aktien erlebt. Was war das für eine Botschaft aus Niedersachsen, meine Damen und Herren?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie ist die Wirkung auf die Öffentlichkeit? Gibt es überhaupt eine positive Resonanz auf Ihre Sparvorschläge und auf die Ergebnisse Ihrer Sparklausur? - Ich will nur einige Überschriften zitieren. Da hieß es z. B.: „Etat mit Fragezeichen“, „Prinzip Hoffnung“ oder „Das Defizit der Regierungsarbeit wird mit diesem Haushalt deutlich“, „Niedersachsens Wolkenhaushalt“ oder „McAllisters Sparplan fehlt eine klare Richtung“. Am schönsten war: „Alles muss raus!“ Ich stelle fest, es gibt überhaupt keine positive Resonanz in der Öffentlichkeit. Was für ein Armutszeugnis!

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Nennen Sie einmal die Quellen! - Weitere Zurufe)

- *Hannoversche Allgemeine Zeitung, Neue Presse, Süddeutsche Zeitung*; ich kann sie Ihnen alle geben.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wer legt Ihnen die Zeitungen denn vor?)

- Das war im Pressespiegel des Landtags; tut mir leid.

Noch deutlicher muss Sie allerdings die Kritik vonseiten des Bundes der Steuerzahler, der Unternehmerverbände in Niedersachsen und - dies war für Sie nicht anders zu erwarten - vom DGB treffen.

Der Bund der Steuerzahler sagt - ich zitiere ihn -: Von wirksamem Sparen kann keine Rede sein. Das vormalige Haushaltsloch wird durch einen ungenierten Eingriff in Fonds, Rücklagen und sonstige Vermögenswerte zugedeckt. Das Land profitiert zurzeit von den außerordentlich niedrigen Kapitalmarktzinsen. Dieser Umstand kann sich leicht ins Gegenteil verkehren. - Ich kann dem wirklich nichts hinzufügen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Unternehmerverbände sind in ihrer Ansprache freundlich, aber sie machen deutlich, was ihnen fehlt. Sie bitten Sie beispielsweise darum, wachstumsfördernden und wettbewerbsstärkenden Maßnahmen, wie Innovationsförderung, Infrastrukturmaßnahmen und Bildung, weiterhin höchste Priorität einzuräumen. Das fehlt ihnen nämlich in Ihrem Entwurf.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Biallas?

Stefan Schostok (SPD):

Ich möchte gerne zu Ende ausführen.

„Die Haushaltskonsolidierung“

- das ist ein weiteres Zitat -

„darf am Ende nicht zulasten des Mittelstands ausgehen.“

Beachten Sie also bitte die Ängste der Unternehmerverbände in Niedersachsen!

Der DGB führt aus:

„Die Landesregierung versucht, den Landeshaushalt auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren, das ist fahrlässig.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihrer Aussage, dass man nicht nur Ausgaben kürzen kann, lassen Sie aber keine Antwort darauf folgen, was man denn eigentlich tun müsste.

Der DGB bringt es auf den Punkt. Er sagt, stattdessen sollten Sie sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Staatseinnahmen einsetzen. Hier steht z. B. auch, dass die Steuersenkungen das Land 600 Millionen Euro kosten. Von Ihnen habe ich nichts dazu gehört. Sie lassen es einfach zu, dass sich die Bedingungen in Niedersachsen immer weiter verschlechtern, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie können sich auch die Pressespiegel der letzten Jahre anschauen. Eine einhelligere Kritik an Ihren Vorgaben durch die Sparklausur habe ich in Niedersachsen selten gehört.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Gibt es denn überhaupt irgendein Bemühen dieser Landesregierung um eine bedarfsgerechte Finanzausstattung, sei es der öffentlichen Haushalte im Bund, im Land und der Kommunen?

Ihre klare Parteinahme für den Erhalt der Gewerbesteuer oder den Ausbau zu einer Gewerbesteuerersatzsteuer fehlte heute; sie fehlt vollständig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen erleben wir, dass Sie am Thema vorbeireden, dass Sie hier einen Etikettenschwindel vornehmen - Nebelmaschinen und ein bisschen Schauspielerei.

Wir als SPD-Fraktion haben mit Bündnis 90/Die Grünen in der vergangenen Woche wegen Ihrer Haushaltstricks und der Verschleierung der Höhe der Neuverschuldung in diesem Jahr eine Normenkontrollklage vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg angestrengt. Es ist im Jahre 2009 1 Milliarde Euro zu viel Schulden aufgenommen worden, um die Verschuldung im Jahre 2010 künstlich niedrig zu halten. Hätten Sie keine Tricks angewandt, dann hätten wir 2010 die höchste Nettokreditaufnahme aller Zeiten erlebt. Sie sind niedersächsischer Schuldenmeister!

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

In 64 Jahren Niedersachsen hat es das noch nicht gegeben. Wir gratulieren Ihnen. Die Schuldenuhr ist gesprengt. Deswegen funktioniert sie anschei-

nend auch nicht mehr. Sie haben den Pokal. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Die fehlenden Einnahmen, meine Damen und Herren, werden von Ihnen nicht einmal bestritten. Trotzdem zeigen Sie in Berlin keinerlei Engagement.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Herr Möllring sagte einmal, ohne Einnahmeverbesserungen geht es nicht mehr. Herr Busemann forderte in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Nur der Herr Ministerpräsident hat die Hilferufe seiner eigenen Minister nicht gehört.

Das Profil Niedersachsens auf Bundesebene ist sehr schwach. Sie haben keinen Einfluss. Oder kann es sein, dass Sie aus Angst vor Ihrem Koalitionspartner auch gar keinen Einfluss ausüben wollen?

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Herr Jüttner, helfen Sie mal!)

In Sachen Rettung der Gewerbesteuer bleiben Sie passiv. Ihr Einsatz für die Kommunen in Niedersachsen findet nicht statt. Das nennt man Im-Stich-Lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben Ihre Leistungen und das, was Sie im nächsten Jahr vorhaben, benannt. Mit Ihren Maßnahmen treffen Sie aber die Falschen. Sie setzen auch keine Impulse für die Zukunft.

Wir sehen z. B. eklatante Kürzungen in der Bildungspolitik. Mit 105 Millionen Euro muss Herr Althusmann mehr sparen als seine Vorgängerin, und das trotz der Zusage beim Bildungsgipfel, mehr und nicht weniger für Bildung in Niedersachsen auszugeben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sparen bei der Sozialpolitik. In der Behindertenhilfe werden Steigerungen bei Personal- und Sachkosten nicht mehr erstattet. Ich bleibe bei meiner Interpretation - wir werden das in der De-

batte auch noch belegen -: Die Situation behinderter und sozial benachteiligter Menschen wird durch Sie immer weiter verschlechtert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch!)

Wirtschaft, Innovation und Investition bleiben auf der Strecke. Sie haben nicht erwähnt, dass Sie die Mittel im Hochbau um ein Drittel, nämlich 50 Millionen Euro, gekürzt haben. Außerdem haben Sie den Innovationsfonds gestrichen. Damit entfallen zukünftig die Zinserträge. Ich gebe zu, dass das auch unsere Forderung war. Aber eine neue Perspektive für die Wirtschaft in Niedersachsen ist das, was Sie hier alles vorgetragen haben, nicht.

(Beifall bei der SPD)

Was bedeutet das für die Zukunft? - Sie haben heute unseren Verdacht bestätigt, dass Sie sich nur noch als Übergangsregierung verstehen. Sie verwalten nur, aber Sie gestalten nicht. Für uns ist das zu wenig. Von diesem Haushalt gehen keinerlei Fantasie und erst recht kein Gestaltungswille für die dringenden und drängenden Fragen des Landes aus, meine Damen und Herren.

Die Investitionen gehen zurück. Wir werden die historisch niedrigste Quote aller Bundesländer haben.

(Jens Nacke [CDU]: Im letzten Jahr die höchste!)

Impulse für eine konjunkturelle Erholung setzt dieser Landeshaushalt nicht. Ihre Haushaltspolitik besteht nur noch aus Scheinlösungen und kurzfristigen Aktionen. Mittelfristige Lösungen zeigt Ihre Politik nicht auf.

Beim drohenden Pflegenotstand lassen Sie Menschen, und bei der Gestaltung des demografischen Wandels lassen Sie ganze Regionen und die Kommunen in Niedersachsen allein.

Durch Ihre Zustimmung zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke unterstützen Sie die Eisbrecherfunktion für die Atomlobby. Das Ergebnis ist, dass es nicht zu einem energiewirtschaftlichen Umbau in Niedersachsen und in Deutschland kommen wird.

Für uns ist das eine Enttäuschung. Es ist die verpasste Chance, den Vorsprung bei den erneuerbaren Energien in Deutschland und besonders in

Niedersachsen zu halten und auszubauen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es wird dort keinen Wettbewerb mehr geben. Es wird weniger Sicherheit für die Menschen geben. Wir werden mehr Atommüll haben. Der Strom wird auch teurer; lesen Sie die heutige Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung*. Das sind die Folgen Ihrer Politik.

Eine verantwortungsvolle Politik für Niedersachsen sieht anders aus. Wir werden Ihnen das in den kommenden Monaten in den Beratungen aufzeigen. Wir werden Vorschläge für die Haushaltskonsolidierung machen,

(Christian Dürr [FDP]: Oh, darauf warten wir seit sieben Jahren! Wir sind sehr gespannt!)

die aber nicht so unsozial und konjunkturschädlich sind wie Ihre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hören Ihre Minister. Bei *Ihnen* im Kabinett klappt das nicht. *Wir* werden Forderungen Ihres Finanzministers und Ihres Justizministers aufgreifen, und zwar werden wir Vorschläge für Steuerrechtsänderungen und damit für Einnahmeverbesserungen für das Land und seine Kommunen machen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Bravo!)

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD, starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und starker Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Thümler das Wort. Bitte schön!

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Ziehen Sie Ihren Haushaltsentwurf einfach zurück!)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich unserem Finanzminister Hartmut Möllring und dem gesamten Finanzminis-

terium sowie der gesamten Landesregierung unseren herzlichen Dank für die Einbringung des Haushaltes 2011 ausrichten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hartmut Möllring hat in der von ihm gewohnten Weise hier sehr deutlich die Schwerpunkte des Haushaltes 2011 dargestellt und hat nichts ausgelassen, sondern deutlich betont, wo investiert, modernisiert und saniert werden soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ist Ihnen ja das Gleichnis von Erich Kästner bekannt, das da lautet: Die Hühner fühlten sich plötzlich verpflichtet, statt Eiern Apfeltörtchen zu legen.

(Lachen bei der SPD und bei der LINKEN - Olaf Lies [SPD]: Das stimmt! Das waren Apfeltörtchen!)

Herr Schostok, Sie wissen vielleicht, dass sich die Sache zerschlagen hat. Wissen Sie warum? - Weil ein Huhn auf Eier eingerichtet ist.

Warum sage ich Ihnen das?

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei der LINKEN - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das fragen wir uns auch?)

Das sage ich Ihnen deswegen, weil das, was Sie hier gerade als Haushaltsrede abgeliefert haben, diesem Gleichnis sehr nahe kommt. Sie reden wie der Blinde von der Farbe und haben überhaupt keine Ahnung, was im Haushalt steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So haben Sie, Herr Schostok, auf den Zwischenruf des Kollegen Thiele, ob Sie zwei Jahre im Winterschlaf waren, gerade mit Ja geantwortet. Das dem tatsächlich so war, kann ich bestätigen, nachdem ich Ihnen zugehört habe.

Sie haben nämlich nicht einmal bemerkt - wenn Sie sich erkundigt hätten, wäre es ganz schnell erklärbar gewesen -, dass die Schuldenuhr bei uns natürlich richtig tickt. Die gehört im Übrigen auch gar nicht uns, sondern dem Bund der Steuerzahler, und der hat sie, nachdem die Elektriker den Strom abgeschaltet haben, jetzt, nachdem er wieder fließt, neu eingerichtet. - Also alles funktioniert bestens. Wir sind da auf dem besten Stand.

Wenn Sie, Herr Schostok, schon den Bund der Steuerzahler zitieren, dann wäre es sinnvoll gewesen, sich zu entscheiden, was Sie wollen. Der Bund der Steuerzahler hat als Kritik gegen das, was mit unserem Haushaltsplan vorgelegt worden ist, angemerkt, dass wir zu wenig im Sozialbereich kürzen. Aber mehr Kürzungen wollen Sie ja wohl auch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Rede zeigte also zum wiederholten Mal, dass zu dieser Politik der Landesregierung keine Alternative besteht. Oder, meine Damen und Herren, sehen Sie die Alternative darin, so zu handeln, wie in Nordrhein-Westfalen gehandelt wird?

(Johanne Modder [SPD]: Es gibt immer eine Alternative!)

Das kann aus unserer Sicht schon deswegen keine Alternative sein - der Finanzminister hat es gerade ausgeführt -, weil dort in unverantwortlicher Art und Weise die Verschuldung nach oben getrieben wird

(Daniela Behrens [SPD]: Der Wähler!)

- ja, der Wähler! -, nur um sich damit den Gewinn der vorgezogenen Neuwahlen, die von Ihnen in NRW geplant werden, zu erkaufen. Das ist nicht in Ordnung, und das lassen wir Ihnen auch nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie, meine Damen und Herren, stehen sich aus der Verantwortung, so wie Sie es immer getan haben, wenn es ernst wird. Dazu zwei Beispiele: Raus aus der Rente mit 67! Den Menschen eine Mogelpackung unterschieben, so wie Sie es mit Ihrem Kompromiss, den Sie vorgelegt haben, versuchen. - Raus aus dem Neuverschuldungsgebot. Was kostet die Welt? - Ich sage Ihnen deutlich: Das ist unverantwortlich, unsolidarisch und am Ende unsozial!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Meyer [GRÜNE]: Weil Sie eine Schattenfinanzierung eingepreist haben!)

Meine Damen und Herren, was wir heute tun, wirkt sich morgen aus, und was wir heute nicht tun, wird uns später wieder einholen. Daher sind wir - das ist sehr ernsthaft gemeint - bereit, mit Ihnen über die Aufnahme eines Neuverschuldungsgebots in unsere Landesverfassung zu sprechen. Wir müssen jetzt handeln, und wir müssen jetzt dafür sorgen,

dass die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde gesichert wird und dass wir in eine lebenswerte Zukunft kommen.

(Beifall bei der CDU)

So ist die Prophezeiung, sehr geehrter Herr Jüttner, die Sie hier bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2009 vorgetragen haben, Gott sei Dank nicht eingetroffen. Sie haben damals erklärt:

„Sie wissen doch wie ich: Wir haben in Niedersachsen die Talsohle in dieser Krise nicht erreicht. Die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen werden zusammenbrechen mit weitreichenden Folgen, die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten drastisch steigen mit weitreichenden Folgen bei den Betroffenen in der Arbeitsverwaltung und in unseren Kommunen, meine Damen und Herren.“

Dies hatte und hat mit der Lebenswirklichkeit in diesem Land Gott sei Dank nichts zu tun.

(Johanne Modder [SPD]: Auch bei den Kommunen nicht?)

Wie stellt sich die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen tatsächlich dar?

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Lassen Sie mich das an drei Beispielen kurz auführen: Erstens. Derzeit laufen immense Investitionsprojekte in den niedersächsischen Landeshäfen, Großprojekte in Cuxhaven, Brake und Emden mit Gesamtinvestitionen von über 200 Millionen Euro, die in der Vorbereitung und in der Planung liegen und auch in der Durchführung sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zugleich realisieren wir mit dem JadeWeserPort das derzeit größte Infrastrukturprojekt Norddeutschlands. Alleine dort werden 600 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Thümler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Björn Thümler (CDU):

Nein.

Zweitens. In der vergangenen Woche war bei Airbus in Stade Produktionsstart für den neuen Langstreckenjet A350. Bereits im Juni startete die Produktion der ersten Panels in Nordenham. Dies wird mit Gesamtinvestitionen von Premium AEROTEC von 360 Millionen Euro unterlegt.

Drittens. In der übernächsten Woche findet ebenfalls in Stade die Einweihung des CFK Nord statt, ein Forschungszentrum, was seinesgleichen suchen wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Landesregierung investiert 100 Millionen Euro in die Standorte Stade, Varel und Nordenham.

Meine Damen und Herren, das sind drei konkrete Beispiele für wirtschaftlichen Aufbruch, drei Beispiele für Zukunftschancen, drei Beispiele für den Erfolg, die den Menschen wirklich nützen. Dies wirkt sich - wir haben es vorhin schon gehört - auch konkret am Arbeitsmarkt aus. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 18 Jahren in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben gerade in der Krise Mut zur Verantwortung bewiesen. Gerade mit der Initiative Niedersachsen haben wir neue Wachstumsimpulse gesetzt. Diese Impulse kann man nur setzen, wenn man eine solide Haushaltspolitik macht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese solide Haushaltspolitik wird in 2011 unter dem Kurs „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ fortgesetzt:

Erstens. Wir konsolidieren, weil wir unseren Kindern nicht erdrückende Schulden und Zinslasten vererben dürfen. Es geht darum, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Zweitens. Wir modernisieren, weil wir mit einem schlanken Staat, geringerer Regelungsdichte und einer schlagkräftigeren Verwaltung Bürgern und Unternehmen notwendige Sicherheit bieten müssen und damit größtmögliche unternehmerische Freiheit geben wollen.

Drittens. Wir investieren, weil wir gerade jungen und alten Menschen Perspektiven für die Zukunft geben wollen.

Seit 2003, meine Damen und Herren, ist in Niedersachsen Finanzpolitik auf einem guten Weg. Wir waren kurz vor dem Ziel - der Finanzminister hat

es gerade ausgeführt -, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Kein anderes Bundesland - auch keines, in dem Sie Verantwortung getragen haben - hat die Neuverschuldung in so kurzer Zeit so stark zurückgeführt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allerdings - auch das gehört zur Wahrheit - ist durch das Platzen von Spekulationsblasen unverantwortlicher Zocker - dies möchte ich hier einmal deutlich ansprechen - die Weltwirtschaft erheblich in Unruhe geraten, so weit, dass es fast zu Zusammenbrüchen von Staatssystemen gekommen wäre.

(Johanne Modder [SPD]: Und was haben wir daraus gelernt? - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie wollen, dass wir wieder zocken!)

- Ach, Herr Sohn. Hören Sie einfach zu, dann lernen Sie etwas!

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Zuhören kann er nicht!)

Wir haben uns hier dem Thema Weltwirtschaftskrise angenommen und mussten uns dieser Herausforderung stellen. Gerade in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 war es leider unerlässlich, dafür die Nettokreditaufnahme auf 2,3 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Dies war notwendig und richtig. Warum war es richtig? - Weil wir mit Investitionen in den letzten Jahren dazu beitragen konnten, dass die Wirtschaft in Niedersachsen in Fahrt bleiben konnte. Das sage ich auch vor dem Hintergrund Ihrer Klage - Sie haben es erwähnt, Herr Schostok -, die Sie vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg gegen den dritten Nachtragshaushalt 2009 und den Haushalt 2010 einreichen wollen.

(Detlef Tanke [SPD]: Ihr zittert ja schon!)

- Nein, deswegen zittern wir nicht, Herr Tanke. Wir werden das ganz gelassen abwarten; denn uns hat die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land recht gegeben, dass das, was wir gemacht haben, alternativlos gewesen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, ist diese Klage in der Sache falsch. Sie ist zudem rückwärtsgewandt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Warten wir einmal ab!)

Meine Damen und Herren, wir haben bewiesen, dass wir handlungsfähig sind. Aber wie Sie wissen: Das Gleichnis der Hühner - ich will es noch einmal sagen - zeigt eben - - -

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das hat niemand im Saal verstanden!)

- Das kann ich mir denken; das ist intellektuell zu viel für Sie, Herr Dr. Sohn.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Wir haben enorme Anstrengungen unternommen, Deutschland aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen. Wir haben mit Milliarden die Konjunktur erfolgreich unterstützt. Es ist der Beweis angetreten worden, dass sich unser Finanz- und Wirtschaftssystem und auch unser Rechtssystem in dieser Krise bewährt haben. Aber ob wir deswegen jetzt, da es wieder bergauf geht, die Finanzmarktregeln der USA übernehmen sollten, bleibt für mich mit einem Fragezeichen zu versehen.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 1. Juli trägt das programmatische Motto „Mut zur Verantwortung“. Und genau darum, meine Damen und Herren, geht es jetzt: Mut zur Verantwortung.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Mut zur Lücke!)

Das heißt, den nötigen Mut, unpopuläre Maßnahmen zu entscheiden,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Davor drücken Sie sich allerdings!)

den Mut, unpopuläre Maßnahmen auch gegenüber der Bevölkerung, auch bei dem Populismus, den Sie gerne in das Land tragen, zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, „Mut zur Verantwortung“ heißt auch, dass wir uns in den nächsten Jahren auf das Machbare beschränken müssen.

„Mut zur Verantwortung“ heißt drittens, das Land zukunftsfähig zu machen, ohne zugleich Nachfolgenerationen mit zu vielen Schulden zu belasten.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Das ist ein Allgemeinplatz nach dem anderen!)

Eben jenen Mut zur Verantwortung beweisen wir mit dem Haushaltsplan für 2011: erstens durch konkrete Impulse die Wirtschaft stärken, zweitens

durch weitere Konsolidierung und strukturelle Reformen die Finanzen neu ordnen und drittens durch verlässliches und entschlossenes Handeln die Struktur des Landes stärken. Dabei, meine Damen und Herren, setzen wir auf den Dreiklang aus Modernisieren, Konsolidieren und gezieltem Investieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen, meine Damen und Herren - der Finanzminister hat es schon ausgeführt -, bis 2017 einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme erreichen. Das haben wir angekündigt, und das wollen wir auch erreichen. Wir haben, im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren der Opposition, keine Angst vor einem Neuverschuldungsgebot. Deshalb mein erneuter Appell an Sie: Verweigern Sie Gespräche nicht! Zeigen Sie sich offen dafür, auch unsere Landesverfassung dementsprechend anzupassen, so wie Sie es mit der CDU gemeinsam in Schleswig-Holstein zu Ihrer Regierungszeit schon gemacht haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen unseren Kindern und Kindeskindern keine Schuldenberge hinterlassen. Deshalb senken wir konsequent, beginnend mit dem Haushaltsplanentwurf 2011, die Nettokreditaufnahme ab. Bei einem Haushaltsvolumen von 25 Milliarden Euro wird die Neuverschuldung im nächsten Jahr um 350 Millionen Euro auf 1,95 Milliarden Euro reduziert. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt nachdrücklich diesen konsequenten Kurs der Konsolidierung, weil er verantwortungsbewusst und ausbalanciert ist.

Wir wollen die Landesverwaltung modernisieren. Das heißt, Maßstab für staatliche Betätigung kann nicht immer die Nützlichkeit und Wünschbarkeit sein, sondern die strikte Notwendigkeit und Unerlässlichkeit. Deswegen werden wir in den Jahren 2011 bis 2015 konsequent weiter 1 900 Vollzeitverwaltungsstellen abbauen.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, betone ich ausdrücklich, dass die letzten sieben Jahre der Regierung Christian Wulff dazu geführt haben, dass wir bereits 7 000 Stellen abgebaut haben, dass wir den Haushalt konsolidiert haben, dass wir die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, Mittel zur Verfügung zu haben, um zu investieren, und dass wir in der Krise investieren konnten, um gegen das Abrutschen in das Defizit kämpfen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir erstens die Katasterverwaltung modernisieren. Wir modernisieren zweitens die niedersächsische Landesschulbehörde. Drittens werden wir die Personalplanung modernisieren. Wir werden dabei insbesondere das Thema demografischer Wandel aufgreifen. Die Landesregierung hat bereits Eckpunkte zu diesem Thema beschlossen. Das ist deswegen wichtig, weil wir vor allen Dingen in den technisch intensiven Berufen jetzt dafür sorgen müssen, dass wir auch morgen vernünftig ausgebildete Menschen zur Verfügung haben, die in der Verwaltung arbeiten können. Viertens werden wir neue Wege im Bereich der öffentlich-privaten Partnerschaften gehen. Das führt dazu, dass wir im Rahmen unserer aktuellen Sparanstrengungen die konsequente Weiterführung der Verwaltungsreform auf die Agenda setzen werden.

Ein erheblicher Teil der Mittel, der so eingespart werden wird, ist dafür gedacht, für die Kinder und ihre Ausbildung Geld zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen weiterhin sowohl für Innovation als auch für neue Technologien genutzt werden. Es lohnt sich, für die Zukunft zu sparen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, wir investieren - wir haben es bewiesen - über die Initiative Niedersachsen. Das war die Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie können überall im Land sehen, dass das Geld gut angekommen und gut investiert ist. Die Initiative Niedersachsen - das kann man heute hier deutlich erklären - ist ein voller Erfolg für diese Landesregierung gewesen und wird dies auch in den nächsten Monaten noch sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Haushaltskonsolidierung und gezielte Zukunftsinvestitionen gehen Hand in Hand. Deshalb halten wir trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung die Zusage aus den Koalitionsvereinbarungen ein, die da heißt: Wir unterstützen unsere Wirtschaft und den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur. Deshalb - Hartmut Möllring hat gerade darauf hingewiesen - wird der JadeWeserPort am 5. August 2012 den Betrieb aufnehmen. Wir werden 2010/2011 in die weitere Entwicklung der niedersächsischen Häfen 144 Millionen Euro investieren können.

Investitionen stärken unseren Wirtschaftsstandort und schaffen Arbeitsplätze. Gerade Investitionen in Infrastruktur sind Zukunftsinvestitionen. Aber auch

Investitionen in Köpfe und Kinder sind sinnvoll, weil es dabei um die Ausbildung und damit um die Zukunft unseres Landes geht. Daher halten wir Kurs beim beitragsfreien Kindergartenjahr; denn frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zu einer guten Bildung, einer erfolgreichen Zukunft und einem guten Schulstart.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Niedersachsen werden 2011 85 Millionen Euro in die Ganztagschulen investiert. Mit dem Zukunftsvertrag II gibt es für die Hochschulen von 2011 bis 2015 Planungssicherheit auf dem bisher erreichten Niveau. Das ist eine gute Botschaft, weil dadurch Investitionen in den Hochschulen ermöglicht werden und damit der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen deutlich und nachhaltig gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind zudem gut gerüstet, was den doppelten Abiturjahrgang und die damit einhergehende hohe Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern angeht. Allein dafür werden im kommenden Jahr 89 Millionen Euro in den Hochschulpakt investiert. In den Jahren 2012 und 2013 werden es 119 bzw. 136 Millionen Euro sein. Damit eröffnen wir allen Studierwilligen die Möglichkeit, an eine Hochschule zu gehen und in einem international wettbewerbsfähigen Hochschulsystem ein Hochschulstudium aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Kulturhaushalt, meine Damen und Herren, bleibt mit 186 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2011 nahezu stabil.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: „Nahezu stabil“? - Das ist schick!)

- Es fehlt nicht viel, um diese Summe zu erreichen. Lesen Sie es einmal nach.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das heißt, es ist ein Minus!)

- Das ist kein Minus. Das werden Sie schon noch sehen.

(Lachen bei der LINKEN und bei der SPD)

Alle Projekte der kulturellen Bildung bleiben bestehen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Ein großartiger Mann!)

- Herr Dr. Sohn, wenn man Ihnen folgen würde, würde man das Geld dort ganz wegnehmen. Dann würde man es nur noch in sozialistische Kulturprojekte stecken. Aber das wollen wir ja nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sagen Sie mal etwas zu den Kürzungen im Haushalt! - Ulf Thiele [CDU]: Sozialisten haben keine Kultur!)

Wir haben gerade gehört, dass das Land im sozialen Bereich angeblich kürzen will. Ich will Ihnen dazu einmal Folgendes sagen. Das Land Niedersachsen investiert auch 2011 in die Zukunft eines sozial und generationengerechten Niedersachsen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wächst der Sozialhaushalt denn nun, oder schrumpft er?)

Für soziale Leistungen wie die Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe, für schwerstkranke Kinder und die Schuldnerberatung stehen 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Für Frauenhäuser, Gewaltberatung und Täterarbeit sind mehr als 7 Millionen Euro vorgesehen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Thümmler, gestatten Sie Zwischenfragen?

Björn Thümmler (CDU):

Nein.

Für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit stehen mehr als 34,4 Millionen Euro zur Verfügung. Im Gesundheitswesen werden 263 Millionen Euro sowie für Wohnungs- und Siedlungswesen und Städtebau 760 Millionen Euro veranschlagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist somit nicht zu erkennen, dass es ein unsoziales Niedersachsen gibt. Wir schaffen vielmehr dauerhafte Perspektiven.

Herr Schostok, wenn Sie hier das Märchen erzählen, dass wir angeblich bei den sozial Schwachen, nämlich bei den Behinderten kürzen wollten, dann bleibt das ein Märchen. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. In diesem Bereich - der Finanzminister hat es Ihnen erklärt - wird keine Kürzung vorgenommen, sondern es gibt eine Anpassung an die Tarifentwicklung.

Sehr geehrter Herr Schminke, das ist so. Sie können das nachvollziehen, wenn Sie einmal in den Tarifvertrag blicken würden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

- Warum sind Sie denn so aufgeregt?

(Ronald Schminke [SPD]: Weil ich es besser weiß!)

- Herr Schminke, regen Sie sich nicht auf. Das schadet der Gesundheit. Sie können über all das im Ausschuss diskutieren. Dort können Sie Ihren Standpunkt darstellen. Ich habe Ihnen hier gerade unseren Standpunkt dargestellt.

(Ronald Schminke [SPD]: Ihr könnt doch nicht alle die Unwahrheit sagen!)

- Herr Schminke, nicht aufregen! Das schadet der Gesundheit. Ganz ruhig! Was Sie da behaupten, stimmt nicht.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ich schlage Ihnen vor, dass Sie sich an das gesamte Plenum wenden. Wenn Herr Thümler und Herr Schminke sich etwas zurückhalten, kriegen wir das schon hin. - Herr Thümler, bitte schön!

Björn Thümler (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe aber kein Problem mit den Zwischenrufen. Herr Kollege Schminke ist so laut, dass ich von hier ganz gut verstehen kann, was er sagt.

Für Maßnahmen des Küstenschutzes stehen Mittel in Höhe von 68,2 Millionen Euro bereit. Damit ist das gesetzte Ziel übertroffen. Wir hatten gesagt, dass jährlich mindestens 60 Millionen Euro in den Küstenschutz investiert werden sollen. Dieses Ziel wird deutlich übertroffen. Das ist eine sehr gute Leistung dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Opposition hier Vorwürfe erhoben. Was täte die Opposition, wenn sie es heute denn könnte, was sie Gott sei Dank nicht kann. Herr Schminke, in diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick nach NRW.

(Zuruf von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

- Warten Sie erst einmal ab, Herr Dr. Sohn. Sie kommen ausnahmsweise auch einmal vor.

Etwas Ähnliches wie das, was in NRW gemacht wird, schwebt Ihnen für Niedersachsen als Modell von SPD, Grünen und Linken auch vor. Erstens suchen Sie in dem rot-grünen Koalitionsvertrag in NRW vergeblich nach einem klaren Bekenntnis zur Konsolidierung des Haushaltes. Ein solches Bekenntnis gibt es dort nicht.

Zweitens sucht man im rot-grünen Koalitionsvertrag in NRW vergeblich nach Informationen zur Finanzierung der zahlreichen Wahlgeschenke. Letztere werden durch Nettokreditaufnahme finanziert.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

- Warum regen Sie sich denn so auf, Frau Flauger? Sie sind dort doch gar nicht an der Regierung beteiligt. Hören Sie mir doch einfach zu.

Drittens wirkt die Ankündigung hilflos, im Bundesrat Initiativen zur Einführung der Vermögensteuer und zu einer sozial gerechten Reform der Einkommensteuer starten zu wollen.

Viertens. Wenn es um eigene Beiträge zur Konsolidierung des Landeshaushalts geht, ist bei Ihnen Fehlanzeige festzustellen.

Fünftens. Stattdessen wird in diesem Jahr der Landeshaushalt zusätzlich mit 3,1 Milliarden Euro belastet.

Was ist die Quintessenz daraus? - Sie wollen uns vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg verklagen. Ich sage Ihnen: Es ist eine rückwärtsgewandte Politik, die Sie betreiben. Das wird nicht aufgehen. Diese Politik ist bei Ihnen schon im Kern falsch angelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Ihr Problem - das konnten wir gerade erst eben wieder sehen - besteht darin, dass bei Ihnen die Taktik über die Strategie triumphiert. Deshalb kann ich hier einmal die Frage stellen: Wo sind denn eigentlich die aufrechten Sozialdemokraten?

(Ronald Schminke [SPD]: Hier!)

Wo sind denn die Helmut Schmidts, die Peer Steinbrücks, die Wolfgang Clements, die Garrett Duins, die der SPD im Bund und in den Ländern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in der Haushalts- und Finanzpolitik ins Gewissen reden?

(Zurufe von der SPD - Christian Dürr [FDP] - zur SPD -: Rausgeschmissen)

habt ihr die! - Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE]

- Herr Meyer, warum regen Sie sich denn so auf? - Sie sind da doch gar nicht vorgekommen. Herr Meyer! Hallo! Ganz ruhig bleiben! Schonen Sie Ihre Nerven! Sie kommen später dran.

Also: NRW ist erst der Anfang, nämlich der Anfang vom Ende. Außerdem zeigt NRW, wie es nicht gehen kann. Sie aber würden es natürlich auch in Niedersachsen versuchen, wenn sich Ihnen diese Gelegenheit hier bieten würde, nämlich exzessive Schuldenpolitik, um die Gunst der Linken zum Preis der Macht zu erkaufen. Warum kommen wir darauf, meine Damen und Herren? - Das ist ganz einfach: Weil Sie, Herr Lies und Herr Schostok, den Linken bereits einen Persilschein ausgestellt, indem Sie sie per se für regierungsfähig erklärt haben.

(Zurufe von der SPD und von den LINKEN)

Diese Rechnung geht am Ende des Tages nicht auf, meine Damen und Herren, weil die Zeche die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zahlen müssen. Das aber werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Denn eines, meine Damen und Herren, haben NRW und das gescheiterte Experiment in Hessen doch gezeigt: Eine Regierungsbeteiligung der Linken in Westdeutschland geht nur, wenn man fleißig und immer schneller an der Schuldenspirale dreht. Rot-Grün in NRW plant für 2010 einen Nachtragshaushalt mit einer Rekordverschuldung von wenigstens 9 Milliarden Euro - und das, Herr Briese, aus einem einzigen Grund, nämlich um sich bei möglichen vorgezogenen Neuwahlen im Land die Mehrheit erkaufen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist das, was wir derzeit in NRW erleben, schlicht und ergreifend Wahnsinn - Wahnsinn vor dem Hintergrund, dass wir ab 2020 in der Bundesrepublik Deutschland eine Neuverschuldungsgrenze einzuhalten haben werden. Sie haben überhaupt keine Idee und keinen Plan dafür, wie Sie dies erreichen wollen.

(Ulf Thiele [CDU]: Die wollen das nicht erreichen! Die wollen die Verfassung brechen! Ganz einfach!)

Deshalb werden Sie sich bei diesem Thema stellen müssen. Sie aber wollen es nicht, Sie können es nicht, und sie versprechen den Leuten das Blaue vom Himmel, nur um etwas sagen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, welcher besseren Beitrag für die Zukunft unseres Landes, für die Zukunft der hier lebenden Menschen und der hier aufwachsenden Kinder können wir leisten, als das Land finanziell wieder in Ordnung zu bringen? - Für mich und meine Fraktion ist das eine historische und moralische Verpflichtung zugleich. Wir haben hier eine echte Chance, Niedersachsen in eine gute Zukunft zu führen. Diese Chance dürfen wir nicht verspielen. Deshalb sind wir alle gefordert, in diese Richtung mitzuarbeiten, mitzumachen und dafür zu sorgen, dass dieser Haushalt auf Kurs bleibt.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich Sie darüber informieren, dass uns der Herr Präsident irrtümlicherweise etwas Falsches mitgeteilt hat. Das konnte er aber nicht wissen, weil es auf seinem Sprechpapier so vermerkt war. Die jungen Journalisten, die wir heute im Landtag haben, kommen nicht von der Realschule aus Syke, sondern von der Gesamtschule Schinkel in Osnabrück.

(Zurufe: Aha!)

Das Zweite, was damit zusammenhängt: Betreut werden sie nicht vom Kollegen Frank Mindermann, sondern vom Abgeordneten Professor Dr. Dr. Roland Zielke von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach ist die Sache damit ausgeräumt.

Ich rufe jetzt in der Haushaltsdebatte den nächsten Redner auf. Es spricht der Kollege Klein für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kommen wir wieder zu Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Sehr gut!)

Die Landesregierung selbst hat uns in der Begründung für das Haushaltsgesetz 2011 eine sehr treffende Zusammenfassung ihrer gesamten Vorlage geliefert. Ich möchte das einmal zitieren. Dort steht nämlich:

„Substanzielle Einnahmeverbesserungen sind nach Überzeugung der Landesregierung für Niedersachsen derzeit nicht erreichbar. Auch auf der Ausgabeseite werden - über die vorgenommenen Kürzungen hinaus - keine Möglichkeiten gesehen, die Überschreitung der verfassungsrechtlichen Verschuldensgrenze zu vermeiden oder weiter zu begrenzen.“

Meine Damen und Herren, das ist doch nichts anderes als ein geistiger Offenbarungseid.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das ist eine Kapitulation vor der Aufgabe, sich ernsthaft mit diesem Haushalt zu beschäftigen, ihn zukunftsfähig zu machen und ihn vor allem mittelfristig auf die Schuldenbremse hin gerichtet zu bearbeiten und ihn hier entsprechend vorzulegen. Ich kann nur feststellen: Der neue Ministerpräsident hat offensichtlich aufgegeben, bevor er überhaupt begonnen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerpräsident David McAllister verlässt den Plenarsaal - Christian Meyer [GRÜNE]: Er geht auch schon! - Weitere Zurufe)

- Frau Kollegin Klopp, offensichtlich wendet er sich lieber den schöneren Dingen des Lebens zu, insbesondere z. B. Sonnenblumenköniginnen.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben vor einer guten Stunde mit Ihrer Mehrheitsentscheidung auf rund 58 Millionen Euro verzichtet.

(Zuruf von der CDU: Unsinn!)

Wenn ich jetzt einmal in Ihrem Gebrauchsmuster bleibe, müsste ich Sie jetzt fragen: Wo ist denn Ihr Deckungsvorschlag für den Ausgleich dieses Verzichts? - Wahrscheinlich aber haben Sie keinen. Oder Sie halten es so wie die Landesregierung: Warum soll man sich anstrengen und Unpopuläres tun? - Vielmehr handeln Sie nach dem Motto: Niedersachsen ist reich. Niedersachsen hat doch Vermögen. Also leben wir bis auf Weiteres von der Substanz.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Womit wir, Herr Kollege, bei den Haushaltsvorschlägen der Landesregierung wären: Ein Dreiklang sollte es sein - ein Dreiklang aus Ausgabenkürzungen, aus Einnahmeverbesserungen und aus Veräußerungen, so der Ministerpräsident. Ich denke, es ist jetzt aber mindestens ein schräger Vierklang, mit dem Sie die ursprüngliche Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von - ich betone - 3,8 Milliarden Euro stopfen wollen. Irgendjemand hat vorhin etwas von unverantwortlichen 3 Milliarden erzählt. Ich weise darauf hin: Auch hier reden wir über solch eine Größenordnung.

(Christian Dürr [FDP]: Sie verwechseln ja schon die Zahlen miteinander!)

Die 1,95 Milliarden Euro an Neuverschuldung finden aber bei Ihnen, wenn überhaupt, nur beiläufig Erwähnung. Sie erwecken damit den Eindruck, als gebe es eigentlich nur den verbleibenden Handlungsbedarf von 1,9 Milliarden Euro. Das ist schon wichtig, meine Damen und Herren von der FDP, wenn wir von der Schuldenbremse und vom Erreichen der Nullverschuldung reden.

(Christian Dürr [FDP]: Was heißt denn hier „nur“?)

Aber auch bei diesen 1,9 Milliarden Euro sind Ihre Lösungsvorschläge natürlich alles andere als ein ausgeglichener und harmonischer Dreiklang.

Konsolidierung à la CDU/FDP heißt vor allem, „Vermögen verwerten“, also das Land schröpfen. Um fast 1 Milliarde Euro wird das Land Ende 2011 zusätzlich zu den schon geplanten Veräußerungen ärmer sein. Eigentlich müsste man sogar von 2,9 Milliarden Euro reden, wenn wir die Nettoneuverschuldung hinzurechneten, was eigentlich logisch wäre, jedenfalls dann, wenn es nach den Konsolidierungsvorschlägen der Landesregierung läuft, eben Auflösung von Rücklagen und Sondervermögen und Verkauf von Tafelsilber.

Besonders pikant ist dann natürlich die 300 Millionen Euro starke Vermögensaktivierung mit der VW-Option, die weder inhaltlich noch zeitlich sichergestellt ist. Damit würden wir, wenn es eine entsprechende Haushaltsermächtigung gäbe, eine Blankovollmacht ausstellen. Und für die gibt es - von uns jedenfalls - keine Zustimmung, zumal in den Folgejahren weitere 450 Millionen Euro angesetzt sind, ohne dass es dazu auch nur eine konkrete Vorstellung gibt.

Und das, meine Damen und Herren, grenzt an Plünderung des Landesvermögens.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir wollen, meine Damen und Herren, das Vermögen des Landes in einem Fonds bündeln und sichern, der langfristig für eine gute Bildungspolitik zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir über 500 Millionen Euro in die Bildung stecken, von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung und zur Fortbildung älterer Arbeitnehmer.

Ich komme zum Sparen. Genau das Fragezeichen, das wir beim Ausplündern des Landes sehen, kann man natürlich auch reichlich beim Ausgabenkürzungsteil der Landesregierung setzen, etwa in Bezug auf die Erwartung, dass Tarifsteigerungen künftig auf 1 % jährlich begrenzt werden könnten. Und noch viel weniger liegt die künftige Zinsentwicklung in der Gestaltungsmacht der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ob zweifelhafte Luftbuchungen oder bedenkenloser Vermögensverzehr - nichts davon ist geeignet, die strukturelle Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben dauerhaft zu schließen. Das alles bringt uns der grundgesetzlich geforderten Schuldenbremse keinen Schritt näher. In dem Zusammenhang möchte ich kurz auf meine Zwischenfrage eingehen, Herr Minister Möllring. Ich hatte Sie ja gefragt, wie Sie das Ganze erreichen wollen. Sie haben mir nur geantwortet, dass Sie es erreichen wollen. Das haben Ihre Parteifreunde nicht gemerkt, deswegen waren die von Ihrer Antwort etwas begeisterter, als ich es eigentlich war. Ich denke, wenn Sie tatsächlich ehrlich geantwortet hätten, wie Sie es erreichen, dann hätte Ihnen niemand Beifall gespendet, sondern die meisten Ihrer Kolleginnen und Kollegen wären wahrscheinlich in Schockstarre gefallen, weil sie sich überlegt hätten, wie sie das in ihren Wahlkreisen erklären sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es besteht natürlich die Chance, der Schuldenbremse durch die zweiprozentigen Kürzungen näher zu kommen, die Sie in den Ressorts vorsehen. Doch diese Rasenmähermethode und ihre Gestaltung quasi als zusätzliche globale Minderausgabe öffnet Manipulationen, aber auch Falschentscheidungen Tür und Tor. Da ist keine Linie und kein Konzept, sondern da wird gesagt: Macht mal! - Und natürlich machen sie auch - mit der Folge, dass dann mal wieder mit zu

niedrigen Einnahmeansätzen oder zu hohen Ausgabeansätzen getrickst wird. Gekürzt wird darüber hinaus da, wo der geringste Widerstand erwartet wird.

Wir haben Ihnen vor dem Sommer - etwa bei der Beihilfe, bei den Personalkosten und bei den Sach- und Planungskosten - konkrete Vorschläge gemacht. Und wie sehen die Beispiele bei Ihnen aus? - Sie werden uns hinsichtlich des sozialen Bereichs erklären müssen, wie Sie mit einer Kürzung von 30,5 Millionen Euro bei der Behindertenhilfe und von 39 Millionen Euro bei der Krankenhausfinanzierung dem Umstand entgegenwirken wollen, dass Niedersachsen seit Schwarz-Gelb zu einem Land sozialer Kälte geworden ist. Sie werden uns erklären müssen, warum Sie mit Kürzungen im Instandhaltungs- und Unterhaltungsbereich bestehende Straßen buchstäblich kaputt sparen, aber völlig unsinnige Neubauprojekte weiter forcieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen hier genau umgekehrt vorgehen. Typisch FDP-Klientelpolitik ist es sicherlich auch, dass für die Wirtschaftsförderung der Unternehmer ein paar Euro mehr zur Verfügung stehen, die dann aber auf der anderen Seite bei den Arbeitnehmern im Bereich Arbeitsförderung und Integration in den Arbeitsmarkt gegenfinanziert werden. Die müssen dafür bluten.

(Christian Dürr [FDP]: Das passt nicht mit Ihren anderen Reden zusammen!)

In Bezug auf den Innenbereich reden wir über den Skandal, dass der Verfassungsschutz immer weiter mit Stellen gemästet wird, während Sie angeblich in anderen Bereichen kräftig einsparen wollen. Dass Sie kein Konzept haben, wie Sie die Verwaltungsstruktur in diesem Land in den Griff kriegen wollen und dass sich dazu nichts in Ihrem Haushalt findet, will ich nicht auch noch erwähnen. Und wie man Bildung zum Schwerpunkt erklären, gleichzeitig Kürzungen im Kultushaushalt vornehmen und 1,9 Millionen Euro aus der Erwachsenenbildung ausschneiden kann, das werden Sie uns ebenfalls erklären müssen.

Nichts erklären muss Herr Sander. Wir hatten ernsthaft nichts anderes erwartet, als dass der Minister beim Klimaschutz sowie bei den Ansätzen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz streicht.

Ich komme noch einmal zu den Einnahmeverbesserungen. Positiv ist natürlich, dass Sie unseren

Vorschlag zur Grunderwerbsteuer aufgenommen haben. Aber da ist auch schon das Ende der Fahnenstange. Dort, wo in Ihrem Dreiklang eigentlich die Hauptmusik spielen müsste, wenn ernsthaft ein Ende der Neuverschuldung angestrebt werden würde, ist nur ein leises Tönchen zu hören.

Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht, auf deren Grundlage Sie sich auf Bundesebene für einen höheren Steuerbeitrag der einkommensstarken Haushalte und Unternehmen einsetzen können. Höherer Steuersatz, Erbschaftsteuer und Vermögensabgabe - all das ist hier schon angesprochen worden. Es gibt reichlich Gründe, die Fehlentwicklungen bzw. die Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahren zu korrigieren. Es war der Bund, der die Einnahmekürzungen zu vertreten hat und der damit auch die Pflicht hat, etwas dagegen zu tun.

Wir haben es mal ausgerechnet: Seit dem Unternehmensteuergesetz vom August 2007 sind durch gesetzliche Änderungen 1,24 Milliarden Euro weniger in die niedersächsischen Kassen geflossen. Und auch die Wissenschaftler der Böckler-Stiftung weisen anhand der Bundeszahlen nach, dass der größte Teil der Staatsdefizite nicht der Finanzkrise geschuldet, sondern hausgemacht ist.

Wir haben schon vor der Sommerpause, meine Damen und Herren, unsere wesentlichen Vorschläge und Eckpunkte für den Haushalt 2011 vorgelegt. Das setzt uns in die Lage, frühzeitig in die inhaltliche Diskussion einzusteigen. Statt eines letztlich nur formalen Änderungsantrages kurz vor der Dezembersitzung werden wir unsere Änderungsvorschläge deshalb bereits in die Einzelplanberatungen des Haushaltsausschusses einbringen, damit Sie sich dazu verhalten können.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist mal was Neues!)

Vielleicht haben Sie ja auch als Koalitionsfraktionen, Herr Kollege, das Interesse, Ihre Spielwiese „politische Liste“ so ein wenig zu vergrößern.

(Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE]: Glaube ich nicht!)

Ein letztes Wort zu unserer Klage beim Staatsgerichtshof: Das ist nämlich in der Tat alles andere als rückwärts gewandt, Herr Kollege Thümler. Hier geht es darum, für die Zukunft sicherzustellen, dass mehr Haushaltswahrheit und mehr Haushaltsklarheit in diese Haushaltsberatungen und in den entsprechenden Entwurf einziehen. Es geht dabei nicht nur - das wissen auch Sie - um den

Titel, wer der größte Schuldenmacher ist, sondern schlicht und einfach darum, dass man mit solchen Tricks auch die Stabilitätsratskriterien manipulieren kann, um eben weiter ungeschoren eine solche Haushaltspolitik zu machen, wie Sie es tun.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Herr Klein!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dürr. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schostok! „Niedersachsen bewahrt sich politische Handlungsfähigkeit“ - *Weser-Kurier*, 3. August 2010. - „Grundsätzlich verdient es Respekt, dass Niedersachsen nicht wie die neue Regierung in NRW in eine zusätzliche Verschuldung flüchtet.“ - *Neue Osnabrücker Zeitung*, 3. August 2010.

(Beifall bei der CDU)

„Im Vergleich mit Nachbarländern wie Bremen und Schleswig-Holstein steht Niedersachsen wie ein Musterknabe da.“ - *Hamburger Abendblatt*, 3. August 2010. - Meine Damen und Herren, der 3. August 2010 war der Tag nach der Klausur dieser Landesregierung. Es gibt einen breiten Konsens, dass Sparen das Gebot der Stunde ist, meine Damen und Herren. Und genau das tun wir, und die Öffentlichkeit erkennt das auch an.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese Landesregierung leistet beim Sparen tatsächlich Enormes. Bei einem Haushalt von 25 Milliarden Euro und einer Finanzierungslücke von knapp 1,9 Milliarden Euro - davon könnte man beispielsweise alle niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer ein halbes Jahr lang bezahlen - hat es die Landesregierung bei gleichzeitiger Reduzierung der Neuverschuldung geschafft, den Haushalt zum Ausgleich zu bringen.

Meine Damen und Herren, jahrzehntelang wurde kein einziger Euro in Deutschland zur Tilgung von Schulden verwendet. Mit der von uns forcierten Schuldenbremse haben wir den Weg dahin eingeschlagen und halten auch weiterhin daran fest - jetzt erst recht, meine lieben Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will die Zahl noch einmal deutlich machen: Allein dieses Jahr zahlt das Land Niedersachsen

2 Milliarden Euro an Zinsen. Dadurch wird deutlich, wie hoch der Schuldenberg mittlerweile auch bei uns im Land angewachsen ist. Die Zinssätze sind zurzeit extrem niedrig. Aber das kann sich schnell ändern, meine Damen und Herren. Umso dringender ist die konsequente Haushaltskonsolidierung dieser Landesregierung.

Wir machen vor allen Dingen eine nachhaltige Finanzpolitik; denn wir sparen nicht nur, sondern wir vernachlässigen auch die Investitionen nicht. Bis 2014 wird die Neuverschuldung - bei fast konstanter Investitionsleistung - konsequent weiter reduziert. Ich sage ausdrücklich Danke an Hartmut Möllring für diese Leistung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es wird mit der Strategie gespart, die Qualität dabei nicht leiden zu lassen. Das gilt insbesondere im Bildungsbereich. Wir halten die Zahl der Lehrerstellen auf dem höchsten Niveau in der Geschichte des Landes Niedersachsen und bauen keine Stellen ab - anders als die Sozialdemokraten in den 90er-Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir stellen zweitens die Hochschulfinanzierung sicher und haben das in einem Zukunftsvertrag gemeinsam mit den Hochschulen festgeschrieben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Drittens. Es bleibt beim beitragsfreien dritten Kindergartenjahr. Wesentliche Merkmale dieses Haushaltsentwurfs sind vor allem die Dinge, die wir trotz der schwierigen Haushaltslage erhalten haben. Darauf kann diese Landesregierung zu Recht stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber das ist natürlich noch lange nicht alles. Wir denken schon jetzt weiter und haben ganz konkrete Pläne zur Fortsetzung dieser Sparpolitik: intelligentes Sparen einerseits - und zwar nicht mit dem Rasenmäher, sondern mit Verstand - und die Einnahmekonsolidierung auf der anderen Seite.

(Johanne Modder [SPD]: Das aus Ihrem Munde!)

Ich will Ihnen dazu auch Beispiele nennen. Stichwort „Glücksspielstaatsvertrag“: Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland erhöhen. Wir wollen - das sage ich ganz offen - natürlich auch die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte verbessern. Wir wollen aktiv Maßnahmen zur

Suchtbekämpfung ergreifen und gleichzeitig die Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam schützen. Denn das Internet - und ich hoffe, dass auch die Oppositionsfractionen das irgendwann einsehen - kann man nicht verbieten. Wir wollen das, was heute in Deutschland ohnehin schon im Internet stattfindet, legalisieren. Wir wollen, dass die entsprechenden Unternehmen auch in Deutschland und Niedersachsen ihre Steuern zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was das intelligente Sparen betrifft, so wollen wir noch etwas Zweites tun: modernes und effizientes Energiemanagement von öffentlichen Liegenschaften.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Emmerich-Kopatsch?

Christian Dürr (FDP):

Nein, Herr Präsident, keine Zwischenfragen.

Wir wollen durch Contracting clevere Einsparpotenziale erschließen. Dabei gibt es am Ende nur Gewinner: Das ist das Klima, das sind die Dienstleister, die das machen, und das sind vor allem die öffentlichen Haushalte.

Ferner wollen wir den Weg der Privatisierung konsequent weitergehen,

(Johanne Modder [SPD]: Das haben wir nicht anders erwartet!)

und zwar nicht nur zur Verbesserung der Einnahmesituation, sondern vor allen Dingen auch, weil das unser ordnungspolitisches Selbstverständnis ist, meine Damen und Herren. Der Staat ist am Ende des Tages eben nicht der bessere Unternehmer.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Diese klare ordnungspolitische Ausrichtung ist seit ihrer Gründung die Grundlage für den Wohlstand in der Bundesrepublik. Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb, wir sind weiterhin genau diesem Prinzip verpflichtet. Das unterscheidet uns von der Opposition. Sie wollen die Bürger und die Unternehmen immer stärker belasten - und das haben Sie in Ihren Reden gerade deutlich gemacht -, um den Staat zu sanieren. Der ordnungspolitische Kompass von CDU und FDP in Niedersachsen geht in eine andere Richtung. Denn wir stehen für

faire Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat. Wir sind solide, wir sind kompetent, und vor allen Dingen sind wir verlässlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Und ordnungspolitisch auf den Hund gekommen, Herr Dürr!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dürr, gilt generell, dass Sie keine Zwischenfragen zulassen? - Dann muss ich Sie nicht mehr unterbrechen.

Christian Dürr (FDP):

Das, Herr Präsident, gilt generell.

Und was ist die Opposition dabei? - Das ist einfach: unsolide, inkompetent und unzuverlässig.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist dreist!)

Da braucht man nur einmal über die Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen zu schauen. Sie sagen immer, man soll sich an seinen Taten messen lassen, meine Damen und Herren. In Nordrhein-Westfalen regiert Rot-Grün mit den Linken als dunkelrotem Reserverad. Ich will einige Beispiele nennen: Die Reduzierung der kommunalen Schulden - 400 Millionen Euro sind geplant; das klingt ja erst einmal gut -

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Klammern Sie sich schon an die Nachbarländer? Reden Sie doch mal über Niedersachsen! - Gegenruf von Hans-Werner Schwarz [FDP]: Hier haben wir ja nicht solche Beispiele!)

wird zu 100 % aus neuen Landesschulden finanziert. Ein anderes Beispiel ist die Abschaffung der Studiengebühren, meine Damen und Herren. Darüber haben wir hier im Landtag schon oft gesprochen. Es zahlen nicht mehr diejenigen, die von einem Studium profitieren, sondern die entstehende Lücke soll komplett aus neuen Landesschulden finanziert werden. Ich sage es deutlich: Das ist ein schamloser Griff in die Spardosen unserer Kinder.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Studiengebühren sind unsozial!)

Da ja gerade einmal wieder die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Debatte zu Managergehältern und Ähnlichem angesprochen wurde: Die Politik

fordert zu Recht immer wieder, dass Manager für ihr verantwortungsloses Verhalten persönlich haftbar gemacht werden sollen. Wenn man die gleichen Maßstäbe, die man heute bei Managern und Konzernlenkern anlegt, bei SPD und Grünen anlegen würde, meine Damen und Herren, dann müssten Ihre Einkommen bei der Verantwortungslosigkeit, die Sie immer wieder - auch bei Ihren Änderungsanträgen zum Landeshaushalt - an den Tag legen, schon längst ins Negative gekürzt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Wen lassen Sie denn für die Krise zahlen? Sie lassen doch nicht die Manager zahlen!)

Herr Kollege Wenzel und Herr Kollege Klein, ich habe mir Ihr Haushaltseckpunktepapier natürlich einmal angeschaut, um zu sehen, was Sie ganz konkret zur Haushaltssanierung vorschlagen. Ich kann jetzt auch ein Stück weit verstehen, warum sich die Kollegin Helmhold aus dem Fraktionsvorstand der Grünen zurückgezogen hat.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Haben Sie eine Ahnung! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: In welchem Zirkus waren Sie denn?)

Ich will einmal auf einige Punkte näher eingehen. Es sticht beispielsweise ins Auge, dass die Grünen geradezu reflexartig die Erhöhung des Spitzensteuersatzes verlangen. Das klingt ja erst einmal gut. Aber die damit verbundene steilere Progression

(Stefan Schostok [SPD]: Meinen Sie Herrn Busemann?)

belastet - und das gehört zur Wahrheit dazu - vor allen Dingen die Mittelschicht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Schwarz-Gelb im Bund hat das explizit vermieden. Wir halten es für ungerecht, die Mitte der Gesellschaft immer stärker zu belasten. Das, was Sie vorhaben, Herr Wenzel - das muss den Menschen gesagt werden -, ist schlicht und einfach unsozial.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das muss die FDP gerade sagen! - Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

Dem demografischen Wandel wollen die Grünen durch den Abbau von etwa 200 Stellen in der Landesverwaltung Rechnung tragen und brüsten sich

als die mutigen Sparer in Niedersachsen. Dabei baut diese Landesregierung bereits 300 Stellen ab - genau wie es der Landesrechnungshof übrigens empfohlen hat. Das mag unpopulär sein, aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn der grüne Hase losrennt, ist der schwarz-gelbe Igel schon längst am Ziel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zurufe von der SPD und von der LIN-
KEN)

Aber bei den Grünen kommt es ja noch dicker: Die Grünen wollen - hören Sie ganz genau zu; denn jetzt geht es um den Rechtsstaat; in dem Bereich waren die Grünen ja angeblich auch mal engagiert - über 60 % der Stellen bei Verfassungsschutz streichen. Gerade die Grünen fordern ja immer wieder, dass wir auf dem rechten Auge nicht blind sein dürfen, meine Damen und Herren. Wir wollen jedoch auf keinem Auge blind sein. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist ein viel zu hohes Gut. Sie darf auf keinen Fall zur Manövriermasse der Haushaltspolitik werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zurufe von der SPD und von der LIN-
KEN)

Mehr als 70 % des von Ihnen skizzierten Haushaltes hängen von der Gegenfinanzierung durch erhöhte Verbundsteuern auf Bundesebene ab. Aber wer sich schlichtweg weigert, in Hannover haushaltspolitische Verantwortung zu übernehmen, dem können wir nur empfehlen: Träumen Sie weiter davon, dass Wenzels Wunschliste Wirklichkeit wird! Wir kümmern uns derweil um die nachhaltige Konsolidierung der Finanzen in Niedersachsen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das
müssen wir gar nicht träumen!)

Der Marsch der Grünen durch die Institutionen endet im Schuldenstaat, und da wollen wir nicht hin!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt komme ich zu den anderen Kollegen der Opposition, und zwar zu den Sozialdemokraten. Denn da gilt im Grunde das Gleiche. Herr Schostok hat das vorhin bei seiner Rede auch angesprochen. Die SPD auf Bundesebene will die Gewerbesteuer auf Freiberufler ausweiten,

(Zustimmung bei der SPD)

obwohl drei Gründe sehr konkret dagegensprechen. Erstens wird so die Einkommensteuerlast direkt gesenkt. Das geht dann nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“; darin sind Sie vergleichsweise gut. Zweitens würde sich dadurch auch die Steuersystematik verändern - ich weiß gar nicht, ob Sie darüber nachgedacht haben -, weil die Einkommensteuer progressiv ist - und nach Ihrer Lesart damit ganz besonders sozial gerecht -, die Gewerbesteuer aber eben nicht. Drittens gibt es konkrete verfassungsrechtliche Bedenken dagegen.

Sie versuchen, Haushaltspolitik zu machen. Dabei machen Sie aber so massive handwerkliche Fehler, dass allein dieser Ausdruck eigentlich eine Beleidigung des Handwerks wäre, meine Damen und Herren. Denn so schlecht ist kein Handwerker, jedenfalls nicht in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Was machen
Sie denn bei der Gewerbesteuer?)

Das Schlimmste, meine Damen und Herren, ist jedoch, dass sich diese beiden Schuldenmacher - Sozialdemokraten und Grüne - sogar gerne noch einen Dritten dazuholen würden: Rot-Rot-Grün. Ich will einmal Aussagen des durchaus geschätzten Kollegen Stefan Schostok zur Linkspartei zitieren.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Davor
haben Sie Angst!)

Am 12. Juli in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* spricht er von „nennenswerten inhaltlichen Schnittmengen“ und äußert Verständnis für die NRW-SPD. Mit Bezug auf Niedersachsen sagt er: „Wenn es passt, warum nicht?“

Wir wollen nicht, dass es ähnlich wie in NRW Rot-Grün mit dunkelrotem Reserverad gibt, die am Ende den Haushalt gegen die Wand fahren.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Das
machen Sie doch schon!)

Es gibt keine Alternative zum Sparkurs dieser Landesregierung. Wir wollen für das Land Niedersachsen Handlungsspielraum nachhaltig ermöglichen; denn eine Zukunft ohne Handlungsspielraum, wie Sie sie sich vorstellen, ist aus unserer Sicht keine Zukunft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es geht - ich will Ihnen das anhand von Beispielen darstellen - um eine nachhaltige Politik. Hier hat die Landesregierung in Niedersachsen konkrete

Erfolge vorzuweisen. Einige Punkte sind mir dabei besonders wichtig.

Bildung: Mit 86 000 Lehrern hat Niedersachsen mehr Lehrkräfte als je zuvor.

Infrastruktur: Der JadeWeserPort geht am 5. August 2012 in Betrieb.

Justiz: Durch zusätzliche Richterstellen stärken wir den leistungsfähigen Rechtsstaat.

Soziales: Niedersachsen gehört zu den Bundesländern mit dem stärksten Rückgang des Armutsrisikos.

Umwelt: Mit 70 Millionen Euro für den Küstenschutz hat der Schutz der Menschen vor Hochwasser weiterhin oberste Priorität.

Wirtschaft: Schwarz-gelbe Politik führt in Niedersachsen zu einem Plus bei Umsätzen, Auftragseingängen, Gewerbeanmeldungen und Bruttoverdiensten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Arbeitsmarkt: Im August 2010 hat Niedersachsen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992.

Das ist schwarz-gelbe Politik für Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will zu dem - auch in der Öffentlichkeit erhobenen - Vorwurf der Opposition, dieser Haushalt sei unsolid, der Finanzminister mache Luftbuchungen, einiges sagen. Ja, richtig; jeder Haushaltsplan ist im Grunde ein Blick in die Zukunft

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

- ja, natürlich, Frau Kollegin Helmhold -, da ja Einnahmen und Ausgaben prognostiziert werden müssen. Schwarz-Gelb hat dabei jedoch in den vergangenen Jahren enorme Kompetenz bewiesen. Unsere Schätzungen haben sich seit 2003, seit wir hier regieren, regelmäßig als richtig erwiesen.

Wir haben nicht nur die Neuverschuldung, mit Ausnahme der Krisenjahre, jährlich um 350 Millionen Euro verringern können; wir haben sogar regelmäßig Rücklagen gebildet und über den Plan hinaus die Neuverschuldung reduziert. Das ist seriöse und verlässliche Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Abschließend: „Der Haushalt kann nur durch verbesserte Einnahmen nachhaltig verbessert werden.“, schreiben die Grünen in ihrem Haushaltspapier. Damit haben sie auch grundsätzlich recht.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Aha! - Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

- Hören Sie genau zu! Der entscheidende Unterschied zu unserer Haushaltspolitik ist aber genau das, was wir nicht machen. Wir belasten die Menschen in Niedersachsen nämlich nicht stärker.

(Zurufe von der SPD: Steuersenkungen!)

„Sparsamkeit ist eine gute Einnahme.“ Dieses Zitat könnte eigentlich aus dem Munde von Hartmut Möllring stammen. Tatsächlich stammt es aber vom römischen Philosophen Cicero aus dem 1. Jahrhundert vor Christus.

(Oh! bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sanieren wir den Haushalt gerecht. Um mit Cicero zu sprechen: Wir erhöhen die Einnahmen, indem wir die Ausgaben senken.

(Johanne Modder [SPD]: Wir erhöhen die Einnahmen? - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Welche Einnahmen erhöhen Sie denn, Herr Dürr?)

Und was machen Sie? Dort, wo Sie regieren, machen Sie neue Schulden. Dort, wo Sie nicht regieren, fordern Sie höhere Steuern.

Dort, wo wir regieren, wird hingegen der Haushalt nachhaltig konsolidiert. Wir belasten nicht die Bürgerinnen und Bürger immer mehr. Wir verbinden Freiheit, Fairness und Verantwortung miteinander.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es liegen zwei Wünsche auf Kurzinterventionen vor. Zunächst erhält Frau Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion das Wort und anschließend Herr Briese von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Dürr, da Sie keine Zwischenfragen gestattet haben, würde ich

gerne noch einmal klarstellen, dass Ihnen der Begriff Sparen wohl nicht sehr geläufig ist. Herr Möllring konnte ihn besser erklären. Sparen bedeutet, etwas zurückzulegen, damit man in schlechteren Zeiten etwas hat. Das hat er uns hier mehrfach darbringen wollen. Insofern war Ihre Rede nicht gerade von Sachkenntnis geprägt, würde ich einmal sagen.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Aber jetzt kommen Sie! - Christian Grascha [FDP]: Gott sei Dank haben wir Sie jetzt da vorne!)

Wenn Sie sagen, die Opposition oder andere wollten die Unternehmen in Niedersachsen schädigen oder mit zusätzlichen Steuern belasten, möchte ich daran erinnern, dass Ihre Kollegen im Bund es waren, die die niedersächsischen Unternehmen mit zusätzlichen Ökosteuern für energieintensive Unternehmen stark belastet haben.

(Christian Dürr [FDP]: Dafür haben Sie doch gekämpft!)

- Wir haben nicht dafür gekämpft. Ich weiß noch ganz genau, dass unser Bundeskanzler Schröder diese Unternehmen - er wusste nämlich, warum - ausgenommen hat, während Sie im gerade beginnenden Aufschwung diese Unternehmen nachhaltig schädigen und ihnen weitere Belastungen auferlegen. Insofern glaube ich, dass sowohl die Stahl- wie auch die Chemieindustrie Ihnen nicht dankbar sein können.

Ich denke also, dass Sie die Schuldenmacher sind. Vor allem sind Sie die Schädiger der Industrie in Niedersachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Briese das Wort. Bitte!

Ralf Briese (GRÜNE):

Ich habe noch einmal eine Frage an den Kollegen Dürr. Herr Dürr, kennen Sie die Institution Bund der Steuerzahler? Diese relativ renommierte Institution gibt es auch in Niedersachsen. Sie macht sich für die Interessen der Steuerzahler in Niedersachsen stark - insbesondere für den Mittelstand. Herr Dürr, wissen Sie auch, was der Bund der Steuerzahler zu dem Personalstellenaufwuchs beim Verfassungsschutz gesagt hat?

(Zuruf von der FDP - Gegenruf von Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Ja, weil Sie keine Ahnung haben!)

Unnötig, unsachlich, vollkommen unnötig. - Das ist die Positionierung des Bundes der Steuerzahler in dieser Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN - André Wiese [CDU]: Kannst du mal was zum Thema sagen?)

Dass sich der Fraktionsvorsitzende der FDP im Niedersächsischen Landtag dann hierhin stellt und in einer Haushaltsrede noch einmal das Hohelied auf den Verfassungsschutz singt - also auf den starken Staat, inklusive Lauschangriff -, zeigt uns eigentlich nur eines: Die FDP und die Bürgerrechte gehen mittlerweile getrennte Wege. Das passt wirklich nicht mehr zusammen, Herr Dürr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Dürr möchte erwidern. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Ich will mit der letzte Frage beginnen, Herr Kollege Briese, und etwas zum Thema Bund der Steuerzahler und Aufwuchs beim Niedersächsischen Verfassungsschutz sagen. Wir setzen dort ganz bewusst einen Schwerpunkt - vielleicht auch gegen den Rat des Bundes der Steuerzahler.

Ich sage Ihnen auch eine zweite Sache. Wir hören manchmal auf den Bund der Steuerzahler,

(Zuruf von der SPD: Aber nur, wenn es passt!)

nämlich dann, wenn er gute Vorschläge macht. Wenn der Bund der Steuerzahler beispielsweise die Reduzierung der Lehrerstellen in Niedersachsen fordert, dann hören wir eben nicht auf ihn, um das ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende des Tages gilt: Wenn man regiert, muss man sein Gehirn einschalten und eigene Entscheidungen treffen und dafür Verantwortung tragen. Das tun wir in Niedersachsen. Wir konsolidieren den Haushalt. Wir machen gute Politik -

(Beifall bei der FDP)

insbesondere im Interesse der Bildung und natürlich auch für den Verfassungsschutz, weil wir gute Demokraten sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zumindest für mich im Moment erkennbar letzter Redner in der Haushaltsdebatte ist der Kollege Dr. Sohn von der Fraktion DIE LINKE.

(Unruhe)

- Herr Dr. Sohn, warten Sie bitte noch einen Moment! - Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Dr. Sohn. Bitte schön!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Busemann! Liebe restliche Landesregierung! Diese Debatte ist bisher von zwei bemerkenswerten Fraktionsvorsitzendenreden geprägt; denn Herr Thümler und Herr Dürr haben gar nicht viel zur Verteidigung des Haushaltes gesagt, sondern vor allen Dingen zum drohenden Zusammenschluss der drei Parteien geredet, die bei den Bundestagswahlen in Niedersachsen bereits die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt haben.

(Björn Thümler [CDU]: Ist es schon so weit? Sie schließen sich zusammen?)

Das waren zwei Reden von zwei Menschen, die mit dem Rücken an der Wand stehen und über denen groß das Menetekel „Landtagswahl 2013“ steht. Ihre Reden haben diese beiden Leute mit schlotternden Knien gehalten; das war unübersehbar.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU)

Das ist auch kein Wunder; denn das, was Sie auf halber Strecke hier vorgelegt haben, ist nämlich entweder ein Haushalt des Lügen-Strafens eigener öffentlicher Erklärungen oder ein Haushalt des Verfassungsbruchs.

(Björn Thümler [CDU]: In NRW!)

Auf jeden Fall ist es aber ein Haushalt des Angriffs auf die kommunale Demokratie, ein Haushalt der sozialen Kälte, ein Angriff auf das Bildungsrecht der Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten dieses Landes, ein Haushalt der Buchungstricks, der Schuldenmache-

rei und der Kumpanei mit den Reichen. Das ist - in Kurzfassung - dieser Haushalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Möllring, weil Sie die Debatte so sehr lieben, müssen Sie mir einmal Folgendes erklären - Herr McAllister, der schon nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt, vielleicht auch -: Sie haben in der *Nordwest-Zeitung* vom 2. Februar auf die Frage „Die Krise ist doch noch nicht ausgestanden, oder?“ öffentlich gesagt: Die Krise ist durch.

Herr McAllister hat am 14. August in der *Neuen Presse* sogar noch einen draufgesetzt und gesagt:

„Entgegen den Erwartungen verläuft die konjunkturelle Erholung sehr dynamisch. ... So stark, wie uns die Krise getroffen hat, so geht es auch jetzt auch wieder bergauf.“

Nun müssen Sie mir Folgendes erklären: Das ist das, was Sie außen erklären. Andererseits veröffentlichen Sie aber auch eine Drucksache, in der Sie die Gegenposition artikulieren, Sie referieren nämlich zustimmend:

„Auch nach Überzeugung der Bundesregierung ist die schwerste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte noch nicht überwunden.“

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wenn es als Ausrede dient!)

Darauf aufbauend sagen Sie dann auch:

„Die Feststellungen und Prognosen für die Bundesebene treffen auch für die gesamtwirtschaftliche Situation in Niedersachsen zu.“

Diesen frappierenden Widerspruch werden wir wahrscheinlich morgen noch einmal in aller Schönheit auseinanderdividieren.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist Dialektik, Herr Sohn! - Jens Nacke [CDU]: Verstehen Sie das wirklich nicht?)

- Doch, Herr Nacke, ich verstehe das, weil ich klüger bin als Sie. - Ich verstehe das, weil Sie das für folgenden Trick brauchen. Sie wissen natürlich: Wenn das gelten würde, was Herr Möllring draußen erklärt, dann würde er den Artikel 71 unserer Niedersächsischen Verfassung brechen, der völlig klar sagt: Wenn ein gesamtwirtschaftliches Gleich-

gewicht besteht - er sagt: alles wieder im Lot! -, dann darf ich nicht mehr Schulden aufnehmen, als ich investiere. - Er sagt selbst: Er übertrifft das um schlappe 994 Millionen Euro. Er würde also, wenn er die Position, die er draußen verkündet, hier drinnen in die Drucksachen schreibt, die Verfassung brechen. Weil wir, Herr Nacke, die Verfassungsschutzpartei sind,

(Lachen bei der CDU und Zurufe von der CDU)

werden wir das nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist so falsch! Das spottet jeder Beschreibung! Das ist so falsch!)

Die Konsequenz kann nur sein: Es gibt entgegen der Mär, es gebe nur einen McAllister im Lande, ganz offensichtlich mindestens zwei, nämlich den, der draußen sagt, alles sei in Ordnung, und den, der drinnen sagt, alles sei in Unordnung und im Ungleichgewicht.

(Christian Grascha [FDP]: Das glauben Sie selbst nicht ernsthaft, was Sie da sagen!)

Das ist das Resultat dieser Debatten und dieser Zitate. Aber Herr Möllring liebt ja die Debatte, vielleicht kann er das erklären.

(Jens Nacke [CDU]: Unterirdisch!)

Nun zu dem, was in der Debatte über die Verfassung auch noch gesagt wird. Es gibt offenbar eine gewisse laxe Haltung: Artikel 71 der geltenden Verfassung - alles Schnee von gestern! Wir haben jetzt ja die neue Verfassung: 2020 keine Schulden mehr!

Wer so lax mit der vorhandenen Verfassung umgeht, Herr Möllring, der geht genauso schludrig mit der künftigen Verfassung um. Auch das wird bereits deutlich.

Einer der Kernpunkte des neuen Artikels 109 a des Grundgesetzes ist: Wir haben einen Stabilitätsrat. - Der Stabilitätsrat sagt: Ihr liefert jetzt pünktlich in jedem Land einen Stabilitätsbericht ab. Der Termin, der dafür gesetzt wird, ist in diesem Jahr der 15. September.

Da sagen wir als kleine popelige Oppositionsfraktion: Vielleicht entspräche es parlamentarisch ordentlichem Brauch, wenn wir dieses wichtige Papier - die Stabilitätsposition von Niedersachsen - im Rahmen der Haushaltsdebatte, die am

7. September beginnt, mit vorgelegt bekommen. - Darauf kriegen wir aus dem Ministerium die laxe Antwort: Nein, das machen wir nicht, das müssen wir erst zum 15. machen, das machen wir am 14. im Laufe des Tages.

So gehen Sie mit der Verfassung um, so zeigen Sie Respekt vor ihr: Sie machen das auf den letzten Drücker, und das zeigt Ihr ganzes Herangehen nicht nur gegenüber der gültigen, sondern auch gegenüber der künftigen Verfassung dieses Landes und der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es geht hier um die Verfassung, es geht um das Lokale, und es geht um Demokratie. Damit komme ich zum zweiten Punkt.

Dass Sie nicht nur die finanziellen Grundlagen der kommunalen Situation in Niedersachsen gefährden, sondern auch noch mehr gefährden, nämlich die Demokratie, sagen nicht nur wir - das sagen auch wir, das müsste Sie nicht beunruhigen, Herr Busemann -, sondern auch der Niedersächsische Städtetag hat das veröffentlicht und sich zu eigen gemacht.

Die Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes - da sind auch Ihre Parteifreunde Mitglied - vom 15. Juni 2010 trägt folgende Überschrift: Rettet die lokale Demokratie. - Das ist die Münze, mit der wir gegenwärtig diese Frage verhandeln. Sie sagen, dass die Kommunen das Leben vor Ort gestalten, das aber immer weniger können, weil die Finanzlage der Städte und Gemeinden katastrophal ist. „Sie werden von wegbrechenden Einnahmen und explodierenden Sozialausgaben in die Zange genommen.“

Das ist die Realität, die Sie herbeiwirtschaften und damit vertiefen, dass der kommunale Finanzausgleich unter dem Ist von 2009 geblieben ist. Sie zerrütten die Grundlagen der kommunalen Demokratie in unserem Lande. Das ist Fakt!

(Beifall bei der LINKEN)

Ferner sind Sie die Regierung der sozialen Kälte, auch das ist genannt worden. Sie sind die Regierung, die die Studiengebühren weiter erheben wird. Sie sind die Regierung, die die Kinder - im Landkreis Peine beispielsweise - immer weiter fahren lässt, weil die kommunalen Verkehrsträger immer weniger Geld für Schülertransporte haben. Sie verweigern weiterhin die Lernmittelfreiheit. Sie

lassen die Investitionen in die Krankenhäuser weiter gegen null fahren.

(Björn Thümler [CDU]: 350 Millionen sind bei Ihnen null?)

Sie reduzieren die Ansätze für Präventionsarbeit und Frauenhäuser. Darüber werden wir am Donnerstag noch einmal ausführlich sprechen. Sie sind die Regierung der sozialen Kälte! Das wird an jedem Ihrer Haushaltsposten deutlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Falsch! Abenteuerlicher Unfug!)

Das macht einigen in Ihren Reihen auch schon Sorgen. Herr Busemann ist schon genannt worden. Herr Busemann hat nicht nur darauf hingewiesen, dass ohne eine Verstärkung der Einnahmeseite, ohne dass man den Reichen in die Tasche greift, mit denen Sie aber einen Haushalt der Kumpanei gemacht haben, nichts in Ordnung bringen kann, sondern Herr Busemann sagt noch mehr - da hat der Mann recht -: Ohne spürbaren Wandel dieser Politik auch dieser Landesregierung sieht er jedenfalls auch die Macht der Union in Niedersachsen gefährdet. - Deshalb haben Herr Dürr und Herr Thümler hier so erbarmungswürdige Reden gehalten.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit, wie Sie sich aufführen!)

Er sagt dann weiter: Die Berliner Politik reißt alles runter, auch wenn wir uns hier mit noch so ordentlicher Politik abstrampeln. So fürchtet Busemann. Auch da hat er recht!

Schauen Sie einmal nach Helgoland. Das ist das rote Menetekel in der Nordsee. Dort gehen wir jetzt gerade in die Stichwahl, und es droht Ihnen die erste rote Bürgermeisterin, nämlich Felicitas Weck, übrigens ein hannoversches Urgestein der Linken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann Ihnen nur raten, Herr Thümler: Statt sich in Ihre Unterlagen zu vertiefen, hören Sie auf Herrn Busemann! Was Ihnen in Helgoland passieren wird, passiert Ihnen demnächst in vielen Städten des Westens. Auch der Westen wird rot! Warten Sie nur ab. Wir sind auf bestem Wege.

(Björn Thümler [CDU]: Helgoland gehört zu Schleswig-Holstein! Das sollten Sie wissen! Aber wenn Sie noch nicht einmal das wissen!)

- Natürlich weiß ich, dass Helgoland zu Schleswig-Holstein gehört. Ich habe auch nicht von Niedersachsen, sondern vom Westen gesprochen. Vielleicht können wir wenigstens noch Norden und Süden und Ost und West auseinanderhalten!

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist immer noch der Norden!)

Wir werden zu den einzelnen Positionen dieses Haushaltes in den Detailberatungen kommen.

(Björn Thümler [CDU]: Mit Ihnen nicht!)

- Natürlich werden Sie mit uns reden, es sei denn, Sie verweigern weiterhin die Diskussion. Sie sind ja noch nicht einmal in der Lage, die guten Vorschläge Ihrer Jugendorganisation in Nordhorn in Bezug auf einen Bahnanschluss einigermaßen zu vertreten. Auch dafür muss jetzt schon die Linke herhalten. Wir werden in Nordhorn Aufnahmeanträge verteilen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Wir werden im Laufe der Debatte noch zu den einzelnen Punkten kommen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das hier ist Volkskammerniveau!)

Der Ausverkauf, das möchte ich als letztes noch anmerken - auch Frau Hermenau ist im Saal -: Wir haben uns natürlich gefragt, was das für ein merkwürdiger Landeshaushalt ist,

(Christian Dürr [FDP]: Wir fragen uns, was das für eine merkwürdige Rede ist!)

der in seinem Kern besagt: Wir kriegen das alles in den Griff. Wir verkaufen mal für 300 Millionen Euro Vermögen. - Da fragt man sich natürlich: Was für 300 Millionen Euro sind das? - Wenn man in die Unterlagen schaut, sieht man, dass es nicht bei diesen 300 Millionen Euro bleibt, sondern im Folgejahr stehen 150 Millionen Euro, dann noch einmal 150 Millionen Euro, insgesamt 750 Millionen Euro bis 2014. Da haben wir uns gefragt, was das ist. Die VW-Blase ist ja offensichtlich öffentlich ein bisschen stinkend geplatzt. Da fragen wir uns weiter: Was zum Henker sind diese 300 Millionen Euro? - Wir wollen das gerne wissen!

(Jens Nacke [CDU]: Das Niveau ist grenzwertig!)

Bisher steht der Finanzminister da und zuckt mit den Schultern, setzt ein optimistischen Zwangslächeln auf und sagt: Das wird sich schon alles finden. - Ich sage Ihnen eines, Frau Hermenau, weil das auch durch die Zeitungen ging und weil ich in den letzten Wochen und Tagen ziemlich viel bei den öffentlich-rechtlichen Versicherungen war - auch heute morgen war ich wieder in einem dieser Häuser -: Lassen Sie die Finger von den öffentlichen Versicherungen! Das ist Vermögen, thesauriertes Kapital, in das niemals ein Heller Landesvermögen geflossen ist, von keiner Regierung der letzten 250 Jahre. Lassen Sie davon die Finger, sonst werden die Gerichte Sie zwingen, die Finger davon zu lassen! Wenn das weg ist - - -

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Herr Dürr, fragen Sie einfach einmal nach, und lesen Sie nicht nur Ihre offiziellen Drucksachen. - Wenn diese 300 Millionen Euro so nicht gedeckt sind, dann möchten wir gern - Herr Möllring, Sie lieben die Debatte - hier und heute wissen, wie Sie sich das mit diesem Brocken eigentlich vorstellen.

Wir haben den Ausweg skizziert. Ich nenne nur Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, die ganze Geschichte - Sie kennen das. Das ist ein Ausweg für einen solide finanzierten Haushalt. Es wird eben so sein, auch wenn Sie das nicht hören möchten: Erst wenn die verschiedenen Roten dabei sind, den Haushalt zu machen, werden die Haushalte sozial gerecht. Erst die Roten werden wieder schwarze Zahlen in dieses Land bringen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister Möllring hat um das Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

(Ronald Schminke [SPD]: Der hat doch schon geredet! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Er muss den Unsinn richtigstellen!)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Ich habe noch eine Restredezeit von 14 Minuten und 30 Sekunden, sodass ich Sie bisher nicht sehr belastet habe.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Tun Sie es jetzt bitte auch nicht!)

Eigentlich wollte ich das Letzte gar nicht kommentieren. Ich hatte schon gesagt, dass wir in Nordrhein-Westfalen sehen, was passiert, wenn Rot-Rot-Grün regiert.

Ich wollte aber noch etwas zum Stabilitätsrat sagen. Wir haben uns leider nicht durchsetzen können. Der Stabilitätsrat tagt zweimal im Jahr, einmal im Mai und einmal im Oktober. Wir hätten uns gewünscht, dass der Stabilitätsrat im November tagt, nachdem die Steuerschätzung im November vorliegt, sodass wir im Oktober nicht auf Grundlage der Steuerschätzung aus dem Mai über die Stabilitätsberichte diskutieren müssen, sondern Daten haben, die etwas valider sind, weil sie etwas dichter an dem Folgejahr sind.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihre Daten sind nicht valide, Herr Minister!)

- Herr Wenzel, seitdem es offizielle Steuerschätzungen gibt, sind nur Fachleute daran beteiligt, egal wer regiert. Es ist noch nie politisch etwas vorgegeben worden. Immer ist es so gewesen, dass es zwischen Mai und November eine Entwicklung gegeben hat. Mal ist es gleich geblieben, mal ist es besser geworden, und mal ist es schlechter geworden. Dann haben die Fachleute der Steuerschätzung, egal wer in den 16 - früher 11 - Bundesländern und im Bund regiert, zusammen mit den wissenschaftlichen Instituten aufgrund der neu erhobenen Daten eine Prognose erstellt. Nie hat ein Politiker - sei es ein Landesfinanzminister, ein Bundesfinanzminister oder ein Bundeswirtschaftsminister - hineingeredet. Aber es ist nun einmal so: Wenn ein halbes Jahr länger Daten erhoben werden, ist die Prognose für das nächste Jahr, das dann sechs Wochen später beginnt, genauer als auf Grundlage der Daten vom Mai.

Ihr Zwischenruf war zwar toll, hat uns aber nicht weiter gebracht, sondern Zeit gekostet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Hoffentlich sind Sie nicht aus dem Konzept gekommen!)

Wir müssen einen Stabilitätsbericht abgeben, der am 15. September in Berlin vorliegen muss. Er ist jetzt erstellt, zur Kabinettsvorlage gemacht und der Staatskanzlei zugesandt worden. Er wird am 14. September fristgerecht auf der Tagesordnung des Kabinetts stehen und kann dort beschlossen werden. Am 15. September wird er in Berlin sein.

Dann wird er veröffentlicht und kann, wenn das Kabinett die Kabinettsvorlage beschlossen hat, selbstverständlich auch dem Parlament zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Sohn?

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Einen Satz möchte ich vorher noch sagen. - Es kann nicht so sein, dass ein Mitarbeiter der Linksfraktion eine Mail an das Ministerium schickt und eine Unterlage haben will, die dem Kabinett noch nicht vorliegt. Das wird zunächst dem Kabinett zugeleitet. Dann gibt es eine Kabinettsentscheidung. Damit ist es die offizielle Stellungnahme des Kabinetts und damit der Landesregierung. Dann steht es selbstverständlich auch den Mitgliedern des Parlaments zur Verfügung. Das heißt, am 15. September können wir Ihnen das auf die Rechner stellen. Dann können Sie sich das ausdrucken. Wenn Sie das nicht wollen, können wir es Ihnen auch in Papierform geben. Ich glaube aber, das Beste ist, wir schicken Ihnen das per Mail.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Dr. Sohn, bitte!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Möllring, unabhängig davon, dass es vom Stil her natürlich nett gewesen wäre, das in der Haushaltsberatung als Parlamentarier mit anschauen zu können, haben Sie gesagt, es wird im Kabinett vorgelegt - das ist ja ein etwas umfangreicheres Papier - und muss am Morgen des 15. Septembers in Berlin sein. Ich habe die Frage, ob der Kabinettszeitplan die Möglichkeit vorsieht, dass das Kabinett diesen Plan im Laufe der letzten Stunden ändert.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Das wäre theoretisch möglich,

(Marianne König [LINKE]: Aber praktisch brauchen wir das nicht!)

aber da das statistisch erhobene Daten sind, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen müssen, wäre es fahrlässig von den Kolleginnen und Kollegen, wenn sie beschließen würden, dass die von

der Verwaltung erhobenen Daten falsch sind und aus politischen Gründen geändert werden müssen. Das würde ich dann allerdings nicht mitmachen und diesem Bericht nicht zustimmen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dr. Sohn, Sie wollten das Wort nehmen. Sie haben 90 Sekunden zusätzliche Redezeit. Bitte!

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Lieber keine Frage mehr! - Christian Grascha [FDP]: Erspart euch doch die Blamage!)

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Möllring, dazu sagt man flapsig wohl „Bingo“. Das bedeutet, dass Sie uns das nur deshalb nicht vorgelegt haben, weil Ihnen die Daten, die darin stehen, nicht schmecken.

(Beifall bei der LINKEN - Ingrid Klopp [CDU]: Zuhören! - Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, bitte schön!

(Christian Grascha [FDP]: Jetzt wird Herr Dr. Sohn auch noch versenkt, wie schade!)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hätten wir Ihnen den Bericht vorgelegt, hätte Herr Schostok die Hälfte seiner Rede ändern müssen, weil er hätte sagen müssen: Niedersachsen steht gut da.

(Lachen bei der SPD und bei der LINKEN)

Zunächst bekommt das Kabinett die Kabinettsvorlage. Nachdem das beschlossen wurde, bekommen das selbstverständlich auch Sie. Das Parlament hat keinen Anspruch darauf, etwas zu bekommen, was sich noch in der Vorbereitung befindet. Das war unter früheren Regierungen so, und das wird auch unter späteren Regierungen so sein. Das ist nun einmal der Weg. Ich bitte darum, noch diese sechs Tage zu warten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Zunächst zu Punkt 4: Haushaltsgesetz 2011. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen und mitberatend sollen alle Fachausschüsse sein. Wer möchte das so beschließen? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Zu Punkt 5: Nachtragshaushaltsgesetz 2010. Federführend soll ebenfalls der Ausschuss für Haushalt und Finanzen und mitberatend sollen alle fachlich betroffenen Ausschüsse sein. Das sind der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung und der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zu Punkt 6: Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen und mitberatend sollen alle fachlich betroffenen Ausschüsse sein. Widerspricht dem jemand? - Enthält sich jemand? - Damit ist so beschlossen.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 7 und 8** auf, die zusammen beraten werden sollen:

Zweite Beratung:

Besseres BAföG für viele anstatt ungerechtes Stipendienprogramm für eine Elite! - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2401neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/2758 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2786 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2805

Erste Beratung:

BAföG-Blockade aufgeben und Erhöhung zustimmen! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2751

Die Beschlussempfehlung zu dem Antrag in der Drs.16/2401neu lautet auf Ablehnung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Mit dem Änderungsantrag in der Drs. 16/2786 strebt die Fraktion DIE LINKE eine Annahme ihres Antrages in einer geänderten Fassung an. Mit dem Änderungsantrag in der Drs. 16/2805 zielt die Fraktion der Grünen auf eine Annahme des Antrages in einer anderweitig geänderten Fassung.

Wir kommen zur Beratung des Tagesordnungspunktes 8. Zunächst hat die Kollegin Frau Dr. Andretta das Wort.

(Widerspruch von Dr. Gabriele Andretta [SPD] und Victor Perli [LINKE])

- Ich habe die Reihenfolge übernommen, die mir die Landtagsverwaltung vorgeschlagen hat. Wenn die Landtagsabgeordneten einig sind, können wir es auch ändern. Mir ist es gleich.

(Victor Perli [LINKE]: Wir können es auch zusammen machen! - Heiterkeit)

- Zusammen ist es schlecht. Dann würde ich vorschlagen, dass Sie etwas anderes gemeinsam machen.

(Heiterkeit - Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

- Herr Kollege Schminke, spekulieren Sie nicht über meine Vorschläge.

Haben Sie sich geeinigt? - Herr Perli bekommt zunächst das Wort zu Tagesordnungspunkt 7 und Tagesordnungspunkt 8. Herr Perli, bitte schön!

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren wird über die angebliche Priorität von Bildung und über notwendige Investitionen in den Schul- und in den Hochschulbereich gesprochen. Parteiübergreifend wird die mangelnde soziale Durchlässigkeit beklagt und eine Steigerung der Studierendenquote angemahnt. Doch immer dann, wenn es konkret wird, versagt die regierende Politik.

Das aktuelle Beispiel dafür ist die 23. BAföG-Novelle, die zum bevorstehenden Wintersemester in Kraft treten sollte, die jedoch vom Bundesrat mit den Stimmen Niedersachsens abgelehnt und an den Vermittlungsausschuss verwiesen wurde.

(Zuruf von der LINKEN: Sauerei!)

Mit der Novelle sollen die Bedarfssätze um 2 %, die Elternfreibeträge um 3 % und die Altersgrenze für Masterstudierende auf 35 Jahre angehoben werden.

**(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz
übernimmt den Vorsitz)**

Das alles ist kein großer Fortschritt. Die Linke hat hier viel weiter gehende Vorstellungen - gar keine Frage. Aber wir haben trotzdem diese Sofortmaßnahme unterstützt, weil sie notwendig ist, um die soziale Wirkung des BAföG wieder zu stärken und nicht zu riskieren, dass sie weiter abgeschwächt wird.

Zur Verdeutlichung: In den 1970er-Jahren wurden noch über 40 % der eingeschriebenen Studierenden mit dem BAföG gefördert, sie alle übrigens mit einem Vollzuschuss. Heute sind es unter 20 %, und die bekommen nur noch einen hälftigen Zuschuss. Zeitgleich gibt es immer weniger BAföG-Empfänger, die den Höchstsatz erhalten - ein Hinweis darauf, dass die Erhöhung der Elternfreibeträge nicht mit der Einkommensentwicklung Schritt hält.

Auch Studien, wonach 77 % der studierfähigen jungen Menschen von einem Studium Abstand nehmen, weil sie Angst vor der damit verbundenen finanziellen Herausforderung haben, sind eine eindeutige Aufforderung, das BAföG zu stärken.

Doch nun versagt die regierende Politik wieder einmal bei der Bildung. Noch im April hat Frau Wissenschaftsministerin Wanka hier im Parlament die von der Bundesregierung lange angekündigte BAföG-Novelle abgefeiert. Damals waren bereits alle Details bekannt, auch die wahrscheinlichen Mehrausgaben für die Länder.

Es ist auch keine neue Erkenntnis, dass die Länderhaushalte unter finanziellem Druck stehen, insbesondere deshalb, weil die regierende Politik von CDU und FDP, von SPD und Grünen seit mehr als zwei Jahrzehnten die Einnahmeseite des Staates vernachlässigt und den Banken, Konzernen und Superreichen Milliarden geschenkt gemacht hat. Genau deshalb ist es völlig inakzeptabel, dass Schwarz-Gelb die BAföG-Erhöhung blockiert und Bund-Länder-Streitigkeiten auf dem Rücken der Studierenden austrägt.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Begründung dafür ist zudem unglaublich, weil die Mehrheit der Länder zeitgleich grünes Licht dafür gegeben hat, dass der Bund zunächst bis 2013 eine winzige Elite von 0,3 % der Studierenden mit einem millionenschweren Stipendienprogramm sponsert, wo es nach Leistung und nicht nach sozialer Bedürftigkeit geht. Geld für die Elite,

kein Geld für die finanziell bedürftigen Studierenden - das ist Ihre Botschaft.

Wenn die schwarz-gelben Länder glaubwürdig argumentieren würden, dann hätten sie gesagt: Ja, wir wollen ein höheres BAföG. Ja, wir wollen auch, dass sich der Bund dafür stärker engagiert. Aber nein, wir wollen nicht, dass der Bund stattdessen Millionen in ein Förderprogramm für Elitestudenten steckt, für das überhaupt kein Bedarf besteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die aktuelle BAföG-Novelle wurde den Schülern und Studierenden während der letzten Bildungstreiks im Herbst 2009 versprochen. Die regierende Politik ist in der Bringschuld. Was man verspricht, muss man auch halten. Das lernt man doch schon in der Schule. Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung und diese schwarz-gelbe Landesregierung dürfen sich wohl etwas anderes erlauben. Ich appelliere trotzdem und gerade deshalb an Sie, Frau Wanka: Zeigen Sie, dass Sie zu Ihren Worten stehen, und blockieren Sie nicht die BAföG-Erhöhung!

(Beifall bei der LINKEN)

Die BAföG-Erhöhung darf nicht an den Stimmen Niedersachsens scheitern.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Jetzt hat Frau Dr. Andretta für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der schwarz-gelben Bildungspolitik lässt sich seit längerem das Phänomen beobachten, dass die Größe der Ankündigungen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur Größe der dann folgenden Taten steht.

Wir erinnern uns alle an den schönen Bildungsgipfel von Frau Merkel. Als Ziel wurde verkündet, bis zum Jahr 2015 10 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung auszugeben. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten Bund und Länder 13 Milliarden Euro zusätzlich in Kitas, Schulen und Hochschulen investieren. Doch als es dann in diesem Sommer endlich konkret werden sollte und Zahlen auf den Tisch gelegt werden sollten, war der Gipfelsturm - man staune! - plötzlich beendet. Was vom Aufbruch in die Bildungsrepublik übrig blieb, waren

lauwarme Absichtserklärungen - übrigens auch aus Niedersachsen, nachzulesen in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zum Bildungsgipfel. Wie immer: viel Geschwafel, nichts Konkretes.

Nicht besser als dem Bildungsgipfel erging es der angekündigten Bologna-Reform. Was wurde den streikenden Studierenden nicht alles versprochen! Die Mobilität sollte erhöht, die Curricula entrümpelt und die Lehre verbessert werden. Frau Schavan lud die Studierenden zum Kummertag, und Herr Stratmann gründete damals eine Arbeitsgruppe. - Auf die Ergebnisse warten wir noch heute!

Meine Damen und Herren, nun kommt ganz frisch der neueste Rohrkrepierer auf den Tisch - Herr Perli hat ihn benannt -: das nationale Stipendienprogramm, Lieblingskind der FDP und das Renommierprojekt von Schwarz-Gelb. Mit dem nationalen Stipendienprogramm wollen FDP und CDU eine neue Stipendienkultur aufbauen. Dafür sollte nicht gekleckert, sondern gleich geklotzt werden. 8 % der Studierenden sollten bis 2013 in den Genuss einer solchen Eliteförderung kommen. Daraus wurde nur nichts. Am 1. August ist das Programm in Kraft getreten. Aber statt der angekündigten 180 000 Studierenden sollen nur noch 6 000 Studierende bis 2013 die Förderung bekommen. Die geplante Förderquote von 8 % - Herr Perli erwähnte es - reduziert sich damit auf lächerliche 0,3 %. Und noch völlig offen ist die Frage, wer den Hochschulen die enormen Kosten für die Akquise und Verwaltung der Stipendien bezahlt.

Meine Damen und Herren, statt einer Eliteförderung für wenige hat sich die SPD für den Ausbau des BAföG ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Doch selbst die kleine BAföG-Novelle droht jetzt am Widerstand der CDU-Ministerpräsidenten zu scheitern.

Die letzte BAföG-Novelle liegt zwei Jahre zurück. Mit ihr wurden 2008 die Bedarfssätze um 10 % angehoben und die Freibeträge auf das Elterneinkommen um 8 % erhöht. Mit diesen Verbesserungen gelang es, die Zahl der geförderten Studierenden jedenfalls bei uns in Niedersachsen deutlich zu erhöhen, bei uns allein um 10 %. Inzwischen bekommt in Niedersachsen fast jeder dritte Studierende BAföG. Damit bleibt das BAföG die wichtigste Säule der Studienfinanzierung. Es ist für Kinder aus ärmeren Familien unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne BAföG können diese jungen Menschen nicht studieren. Das BAföG ist zielgenau und berechenbar. Es ist zielgenau, weil nur diejenigen eine Förderung bekommen, die sie wirklich brauchen, und das BAföG ist berechenbar, weil schon vor dem Studium feststeht, ob man einen Anspruch hat oder nicht.

Mit der 23. BAföG-Novelle sollten nun das BAföG um 2 % und die Elternfreibeträge um 3 % angehoben werden. Die Studentenvertretungen, das Deutsche Studentenwerk und die Gewerkschaften haben alle deutlichere Verbesserungen gefordert. Auch wir hätten uns mehr Mut gewünscht. Um zusätzlich 100 000 junge Menschen zu fördern, wie von Frau Merkel angekündigt, müssten die Freibeträge um 18 % angehoben werden. Davon sind wir weit entfernt. Mit 3 % kann vielleicht der Status quo gehalten werden. Doch auch wenn wir uns eine deutlichere Verbesserung gewünscht hätten, vor allem auch eine Antwort auf die Fragen zu Teilzeitstudiengängen und zum Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium, so ist doch jede bescheidene Erhöhung notwendig und willkommen, auch die vom Bundestag beschlossene.

Umso bitterer ist, dass selbst diese kleine Verbesserung im Bundesrat blockiert wird, auch von Niedersachsen. Das ist für uns ein Trauerspiel.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Liebe CDU und FDP, es wäre besser gewesen, Sie hätten den Mut gehabt, mit Nein zu stimmen, als es um die teuren Geschenke für die Hoteliers ging.

(Beifall bei der SPD - Fritz Güntzler
[CDU]: Das ist ja billig!)

- Das ist nicht billig, das ist leider Realität. Aber da ging es um die Interessen Ihrer Klientel, und da konnte das Geschenk nicht großzügig genug sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, nun hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen. Dort soll auch über eine Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten verhandelt werden. Die Forderung der Länder, dass der Bund einen größeren Finanzierungsanteil beim BAföG übernimmt, wird von uns unterstützt, zumal der Bund 100 Millionen Euro für ein elitäres und bürokratisches Stipendienprogramm ausgibt, das außer der FDP und Frau

Schavan niemand will und keiner braucht. Diese Mittel wären im BAföG wahrhaftig besser und gerechter angelegt.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion, die SPD, hat nichts gegen Stipendien. Es gibt in Deutschland elf Begabtenförderwerke, die gute Arbeit leisten. Aus allen uns vorliegenden Daten wissen wir aber, dass durch diese Stipendiensysteme die große soziale Selektivität beim Hochschulzugang nicht verringert wird. Im Gegenteil: Sie wird sogar noch verschärft, so die aktuellen Ergebnisse einer HIS-Studie. Die Stipendien bekommen vor allem die Kinder gut verdienender Akademiker. Arbeiterkinder schaffen es selten in den Kreis der Auserwählten. Will man mehr junge Menschen aus ärmeren Familien für ein Studium gewinnen, so erreicht man das nicht mit der vagen Aussicht auf ein Stipendium. Das ist nur mit einem Fördersystem möglich, das mit klaren und berechenbaren Rechtsansprüchen Planungssicherheit schafft.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das BAföG hat sich für uns bewährt. Es ist eine Erfolgsgeschichte für mehr Bildungsgerechtigkeit, Durchlässigkeit und Aufstiegschancen. Deshalb muss das BAföG erhalten und weiterentwickelt werden. Ein Nein zur Erhöhung wäre ein fatales Signal für die jungen Menschen und ein bildungspolitisches Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir fordern Sie alle auf: Stimmen Sie heute unserem Antrag zu, damit die Landesregierung im Bundesrat zustimmt! Wir beantragen sofortige Abstimmung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Dr. Heinen-Kljajić, bitte sehr!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen meiner Vorredner haben es schon deutlich gemacht: Die Prioritäten

christlich-liberaler Bildungspolitik werden hier einmal wieder offenkundig. Das jetzt vom Bund finanzierte Stipendienmodell ist reine Elitenförderung und bedient die eigene bildungsbürgerliche Klientel. Das Programm zeigt in mehrfacher Hinsicht die Schwächen schwarz-gelber Bildungspolitik. Erstens ist es ungerecht. Wenn Habitus und Herkunft über Chancen auf ein Stipendium maßgeblich mitentscheiden, dann ist das nationale Stipendienprogramm die gänzlich falsche Antwort auf die soziale Schieflage in unserem Bildungssystem und vor allem beim Hochschulzugang. Nur 7 % der heutigen Stipendiaten stammen aus bildungsfernen Schichten. Da sprechen die Zahlen für sich.

Zweitens ist es schlecht gemacht. Es wird scheitern, weil es an eine hälftige Finanzierung durch die Wirtschaft bzw. durch Private gekoppelt ist. Umfragen haben gezeigt, dass die Hochschulen die Chance, private Mittel einwerben zu können, als sehr gering einschätzen.

Drittens macht es wieder einmal die Schwächen des Bildungsföderalismus deutlich. Da der Bund sich mit den Ländern nicht einigen konnte, ist jetzt ein alleine vom Bund finanziertes Stipendienprogramm als Schrumpfprogramm übrig geblieben. Statt der ursprünglich geplanten 110 000 Stipendien werden lediglich 6 000 Stipendien vergeben, und die wirklich wichtige BAföG-Erhöhung steckt immer noch im Vermittlungsausschuss.

Werte Kollegen von CDU und FDP, auch Ihr zum Haushaltsjahr 2009 vollmundig verkündetes Stipendienprogramm ist bereits vom Scheinriesen zum Kleckerprogramm verkommen. Dem nationalen Stipendienprogramm ist es jetzt offensichtlich auch nicht anders ergangen. Deshalb appellieren wir an Sie: Es darf nicht sein, dass die Mehrheit der Studierenden darunter leidet, dass Schwarz-Gelb ohne Rücksicht auf Verluste sein unausgeglichenes Stipendienmodell durchdrückt. Setzen Sie sich für eine Rücknahme dieses Programms ein, solange es noch nicht angelaufen ist, und sorgen Sie für eine bessere Ausstattung des BAföG!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Die bisher vorgesehene Erhöhung der Elternfreibeträge um 3 % und der Bedarfssätze um 2 % wäre zweifelsohne besser als der Status quo. An dieser Stelle sind sich alle Antragsteller einig. Aber - auch das sei an dieser Stelle gesagt; Kollegin Andretta hat darauf hingewiesen - bedarfsdeckend ist sie bei Weitem nicht, weshalb wir uns beim SPD-Antrag enthalten werden. Wir schließen uns der

Forderung - auch das ist nur eine Minimalforderung, aber es ist immerhin eine weitergehende Forderung - des Deutschen Studentenwerkes an, die Freibeträge der Eltern um mindestens 5 % zu erhöhen, wenn der Kreis der Geförderten maßgeblich ausgeweitet werden soll. Um der Preisentwicklung gerecht zu werden, müssen die Bedarfssätze um wenigstens 4 % steigen. Auch das Heraufsetzen der Altersgrenze auf 35 Jahre ist zweifelsohne ein Fortschritt. Konsequenter wäre angesichts des Konzepts des lebenslangen Lernens allerdings ein Aufheben der Altersgrenze.

Eine nennenswerte weitere Öffnung der Hochschulen wird sich allerdings nur erreichen lassen - deshalb haben wir einen Änderungsantrag zum Antrag der Linken gestellt -, wenn das Studienfinanzierungsmodell grundsätzlich reformiert wird. Wir schlagen statt eines Ausbaus des BAföG jedenfalls mittel- und langfristig die Umsetzung eines Zweisäulenmodells vor: Aus der ersten Säule erhalten die Studierenden einen Sockelbetrag als Basisabsicherung. Dieser wird aus dem finanziert, was bisher an die Eltern geht, sprich Kindergeld und Steuerfreibeträge. Studierende aus einkommensschwachen Elternhäusern erhalten aus einer zweiten Säule zusätzlich einen Bedarfzuschuss, der, ergänzt um Wohngeld und Krankenversicherung, den Lebensunterhalt sichert. Im Gegensatz zum BAföG sind aber beide Säulen als nicht rückzahlbarer Vollzuschuss, also ohne Kreditrisiko geplant.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Sie müssen zum Schluss kommen, Frau Heinen-Kljajić!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Meine Damen und Herren, wenn wir eine soziale Öffnung unserer Hochschulen erreichen wollen, dann müssen wir die sozialen Hürden beim Zugang zum Studium abbauen. Wenn Sie Ihre Studienfinanzierungspolitik nicht korrigieren, dann bleibt Ihr Engagement für die offene Hochschule ein Muster ohne Wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu dem Beitrag von Frau Dr. Heinen-Kljajić hat sich Herr Perli zu einer Kurzintervention gemeldet. 90 Sekunden, Herr Perli!

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Heinen-Kljajić, nur damit wir hier keine Missverständnisse produzieren: Das Zweikörbmodell, das Sie jetzt vorgeschlagen haben, hat meine Fraktion im Bundestag schon in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagen. Da gibt es überhaupt keinen Widerspruch.

Es geht hier nur darum - deshalb haben wir den Antrag so formuliert, dass wir alle gemeinsam eine Entschließung finden können -, ganz konkret diesen Vorschlag zu unterstützen, damit wir das BAföG stabilisieren. Darüber hinaus sind wir gerne bereit, mit Ihnen und mit allen anderen darüber zu diskutieren, wie wir das BAföG für die nächsten Jahrzehnte fit machen können.

Das Zweikörbmodell ist ein sehr gutes Modell. Es gibt auch andere. Ich empfehle, sich beispielsweise die Forderungen des Studierendenverbandes der Linken, der Linke.SDS, des Sozialistischen Demokratischen Studierendenverbandes, anzuschauen. Da gibt es hervorragende Anregungen, die wir alle aufgreifen oder zumindest zur Kenntnis nehmen sollten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sehr gern!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Heinen-Kljajić möchte antworten. Bitte sehr!

(Jens Nacke [CDU]: Jetzt fangen die schon untereinander mit Kurzinterventionen an! - Zuruf von der SPD: Das ist Parlamentarismus!)

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Da können Sie einmal sehen. Das müssen Sie aushalten, Herr Nacke.

(Zurufe)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Sie haben das Wort, Frau Heinen-Kljajić. Bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

In aller Kürze: Wir haben ja schon bei der ersten Lesung eine Debatte darüber geführt, warum wir an einer ganz bestimmten Stelle mit Ihrem Antrag vielleicht keine Probleme haben, aber zumindest eine andere Akzentuierung vornehmen wollen. In Ihrem Antrag heißt es sinngemäß - ich habe ihn

jetzt nicht vor mir liegen -, dass das BAföG-System langfristig ausgebaut werden soll.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Verdoppelung!)

Genau da sagen wir: Wir wollen das BAföG zwar im Moment erhöhen, aber wir wollen mittel- und langfristig auf ein anderes System umstellen. Das soll unser Änderungsantrag deutlich machen, mehr nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Gehaltszahlungen!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nächster Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Güntzler. Bitte sehr!

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Schon wieder ein neuer Kopf!)

Fritz Güntzler (CDU):

Wir haben einiges zu bieten, Herr Dr. Sohn. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn auch aufgrund der vorliegenden Anträge die 23. BAföG-Novelle Gegenstand der Diskussion sein sollte, gibt es in den Anträgen, aber auch in den Redebeiträgen viele Anmerkungen zum nationalen Stipendienprogramm. Daher möchte ich für die CDU-Fraktion heute noch einmal erklären: Wir begrüßen das von Bundestag und Bundesrat beschlossene nationale Stipendienprogramm ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist der richtige Weg. So wird neben dem BAföG und dem Bildungsdarlehen eine weitere wichtige Säule der Studienfinanzierung ausgebaut. Es ist meines Erachtens ein völlig falscher Ansatz, das Stipendienprogramm und die vorgesehene BAföG-Novelle gegeneinander ausspielen zu wollen. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Es geht um die Verbesserung der Finanzierung des Studiums. Wir brauchen beides.

(Beifall bei der CDU)

Das Stipendienprogramm wird dazu beitragen, dass sich auch in Deutschland die von allen eingeforderte Stipendienkultur weiterentwickeln wird. Da haben wir im Vergleich zu anderen Ländern einen erheblichen Nachholbedarf. Dieses Programm verschränkt in beispielhafter Weise die öffentliche und die private Hand. Der Anteil von privaten Quellen an den Bildungsausgaben liegt in Deutschland mit 15 % weit unterhalb des OECD-Durchschnitts,

der bei 27,4 % liegt. In Japan und in den USA liegt er sogar bei fast 70 %. Es gibt also noch einiges zu tun.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Hört, hört!)

Das nationale Stipendienprogramm wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten können, Herr Dr. Sohn.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Derzeit werden in Deutschland nur 2 bis 3 % aller Studierenden durch Stipendien gefördert, die wiederum zu einem beträchtlichen Anteil aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Die mit dem Stipendienprogramm verbundene Zielsetzung, diese Quote weiter zu erhöhen - die 8 % lasse ich mal weg -, ist somit sehr zu begrüßen. Auch uns ist klar, dass dies nicht einfach sein wird und nicht von heute auf morgen gehen wird. Es ist einige Überzeugungsarbeit notwendig, private Mittelgeber zu finden. Aber das Ziel ist richtig. Dieses Programm ist der richtige Anfang.

Meine Damen und Herren, der gerade von der Opposition in den vorangegangenen Debatten, die ich nur nachlesen konnte, und in den Ausschussberatungen immer wieder erhobene Vorwurf, das Stipendienprogramm verstärke die sozialen Ungleichheiten an den Hochschulen, ist für mich nicht nachvollziehbar, und ich halte ihn auch für falsch. Es werden Leistungsanreize gesetzt, gute Leistungen gefördert und mit einem Stipendium belohnt - und dies unabhängig von der sozialen Herkunft und finanziellen Ausstattung des Studierenden. Übrigens - wenn Sie es nachläsen, wüssten Sie es - sind nicht allein die Noten ausschlaggebend, sondern auch gesellschaftliches Engagement oder besondere Umstände, wie etwa ein Migrationshintergrund.

Dass nach allen Auswertungen - das ist hier schon berichtet worden - Begabtenstipendien derzeit zu einem erheblichen Teil an Kinder ausgezahlt werden, die aus Akademikerfamilien kommen, steht dem nicht entgegen; denn dies liegt - das wissen wir alle aus Studien - im Wesentlichen daran, dass die Studierendenquote aus den sogenannten bildungsfernen Schichten in Deutschland zu niedrig ist. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, diese Quote deutlich zu verbessern. Es ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen, dass Ministerpräsident McAllister in seiner Regierungserklärung hier im Haus angekündigt hat, dass durch die Ministerin

eine Analyse der entscheidenden Hemmnisse vorgelegt werden soll.

(Daniela Behrens [SPD]: Es gibt überhaupt kein Erkenntnisdefizit!)

- Sie haben ein entscheidendes, aber Sie wissen es noch nicht! - Es ist nämlich viel zu kurz gegriffen - wie hier von der Opposition immer wieder vorgetragen -, dabei immer nur auf die fehlende finanzielle Ausstattung abzuheben. Die Gründe sind meines Erachtens vielschichtiger. Das wird auch die Studie zeigen. Lassen Sie uns, wenn die Ergebnisse vorliegen, diese gemeinsam konstruktiv beraten. Nur mit Klassenkampf werden wir das Problem nicht lösen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin mit meiner Kollegin Frau Andretta einig, dass die wichtigste Säule für die Finanzierung eines Studiums das BAföG ist und bleibt. Das haben die BAföG-Zahlen 2009 eindrucksvoll bestätigt. Wir haben in Niedersachsen einen Aufwuchs an BAföG-Berechtigten von 10 %.

Die CDU-Fraktion unterstützt deshalb inhaltlich die mit der 23. BAföG-Novelle vorgesehenen Weiterentwicklungen und Veränderungen. Wir nehmen sehr erfreut zur Kenntnis, dass auch SPD und Linke hier im Landtag das von CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossene Änderungsgesetz unterstützen.

Grundsätzlich zu begrüßen ist die vorgesehene weitere Erhöhung der Bedarfssätze und der Einkommensfreibeträge; das ist alles schon angesprochen worden. Aber auch andere Veränderungen, wie der Abbau der Bürokratie durch Pauschalisierung des Mietzuschlages oder die Ausweitung der Altersgrenze für Masterstudierende von 30 auf 35 Jahre, sind vernünftig. Man hätte sich hier noch manches, insbesondere in Bezug auf die Altersgrenze, mehr wünschen können; das ist auch angesprochen worden. Die Vorteile dieser Novelle für die Studierenden liegen also deutlich auf der Hand.

Meine Damen und Herren, daraus aber den schnellen Schluss zu ziehen, wie hier in verschiedenen Anträgen - insbesondere in dem von der Linken vorgelegten Antrag -, dieser Novelle ohne Wenn und Aber im Bundesrat zuzustimmen, wäre aus der Sicht des Landes zu leichtfertig gewesen; denn auch die sich aus diesem Gesetz ergebenden finanziellen Lasten und insbesondere deren Verteilung auf den Bund und die Länder müssen

genau betrachtet werden. Es war somit nur konsequent und völlig richtig, in diesem Fall gemäß Artikel 77 des Grundgesetzes den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Wir müssen beachten, dass diese BAföG-Novelle den Landeshaushalt mit bis zu 20 Millionen Euro jährlich belasten könnte. Ob eine Erhöhung der Bundesbeteiligung im Vermittlungsausschuss letztendlich erreicht werden kann, ist natürlich nicht vorhersehbar. Es wird wahrscheinlich wie immer einen Kompromiss geben. Aber eines ist sicher: dass eine sofortige Zustimmung, die hier gefordert worden ist, in der Sitzung des Bundesrates am 9. Juli 2010 dazu geführt hätte, dass eine stärkere Beteiligung des Bundes von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre. Aber die wollen wir ja gemeinsam erreichen.

Nur durch das eingeleitete Vermittlungsverfahren können also auch die beiden Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie fordern zum einen die Zustimmung zur Novelle und zum anderen eine stärkere Beteiligung des Bundes. Von daher ist Ihre Kritik an dem Vorgehen der Landesregierung nicht nachvollziehbar, da dieses Ziel nur in Schrittfolge erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren von der SPD, konsequenterweise hätte Ihr Entschließungsantrag eigentlich lauten müssen: Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Vorgehen. - Wir machen schon längst das, was Sie mit diesem Antrag fordern, und dies zum Wohle des Landes und der Studierenden.

Dass die Linke fordert, dass der Novelle ohne jedes weiteres Verhandeln zugestimmt werden soll, verwundert nicht. Die finanzielle Lage des Landes hat sie bei ihren Wunschkonzerten nie so richtig interessiert.

(Lachen bei der LINKEN)

Bei der Vorbereitung auf diesen Redebeitrag zu diesem Thema fand ich es bemerkenswert, dass die Linke für ihre Argumentation das Matthäusevangelium herangezogen hat.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wir sind immer für eine Überraschung gut!)

Ich muss Ihnen sagen: Wenn ich Sie so sehe, fällt mir eher Jesaja Kapitel 41 Vers 24 ein:

„Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts; und euch wählen ist ein Greuel.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich kann abschließend feststellen:

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Letzter Satz, bitte!

Fritz Güntzler (CDU):

Die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat wieder einmal verantwortungsvoll gehandelt. Ich bin mir sicher, dass in der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 14. September 2010 ein gutes Ergebnis für die Studierenden und unser Land erreicht werden kann. - Ich soll noch sagen: Die sofortige Abstimmung lehnen wir ab.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Eine Kurzintervention möchte Frau Dr. Andretta haben. Bitte schön, Sie haben 90 Sekunden.

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Güntzler, nach dieser Rede hätten Sie unserem Antrag eigentlich nur zustimmen können, anstatt die direkte Abstimmung zu unterdrücken. Ihre Pirouette am Schluss ist wirklich eine Selbstentmündigung. Im Wissenschaftsausschuss wurde uns mitgeteilt, dass sich die Landesregierung erst unmittelbar vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses festlegen werde, wie sie entscheiden wolle. Daraufhin haben wir die Initiative ergriffen, heute den Antrag zu stellen, in dem der Landtag die Landesregierung auffordert, dem zuzustimmen, was Sie für notwendig erachten. Von daher kann ich nur sagen: Wenn Sie sich hier nur als verlängerte Werkbank der Landesregierung begreifen, dann können wir den Landtag auch auflösen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Der Kollege Güntzler möchte antworten. Ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Fritz Güntzler (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Andretta, Sie müssen Ihre Anträge schon sinnlogisch aufbauen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Was ist denn „sinnlogisch“?)

Wenn Sie zwei Dinge erreichen wollen, die nur nacheinander erreichbar sind, dann müssen Sie sie nacheinander angehen. Wenn Sie vor einer Verhandlung von vornherein sagen „Wir stimmen der Novelle so zu, wie sie ist“, dann werden Sie auch nichts erreichen. Aber Sie wollen doch gerade erreichen, dass sich der Bund stärker beteiligt. Das ist ja unser gemeinsames Ziel. Von daher ist Ihr Antrag völlig inkonsequent.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau von Below-Neufeldt. Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entschließungsantrag der Linken wird von der FDP-Fraktion ebenso abgelehnt wie der Änderungsantrag der Grünen. Der Antrag der SPD-Fraktion wird ebenfalls abgelehnt; denn er stellt einiges doch sehr verzerrt dar. Ich begründe das gerne und spreche erst zum BAföG und dann zum Stipendienprogramm.

Die BAföG-Novelle liegt zurzeit beim Vermittlungsausschuss. Am 18. September wird darüber entschieden. Die SPD spricht von Blockade, wenn Niedersachsen dem Vorschlag nicht vorbehaltlos zustimmt. „Blockade“ ist leicht ausgesprochen. Anspruchsvoller ist aber die Befassung mit der Sache selbst. Niedersachsen muss sich die Erhöhung des BAföG leisten können und leisten wollen. Aber genau da scheiden sich die Geister.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Aber das Geld für Mövenpick war da!)

- Wir sind hier in Niedersachsen.

(Lachen bei der SPD)

Wenn man Regierungsverantwortung trägt, dann überlegt man eben auch, wie die Erhöhung finanziert werden soll. Das ist verantwortungsvoll. Genau da setzt Niedersachsen richtigerweise an.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP] und Karl-Heinz Klare [CDU])

Mir ist bekannt, dass die Gesamtsumme der BAföG-Leistungen für 2011 in Niedersachsen etwa 20 Millionen Euro betragen wird. Jede zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt muss jedoch abgewogen werden; das verlangt schon die Schuldenbremse. Es kann auch nicht umgeschichtet werden. Es muss eine andere, neue und kluge Strategie entwickelt werden.

(Johanne Modder [SPD]: Ja, genau!)

Dafür ist „Blockade“ einfach der falsche Begriff.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Hier geht es um eine Lösung, die den Bund verstärkt in die Pflicht nimmt. Sicherlich gibt es auch weitere Ansätze, wie dafür gesorgt werden kann, dass die gewollte und sicherlich auch von Niedersachsen im Ergebnis bejahte Erhöhung zügig kommt.

Zum Schuldenberg: Es wird immer wieder das Märchen erzählt, dass die Studierenden vor einem unbewältigbaren Schuldenberg stehen. Richtig ist, dass die BAföG-Rückzahlung bei 10 000 Euro gedeckelt ist, dass 50 % vom Staat als Geschenk dazufinanziert werden und dass die Rückzahlung über 20 Jahre erfolgen kann. Das sind nach meiner Rechnung 50 Euro im Monat, und das bei einer guten Arbeitsplatzperspektive für alle diejenigen, die die Qualifikation erreichen.

Jetzt noch etwas zum Stipendienprogramm: BAföG und Stipendienprogramm schließen sich zum Glück nicht aus. BAföG bekommt man, wenn der oder die Studierende das Studium nicht finanzieren kann. Den Studienplatz bekommt man aber, weil man die Begabung oder das Talent für ein Studium mitbringt. Wenn man dieses Talent mitbringt, dann kann man doch nicht schlussfolgern, dass die BAföG-Empfänger wegen ihrer Leistungen kein Stipendium erreichen können. Das Stipendienprogramm soll im Übrigen gar nicht auf das BAföG angerechnet werden.

Leistung lohnt sich. Das ist vor allem beim Sport anerkannt. Richtig ist, dass junge Menschen nicht erst im Beruf erfahren sollen, dass der Bessere mehr Geld verdient und sich am Markt behauptet. Spätestens an den Hochschulen sollte auch dieser Teil der Lebenswirklichkeit anfangen. Das Stipendienprogramm gehört in jedem Fall dazu.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Noch ein letztes Wort wegen Ihres Ansatzes „ungerecht und nur für die Elite“. Ja, mit einem Stipendienprogramm geht es um Leistungsträger.

Zusammen mit einem BAföG und vielleicht einem aufgestocktem BAföG ist das richtig und gerecht.

Die FDP-Fraktion lehnt alle Anträge ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu dem Beitrag von Frau von Below-Neufeldt hat sich Herr Perli zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte sehr!

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau von Below-Neufeldt, das unwürdige Schauspiel, das wir in Sachen BAföG in den letzten Monaten erlebt haben, zeigt, wie ich finde, ganz eindrücklich, welche Rechtsentwicklung die neoliberale Politik von Bundesregierungen und Landesregierungen, aber auch der FDP in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat.

(Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE] - Christian Dürr [FDP]: Wir regieren hier in Niedersachsen, Herr Perli!)

1971 ist das Bundesausbildungsförderungsgesetz von der FDP mit auf den Weg gebracht worden. Ich zitiere einmal aus der Begründung des Gesetzes von 1971:

„Der soziale Rechtsstaat, der soziale Unterschiede durch eine differenzierte Sozialordnung auszugleichen hat, ist verpflichtet, durch Gewährung individueller Ausbildungsförderung auf eine berufliche Chancengleichheit der jungen Menschen hinzuwirken.“

(Christian Dürr [FDP]: Wo ist jetzt der Widerspruch?)

Sie haben sich in Ihrer Rede nur noch um Leistungsträger gekümmert. Wenn man sich nur noch um Leistungsträger kümmert, dann wird man vielleicht zu einer 4-%-Partei, aber man hat sich von einer Gesellschaft verabschiedet, die vom Miteinander bestimmt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Er hat eigentlich alles durcheinandergebracht!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau von Below-Neufeldt möchte antworten. Auch Sie haben eine Redezeit von 90 Sekunden. Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Perli, Geld ist natürlich eine wichtige Voraussetzung für den Lebensunterhalt; gar keine Frage. Ich habe hier ausführlich dargelegt, dass auch ich für das BAföG bin und dass auch ich eine Erhöhung positiv sehe. Aber es muss natürlich finanzierbar sein.

Der zweite Punkt, zu dem ich noch antworten möchte, ist Folgender: Sie sprechen immer davon, dass das BAföG die wichtigste Säule bei der Finanzierung des Studiums ist. Das ist schlichtweg falsch.

(Daniela Behrens [SPD]: Die Eltern!)

Zunächst einmal sind die Eltern in der Pflicht, und dann ist der Studierende in der Pflicht, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Da, wo das nicht geht und wo die Voraussetzungen gegeben sind, greift der Staat unter die Arme, und zwar mit einem Geschenk von 50 %. Das muss man einfach einmal anerkennend zur Kenntnis nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Ministerin Professorin Dr. Wanka hat jetzt das Wort. Bitte sehr!

(Björn Thümler [CDU]: Jetzt können Sie etwas lernen!)

Professorin Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion enthält zwei Forderungen an die Landesregierung. Die erste Forderung ist, dass sie der geplanten BAföG-Novelle der schwarz-gelben Bundesregierung zustimmen soll. Die zweite Forderung ist, dass sie sich dafür einsetzen soll, dass sich der Bund stärker an der Studienfinanzierung beteiligt.

Wenn die Landesregierung, wie Sie es unter Nr. 1 fordern, der BAföG-Novelle in der vorliegenden Fassung zustimmt, dann ist das Verhältnis der Finanzierung zwischen Bund und Ländern auf 65 zu 35 festgeschrieben. Allerdings hat sich damit gleichzeitig Ihre Forderung unter Nr. 2 erledigt.

Wenn wir umgekehrt Ihrer Forderung unter Nr. 2 folgen und uns für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes in der Studienfinanzierung einsetzen, dann können wir nicht der BAföG-Novelle in der vorliegenden Fassung zustimmen, also nicht Ihrer Forderung unter Nr. 1 entsprechen. Das heißt, Sie haben zwei Forderungen erhoben, die sich widersprechen; Herr Güntzler hat darauf hingewiesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie müssen sich also entscheiden.

Wir in der Landesregierung haben uns folgendermaßen entschieden: Wir wollen diese BAföG-Novelle. Sie enthält viele gute Punkte: mehr Geld, höhere Freibeträge, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - das ist mir persönlich sehr wichtig - und höhere Altersgrenzen. Andererseits wollen wir auch, dass sich der Bund stärker an der Finanzierung beteiligt. In dieser Situation gibt es, wenn die Befassung des Bundesrats ansteht, verfahrenstechnisch nur eine Möglichkeit, nämlich die Anrufung des Vermittlungsausschusses. Das haben wir gemacht.

Viele auf der linken Seite in diesem Saal kritisieren immer wieder das Kooperationsverbot des Bundes, also dass der Bund nicht einfach für die Hochschulen zahlen kann. Beim BAföG aber kann er zahlen. Ob er es allerdings macht, wissen wir nicht. Hier haben wir also wirklich eine Chance, und die können wir uns doch nicht einfach entgehen lassen!

Wir können heute nicht darüber befinden, was am 14. im Vermittlungsausschuss herauskommt. Wir können uns nur entsprechend engagieren, aber wir können nicht über die anderen Länder verfügen.

Das, was wir uns überlegt haben, haben sich auch andere überlegt. In Berlin regiert die SPD, flankiert von den Linken.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wir regieren dort zusammen!)

- Ja, Sie regieren dort zusammen.

Was sagte die Berliner Landesregierung in der besagten Bundesratssitzung? - Berlin - das sage ich in die Richtung ganz links - gibt in dieser Bundesratssitzung zu Protokoll: Verbesserungen beim BAföG sind richtig und wichtig, aber sie sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Länderseite nicht finanzierbar. Erst brauchen die Länder Klarheit darüber, was der Bund bezahlt.

(Björn Thümler [CDU]: Aha!)

Das heißt, wir sind nicht ganz unlogisch in dem, was wir machen.

(Björn Thümmler [CDU]: Das ist ja Berlin!)

- Ja, das ist Berlin.

(Victor Perli [LINKE]: Das ist Landowsky!)

Ganz kurzfristig hat nun die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag eingebracht. Darin heißt es - Frau Heinen-Kljajić hat es ausgeführt -: Wir wollen BAföG einmal ganz anders denken. - Diese Idee ist nicht neu. Das steht ja schon ganz lange im Grünen-Programm. Nur wurde es, als Sie an der Regierung waren, leider nicht mehr weiterverfolgt. Das hätte man ja von Bundesseite aus machen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Grundidee dabei ist, dass man kein Kindergeld zahlt, keine Kinderfreibeträge einräumt und dass das Geld, das der Staat dann zur Verfügung hat, den Studierenden elternunabhängig gegeben wird.

Das ist von der Idee her nicht ganz abwegig. Man kann so verfahren. Verschiedene Länder verfahren auch so. Darüber kann man diskutieren. Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir jetzt entscheiden mussten, wie wir mit dem unterbreiteten Vorschlag umgehen. Wir werden uns mit der Frage, wie wir optimal verfahren, immer noch beschäftigen müssen. Bisher hat niemand eine endgültige Lösung.

So viel zum Thema BAföG. Ich denke, in diesem Bereich haben wir logisch und richtig sowie letztendlich auch gemäß Ihrer Intention gehandelt.

Das andere Thema ist das Stipendienprogramm. Im Rahmen eines solchen Programms könnten unter gewissen Voraussetzungen 300 Euro pro Student pro Monat gezahlt werden, wenn jemand leistungsstark ist. Ich bin es langsam leid zu hören, wie die Diskussion über ein solches Programm geführt wird. Ich finde es überhaupt nicht fair, dass Frau Andretta eben noch einmal dargestellt hat, wie viel Studierende in Niedersachsen BAföG bekommen, und im nächsten Schritt in jedem ihrer Redebeiträge unterstellt wird, die Studierenden seien nicht in der Lage, Leistungen zu erbringen, sie seien nicht begabt. Das steht sogar eindeutig im Antrag der Grünen. Diese Unterstellung finde ich nicht akzeptabel.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Stellen Sie sich einmal vor, ein Jugendlicher aus einer bildungsfernen Schicht hat die Möglichkeit, BAföG zu bekommen, und er hat, weil er klug ist und ein ordentliches Abitur gemacht hat, die Möglichkeit, jeden Monat 300 Euro cash ohne Rückzahlung zu bekommen. Das ist doch eine Superförderung gerade auch für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei einem Stipendienprogramm wird Leistung nicht definiert. Die Hochschulen könnten z. B. im Falle von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund sagen, dass die Leistungen, die diese Jugendlichen vor dem genannten Hintergrund erbringen, hoch anzuerkennen sind und dass ihnen deshalb ein Stipendium gewährt wird. Das heißt, gerade Jugendliche aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund könnten bei einem Stipendienprogramm, wenn man es denn will, bedient werden.

Das Problem bei einem Stipendienprogramm ist, dass die Wirtschaft das Programm kofinanzieren muss. Das Problem resultiert daraus, dass es in gewissen Regionen Deutschlands natürlich eine leistungsstärkere Wirtschaft gibt, die schneller kofinanzieren kann. Herr Perli, Sie haben dieses Problem hier im Landtag letzstens angesprochen. Wir von CDU und FDP sind nicht der Meinung, dass wir die Wirtschaft einfach aus der Verantwortung entlassen können. Sie soll sich durchaus beteiligen.

(Victor Perli [LINKE]: Sie soll Steuern zahlen!)

Insgesamt ist Folgendes zu sagen. Wir wollen - ähnlich wie im Sport - durch BAföG in der Breite fördern. Wir brauchen aber auch die Förderung der Spitze. Wir haben dafür noch nicht die idealen Lösungen gefunden. Es gibt noch viel zu tun. Wir befinden uns aber auf einem guten Stand und haben gerade wieder eine Verbesserung erreicht.

Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat Frau Dr. Andretta um zusätzliche Redezeit gebeten. Sie bekommen zwei Minuten Redezeit, Frau Dr. Andretta.

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Wanka, von Ihnen hätte ich eigentlich etwas mehr Redlichkeit erwartet.

(Oh! bei der CDU)

Wenn ich auf der einen Seite mit der BAföG-Förderquote und auf der anderen Seite mit der Stipendienförderquote argumentiere und mich dabei auf die HIS-Studie beziehe, dann sind die Ergebnisse eindeutig. Bezüglich der sozialen Herkunft der Studenten ergibt sich bei der niedrigen Herkunft immerhin ein Anteil von 14 % aller Studierenden - wobei dieser Anteil noch traurig genug ist. Bei den Stipendiaten aller Begabtenförderwerke ergibt sich ein Anteil von nur 9 %. Wir können froh sein, dass die Hans-Böckler-Stiftung mit dabei ist. Sonst wären wir noch weiter unten im Keller.

Diejenigen, die die Studie erarbeitet haben, kommen richtigerweise zu dem Ergebnis, dass es eine Illusion ist anzunehmen, dass es bei der Vergabe von Stipendien in erster Linie um Leistung geht. Frau Ministerin Wanka, es geht deshalb nicht darum, ob die BAföG-Empfänger keine Leistungen erbringen. BAföG ist ein anderes Fördersystem. Wer BAföG erhält, hat einen Rechtsanspruch darauf. Er weiß das vorher und kann sich darauf verlassen, dass er diese Förderung bekommt, unabhängig davon, aus welcher sozialen Schicht er kommt, ob er aus einer Akademikerfamilie kommt oder nicht. Wenn ein Bedarf festgestellt wird, hat er einen Anspruch auf diese Förderung. Mit Stipendien bekommen Sie keinen einzigen jungen Menschen zusätzlich in das Studium. Uns geht es darum, mehr jungen Menschen das Studium zu ermöglichen, nicht aber darum, denjenigen, die schon im Studium sind, ein extra Taschengeld zu besorgen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Dr. Heinen-Kljajić hat ebenfalls nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung für anderthalb Minuten das Wort. Bitte sehr!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Wanka, Ihre Ausführungen gerade eben waren, gelinde gesagt, sehr realitätsfremd. Ich finde, es ist recht billig argumentiert, uns zu unterstellen, wir würden in unserem Antrag allen Ernstes behaupten, BAföG-Empfänger würden keine Leistung

erbringen. Ich meine, das glauben Sie auch nicht wirklich.

Wenn man sich die Zahlen über bestehende Stipendiensysteme, die ihre Stipendien nach Leistungsparametern vergeben, anschaut, ist ein ganz klares Ergebnis zu verzeichnen. Kinder aus bildungsfernen Schichten kommen in solchen Systemen, wenn überhaupt, in einstelligen Prozentzahlen vor. Migranten finden Sie in solchen Systemen so gut wie überhaupt nicht, verehrte Frau Wanka.

Deshalb geht es nicht darum, hier eine große Debatte über Stipendien einerseits und BAföG andererseits aufzumachen. Es geht vielmehr einfach darum, nach welchen Kriterien festgelegt wird, wer staatliche Förderung bekommt. Wenn Sie ein Stipendiensystem erarbeiten wollen, mit dem Sie die Hochschulen öffnen wollen, dann vergeben Sie Ihre Stipendien doch nach sozialen Kriterien. Das muss nicht nach Leistungskriterien geschehen. Das ist der Punkt, um den es hier geht. Das Stipendiensystem sozusagen schönzureden und zu sagen, rein theoretisch hat jeder - auch Angehörige bildungsferner Schichten oder Migrantinnen oder Migranten - Zugriff auf dieses System, hilft uns wenig, wenn die Realität anders aussieht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Der nächste Redner ist Herr Perli. Er hat ebenfalls nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung anderthalb Minuten Redezeit. Herr Perli, bitte schön!

Victor Perli (LINKE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Wanka, Sie haben gesagt, dass Sie die Wirtschaft in die Pflicht nehmen möchten. Ihnen sollte bekannt sein, dass DIE LINKE die Wirtschaft ebenfalls in die Pflicht nehmen möchte. Sie wollen Studierende und den Staat allerdings zu Bittstellern machen, die um Spenden betteln müssen. Wir hingegen wollen, dass die Wirtschaft entsprechend der Leistungsfähigkeit wieder Steuern in diesem Land zahlt, damit die Parlamente darüber entscheiden können, wofür das Geld ausgegeben wird, damit hier wieder Gerechtigkeit einkehrt und es nicht vom Zufall und vom Gutdünken von ein paar Firmenchefs abhängt, wer ein Stipendium bekommt und wer nicht. Wir möchten, dass alle entsprechend ihrem Bedarf BAföG bekommen können. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Dar-

über können nur demokratisch gewählte Parlamente entscheiden, nicht aber undemokratisch zusammengesetzte Wirtschaftsunternehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Auch die FDP-Fraktion hat zusätzliche Redezeit beantragt. Herr Professor Zielke, auch Sie bekommen anderthalb Minuten Redezeit. Bitte schön!

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um zwei ganz verschiedene Dinge, die man deswegen auch trennen sollte. Es geht um die soziale Dimension des Studieren-Könnens und es geht um die Leistung beim Studieren. Das sind Dinge, die man nicht einfach miteinander vermengen sollte. Sie sind zwar nicht völlig unabhängig voneinander, aber die Trennung ist durchaus berechtigt.

(Dr. Gabriele Heinen-Kljajić [GRÜNE]:
Wenn man wenig Geld hat, muss man doch aber entscheiden, wo man den Schwerpunkt setzt: beim sozialen Aspekt oder beim Leistungsaspekt!)

- Für mich ist das keine Frage im Sinne von entweder/oder, bei der der eine Aspekt den anderen Aspekt ausschließt. Es ist einfach so: Diejenigen, die besonders leistungsfähig sind, sind für unsere Gesellschaft besonders wichtig. Deswegen verdienen sie auch die besondere Aufmerksamkeit unserer Gemeinschaft. Sie verdienen es deshalb auch, dass es für sie eine zusätzliche Förderung gibt. Es ist doch überall so: Leistung soll sich lohnen.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

Auch im Studium soll sich Leistung lohnen. Davon sollten wir, glaube ich, nicht abgehen. Das hat mit BAföG und mit der sozialen Dimension, bildungsferne Schichten zum Studium zu bewegen, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Ministerin Wanka hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Ministerin!

Professorin Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Eines ist völlig klar: Wir brauchen nicht nur viele Studenten, sondern wir brauchen auch leistungsstarke Studenten. Wir brauchen junge Leute, die

gut promovieren und die international Reputation haben. Ich denke, das ist unstrittig.

Wir haben ein BAföG-System. Das kann man Schritt für Schritt verbessern. Wir haben es im Zuge der letzten Novelle gerade erst exzellent verbessert, mit sehr viel Geld. Wir brauchen aber auch Leistungsanreize.

Sie verwechseln etwas, Frau Andretta. Zu unseren Begabtenförderwerken wie z. B. zur Konrad-Adenauer-Stiftung oder zur Rosa-Luxemburg-Stiftung geht nur ein Teil der jungen Leute hin. Jetzt jedoch kann die Hochschule, wo die Studierenden eh sind, darüber entscheiden, wer ein Stipendium bekommt. Dort erreicht man auch solche, die sonst gar nicht auf die Idee kommen, einen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade aus bildungsfernen Schichten haben 74 %, glaube ich, noch nie einen Antrag bei irgendeinem Begabtenförderwerk gestellt, weil dies für sie nicht denkbar ist und auch nicht zum Erfahrungshintergrund ihrer Eltern gehört. Deshalb ist es etwas anderes, wenn dieses Instrument in der Hochschule angesiedelt wird. Also kann man nicht einfach sagen: Weil es da so und so funktioniert, muss es in der Hochschule so sein.

Frau Heinen-Kljajić, Sie haben danach gefragt, wie viele Studierende mit Migrationshintergrund gefördert werden. Es sind 13 %. Das ist noch zu wenig. Es ist aber so. Mit dem Stipendienprogramm aber können Studierende mit Migrationshintergrund besonders gefördert werden. Das können Sie nicht einfach wegre-den.

Ich denke, wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, dass beides geht: eine gute Grundförderung und eine exzellente Spitzenförderung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 liegen mir weitere Wortmeldungen nicht mehr vor. Wir sind somit am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7.

Die auf Ablehnung lautende Beschlussempfehlung ist die weitestgehende Empfehlung. Über sie ist daher nach § 39 in Verbindung mit § 31 unserer Geschäftsordnung zunächst abzustimmen. Nur falls sie abgelehnt werden würde, wäre anschlie-

ßend über die Änderungsanträge abzustimmen. In diesem Fall müssten wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und im Anschluss daran gegebenenfalls über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/2401 (neu) ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist gefolgt worden.

Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 8.

Die SPD-Fraktion hat für ihren Antrag in Drs. 16/2751 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Ich habe vernommen, dass die Union diesen Antrag nicht mittragen will. Mir liegt bislang aber kein Antrag auf Ausschussüberweisung vor. Ich möchte gern formal korrekt verfahren und frage deshalb: Wird Ausschussüberweisung beantragt, Herr Kollege Nacke?

(Jens Nacke [CDU]: Ich beantrage die Ausschussüberweisung!)

- Es wird Ausschussüberweisung beantragt.

Der Landtag kann nach § 27 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung entsprechend verfahren, wenn mindestens 30 Mitglieder des Landtages für eine Überweisung des Antrags an einen Ausschuss oder mehrere Ausschüsse stimmen. Da Ausschussüberweisung beantragt worden ist, frage ich, wer dafür stimmen möchte. - Das sind deutlich mehr als 30.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Deutlich? Das war knapp!)

- Gewisse Zweifel können sicherlich intern ausgeräumt werden. Es sind deutlich mehr als 30. Der Ausschussüberweisung ist also zugestimmt worden.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Es ist so beschlossen worden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Zweite Beratung:

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes: Regelsätze der sozialen Mindestsicherung endlich menschenwürdig und sozial gerecht bestimmen (Artikel 1 und 20 Grundgesetz) - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2513 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/2759

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Humke-Focks. Bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort.

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Debatte über das BAföG beschäftigen wir uns jetzt mit einem weiteren sozialen Thema. Dies betrifft diejenigen, die Sie auf der rechten Seite dieses Hauses allerdings von der Bildung fernhalten wollen.

Wir haben mit unserem Antrag, der Ihnen heute zur zweiten Beratung vorliegt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar aufgegriffen mit dem Ziel, wesentliche Bestandteile und Inhalte dieses Urteils hier zu thematisieren und den Einfluss Niedersachsens auf die Bundesregierung - sofern es solch einen Einfluss überhaupt gibt - zu nutzen, damit die betroffenen Leistungsempfängerinnen und -empfänger des SGB II schnell Gewissheit darüber bekommen, auf welche Weise die Regierenden gedenken, die Regelsätze verfassungskonform zu entwickeln. Der Antrag wurde im Ausschuss „beraten“ - ich sage das einmal in Anführungsstrichen - und steht heute zur zweiten Beratung an.

Wie aber muss man sich die Beratung im Fachausschuss vorstellen? - Die Regierungsfaktionen stellten im Fachausschuss gleich zu Beginn fest, dass unser Antrag - ich zitiere - ablehnungsreif sei; denn - Zitat - Gründlichkeit gehe vor Schnelligkeit. Was immer die CDU damit meint.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Kollege Humke-Focks, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Riese?

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Ja, bitte!

Roland Riese (FDP):

Verehrter Herr Humke-Focks, warum zitieren Sie in einer öffentlichen Landtagssitzung aus nicht öffentlichen Ausschusssitzungen?

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Er hat doch gar nicht zitiert, sondern sinn- gemäß dargelegt!)

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Zum einen habe ich diese Zitate nicht bestimmten Personen zugeordnet. Zum anderen spricht Ihre Zwischenfrage ja für sich. Vielleicht ist Ihnen das, was im Ausschuss gesagt worden ist und was Sie dort unter Beratung verstanden haben, ja peinlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Was sind die bisherigen Initiativen der Bundesregierung? - Kurz gesagt: Es gibt unserer Auffassung nach keine Initiativen, die die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts umsetzen. Oder wollen Sie die Bildungsgutscheine oder die Chipkarten für Kinder mit dem lächerlich geringen Betrag von 300 Euro pro Jahr als solche bezeichnen? Dieser Betrag reicht doch vorne und hinten nicht aus, um dem gerecht zu werden, was Ministerin von der Leyen der Öffentlichkeit zu versprechen versucht? - Aber darüber werden wir morgen noch ausführlicher diskutieren können. Ich möchte nur, dass Sie sich einmal Gedanken darüber machen, was z. B. Musikunterricht oder Nachhilfeunterricht kostet und wie weit Sie mit 300 Euro im Jahr kommen würden. Aber wenn man aus solchen Verhältnissen kommt wie Frau von der Leyen, ist Kinderreichtum kein Armutsrisiko - ganz anders, als es bei Hartz-IV-Empfängerinnen der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Sie machen hier persönliche Angriffe! Was hat das in einer politischen Debatte zu suchen? Was soll das? Geben Sie darauf bitte eine Antwort! Reißen Sie sich bitte zusammen! Unterirdisch ist das!)

- Seien Sie bitte einmal ruhig, Herr Macke!

(Zurufe von der CDU)

Was ist mit den weiteren Initiativen? - Sie machen nichts. Sie schweigen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ihre Antwort - - -

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Moment, Herr Humke-Focks! Ich unterbreche einmal. Sie haben gleich wieder das Wort - und kein anderer, Herr Nacke. - Bitte, Herr Humke-Focks, Sie haben jetzt das Wort. Führen Sie weiter aus, bitte!

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Vielen Dank. - Herr Macke, ich frage Sie jetzt: Was sind denn Ihre Antworten dazu? - Sie machen überhaupt nichts. Vielmehr sind Sie guter Dinge, dass die Regierung es schon richten werde. Was sind das für Antworten? - An Peinlichkeit nicht zu überbieten, was Ihre Fraktion hier treibt.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Sie bescheinigen uns damit zum wiederholten Male, dass Sie politische Leichtgewichte ohne Mumm in den Knochen sind.

(Zurufe von der CDU)

- Politische Leichtgewichte. - Ich möchte jetzt darauf verzichten, aus dem Urteil noch mal genau zu zitieren. Das spare ich mir. Sie sollten es kennen. Aber ich möchte feststellen, dass wir uns hier wenigstens in den Oppositionsfraktionen darüber einig waren, dass die Berechnung der Regelsätze eine neue Grundlage braucht und dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche angehoben werden müssen. Das haben wir hier mehrfach gemeinsam gesagt. Aber noch nicht mal auf diese Basis wollten Sie sich einlassen. Das ist ein Armutsbeispiel. Wir werden Ihnen das auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Sie werden schon sehen, was Sie davon haben. Ihre Regierungszeit wird auf 2013 begrenzt sein. Dann wird sich hoffentlich einiges ändern.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Auch für die Abgeordneten zur Klarstellung: Herr Kollege Nacke hat sich darüber beschwert, dass

Herr Humke-Focks ihn „Herr Macke“ genannt haben soll. Wir haben das hier oben nicht mitbekommen. Wenn das der Fall gewesen ist,

(Jens Nacke [CDU]: Drei Mal! Ein Schmutzfink ist das!)

dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass das nicht in Ordnung ist. Ich ermahne Sie ganz deutlich. Ich habe es hier oben so nicht mitbekommen.

(Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: Und Schmutzfink?)

Der nächste Redebeitrag kommt von Herrn Böhlke von der CDU-Fraktion. Bitte sehr!

(Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: „Schmutzfink“ darf ich hier sagen?)

- Ich stelle jetzt erst einmal fest, dass Sie hier nicht diskutieren dürfen.

(Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: Ich diskutiere doch! Denn „Schmutzfink“ geht nicht! Das merke ich mir! „Schmutzfink“ darf man hier sagen!)

- Herr Kollege Böhlke, warten Sie bitte! - Frau Kollegin Zimmermann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben nicht das Recht, mit dem Präsidium hier oben zu diskutieren. - Bitte schön!

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Jetzt hat Herr Böhlke das Wort. Bitte sehr!

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Nacke ist ein Schmutzfink! - Nacke ist ein Schmutzfink! - Weitere Zurufe)

Herr Böhlke!

Norbert Böhlke (CDU):

Herr Präsident, Sie haben es nicht einfach. Deshalb: Verehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Was sich bereits anlässlich der Einbringung dieses Antrages durch Debattenbeiträge im Juni dieses Jahres abzeichnete, verfestigt sich nochmals deutlich. Außerhalb der antragstellenden Fraktion DIE LINKE stimmt keine der Parlamentsfraktionen - zumindest in der Empfehlung - dem vorliegenden Antrag zu. Dies stellt auch keine Überraschung dar; denn die im Antrag vorgenommenen teilweise unsachlichen und auch sehr einseitigen Bewertungen, die darin zum Ausdruck gebracht werden, können und dürfen in meinen Augen auch nicht mehrheitsfähig sein.

Die in dieser Frage zuständige Bundesregierung wird aufgrund des Urteils des Bundesverfassungs-

gerichts Änderungen im Sozialgesetzbuch II zum 31. Dezember 2010 bzw. 1. Januar 2011 vornehmen. Das Bundesministerium erarbeitet zurzeit mithilfe von Experten, Wissenschaftlern und Praktikern ein Konzept, das im Oktober ins Parlament eingebracht und im Dezember vom Bundestag beraten und beschlossen werden soll.

Vor Abschluss der regierungsinternen Beratungen sind selbstverständlich auch die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, die großen Sozialverbände und natürlich auch die Parteien bei der Erarbeitung dieses Konzeptes mit einbezogen worden. Und gehen Sie bitte davon aus, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, dass sich die Landesregierung selbstverständlich bei diesem wichtigen Thema auch in Berlin bereits eingebracht hat.

An dieser Stelle möchte ich nochmals daran erinnern, dass aufgrund unserer Initiative das Thema des Bedarfes und der festgestellten Regelsätze für Kinder vom Parlament bereits im Jahr 2007 aufgegriffen und auf Bundesratsebene eine Initiative gestartet wurde, die eine geeignete Grundlage für die Berechnung des tatsächlichen Kindesbedarfes zum Ziel hatte.

Für uns zeichnet sich konkret zum 1. Januar 2011 ab:

Erstens. Es wird ein transparent ermitteltes Basisgeld für Erwachsene geben. Die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen werden berücksichtigt.

Zweitens. Es wird ein eigenständiges Basisgeld für Kinder und Jugendliche geben.

Drittens. Kinder und Jugendliche haben ab 1. Januar 2011 zusätzlich einen Rechtsanspruch auf gezielte Förderung in den Bereichen Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Diese Leistung soll in einem eigenständigen Bildungskonzept erbracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Das Basisgeld, d. h. die Regelsätze für Kinder und Jugendliche, differenziert nach Altersgruppen, wird jeweils eigenständig nach einem transparenten Verfahren berechnet. Basis dieser Berechnungen sind die Daten aus der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008, die bekanntlich alle fünf Jahre ermittelt werden.

Es ist also davon auszugehen, dass im Oktober die entsprechenden Sätze bekannt sein werden. In diesem Zusammenhang ist schlichtweg noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Bundesverfas-

sungsgericht die Berechnungsmethode, also den Weg des Zustandekommens der Regelsatzhöhe, kritisiert hat. Auch wenn das immer wieder miteinander vermengt wird, ist doch noch einmal wirklich ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass das Bundesverfassungsgericht keinesfalls die Höhe des Regelsatzes kritisiert hat. Es wird auch in der Urteilsbegründung deutlich, dass weder die Höhe des damaligen Regelsatzes noch der Betrag von 207 Euro für Kinder bis zum 14. Lebensjahr offensichtlich als unzureichend eingestuft wurde. Vom Gericht wird also nicht die Höhe, sondern nur der Berechnungsweg der Regelsätze kritisiert. Und das sind wesentliche Teile des Antrages, den die Linke hier gestellt hat, sodass sie für uns nicht relevant sind.

Die Linke wäre natürlich nicht die Linke, wenn sie nicht nochmals ihre Fischernetze auswerfen und die populäre Aussage treffen würde, dass mit diesem Antrag zumindest übergangsweise 500 Euro als Regelsatz zu zahlen sein sollen. Diese populistische Forderung steht natürlich im Gegensatz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Die Berechnung der Regelsätze, d. h. des Basisgeldes, muss transparent sein. Der Betrag von 500 Euro, der von Ihnen genannt wurde, ist keinesfalls transparent dargestellt worden, sondern offenkundig willkürlich und nicht nachvollziehbar.

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, widerspricht sich die Linke selbst. Denn beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Erhöhung auf 420 Euro. Das ist sicherlich auch erstmal aus dem hohlen Bauch heraus gesagt worden.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Das ist aber nicht nachvollziehbar. Vor dem genannten Hintergrund werden wir ja sehen, was im Dezember nach den ermittelten Daten an tatsächlichen Ergebnissen zum Tragen kommt, die dann auch von jedem Einzelnen entsprechend nachvollzogen werden können.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung seit 2010 in dieser Frage und die vorliegenden Zwischenergebnisse der Konzeption der Bundesregierung machen sehr deutlich, dass es keinesfalls eines solchen Antrags bedarf. Es kommt jetzt darauf an, was der Gesetzgeber zum 1. Januar 2011 beschließen wird. Im Oktober werden wir im Einzelnen die entsprechenden Vorlagen zur Kenntnis bekommen, und im Dezember werden die Entscheidungen in Bundesrat und Bundestag getroffen.

Wir sind uns ganz sicher, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes beachtet werden. Wir alle werden gemeinsam die Entwicklung in Berlin zu diesem Themenfeld ganz genau beobachten und begleiten. Wenn es möglich und notwendig ist, werden wir dieses Thema selbstverständlich wieder auf die Tagesordnung setzen. Für uns ist insoweit der Weg beschritten, und wir können durchaus davon ausgehen, dass diese Bundesregierung die richtigen wegweisenden Entscheidungen getroffen hat. Deshalb ist der Antrag der Linken entsprechend abzulehnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Humke-Focks hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich noch einmal deutlich machen, dass jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete selbst dafür verantwortlich ist, wie man parlamentarisch miteinander umgeht.

(Johanne Modder [SPD]: Es geht um die Sitzungsordnung!)

Es ist völlig richtig, dass der Begriff „Schmutzfink“ nicht parlamentarisch ist. Insofern belege ich Herrn Nacke genauso wie Herrn Adler mit einem Ordnungsruf.

(Christian Dürr [FDP]: Der bekommt aber zwei! - Ursula Körtner [CDU]: Er hat das zweimal gesagt!)

Jetzt hat Herr Humke-Focks das Wort. Sie haben 90 Sekunden Zeit.

(Norbert Böhlke [CDU]: Der Adler kann doch kein Schmutzfink sein!)

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhlke, Sie sind ja auf unseren Antrag eingegangen und haben an verschiedenen Punkten belegen wollen, dass er nicht schlüssig und nicht logisch ist.

Ich möchte aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts - mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident - Folgendes zitieren:

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 GG sichert

jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“

Darüber hinaus stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass Kinder und Jugendliche nicht wie kleine Erwachsene zu behandeln seien. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist nämlich, wenn man sie wie kleine Erwachsene behandelt - das stellen Sie fest, wenn Sie genauer hinschauen -, bei der Berechnung der Regelsätze ein Tabakkonsum berücksichtigt, aber keine Ausgabe für Windeln. Man muss die Sätze also komplett auf den Kopf stellen. Sie werden bzw. die Bundesregierung wird nicht darum herumkommen, die Regelsätze deutlich zu erhöhen.

(Roland Riese [FDP]: Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe! - Norbert Böhlke [CDU]: Das ist ein völlig anderes Thema!)

Wir werden darüber noch einmal beim Thema kostenlose Kontrazeptiva diskutieren. Erklären Sie dann einmal, wie ein Hilfebedürftiger, ein Leistungsempfänger von 13,70 Euro im Monat Verhütungsmittel kaufen soll! Damit überlassen Sie die Frage der Verhütung der Frau; denn von diesem Betrag kann man die billigste Sorte der Pille kaufen, ein Hormonpräparat. Prüfen Sie das einmal genau nach, und Sie werden auf jeden Fall auf eine deutlich höhere Summe kommen als bisher, also auf eine höhere Summe als 359 Euro.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Der nächste Redner ist Herr Watermann von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Thema der Sozialgesetzgebung haben wir uns ja schon des Öfteren beschäftigt. Worum geht es hier im Detail? - Es geht darum, dass es eine gute Regelung war, die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen. Damit wurde eine Ungerechtigkeit in der Sozialhilfe abgeschafft

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Nein!)

und etwas Gutes entwickelt: Es wurde nämlich Gerechtigkeit für Sozialhilfeempfänger hergestellt, die ihnen bis dahin nicht zuteil wurde.

Im Rahmen dieser neuen Gesetzgebung wurden bestimmte Werte ermittelt, die vom Bundesverfassungsgericht - und da weiche ich von den Ausführungen des Kollegen aus der Union ab - ganz eindeutig und ohne Wenn und Aber für nicht verfassungsgemäß erklärt worden sind. Auch wenn man ganz klar der Meinung ist, dass diese Gesetzgebung richtig war: In der Konsequenz gehört auch dazu, anzuerkennen, dass dann korrigiert werden muss, wenn etwas falsch gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Ermittlung der Daten muss auf vernünftige Weise vollzogen werden. Es ist eindeutig, dass die Regelsätze für Kinder an ihrem eigenen Bedarf orientiert errechnet werden müssen.

In Berlin - und da haben Sie ja ein Urvertrauen, das direkt in den Abgrund führt; aber das ist Ihr Problem und nicht meines -

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD und bei der LINKEN)

rückt nun die Bundesarbeitsministerin von den Grundpfeilern dieser Gesetzgebung ab. Das betrübt mich natürlich außerordentlich. Von der Fraktion der Linken erwarte ich gar nichts anderes; denn sie ist im Unreinen mit dieser sozialen Gesetzgebung,

(Zustimmung von Heidemarie Mundlos [CDU] - Kreszentia Flauger [LINKE]: Na, na, na! Ich bitte Sie, Herr Kollege!)

nämlich der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Aber bei Ihnen habe ich bis dato immer geglaubt, dass Sie Bestand in der Politik auch als etwas begreifen, was gut ist. Jetzt muss ich erkennen: Der Wind in Berlin ist heftig geworden, und Sie laufen jetzt vollkommen aus dem Ruder. Sie wollen nämlich einen ganz wichtigen Bereich auf den Kopf stellen.

Ein Gedanke dieser Zusammenführung war doch auch, nicht zu diskriminieren. Der entscheidende Gedanke war, dass diese Menschen in der Situation der Not - und das soll kein Ersatz für die Arbeit sein - lernen, mit Geld umzugehen und nicht mit irgendwelchen Sachleistungen. Das war der Kern des Gedankens. Wer sich jetzt davon verabschiedet und über Sachleistungen redet, der geht weg von den Grundpfeilern.

Folgende einfache Feststellung: Die Linke will dieses Gesetz kippen, und CDU und FDP machen es dann praktisch. - Das ist schade, wie ich finde.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben es ja geschafft, die Organisation gemeinsam auf den Weg zu bringen. Vielleicht können Sie Ihren Einfluss, der ja nicht so groß sein soll, doch noch einmal nutzen, um deutlich zu machen, dass die Sozialgesetzgebung eine klare Aufgabenstellung hat, nämlich die Aufgabenstellung, dass Menschen, die keine Arbeit haben und sich in sozialer Not befinden, von diesem Geld auskömmlich leben können müssen, dass die Arbeit aber trotzdem erstrebenswert und richtig ist und die Grundlage darstellt, um den Lebensunterhalt zu sichern. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht können Sie dort auch noch eines anbringen: Kinderschutz und Jugendschutz werden nicht über das Sozialgesetzbuch geregelt, sondern dazu gibt es eigenständige Regelwerke. Wer diese beiden Dinge miteinander vermischt, der tut unserer Sozialgesetzgebung nichts Gutes, sondern fügt ihr einen schweren Schaden zu. Deshalb appelliere ich an Sie, diesen Weg zu gehen und dafür zu sorgen, dass die Sätze bei Kindern und Erwachsenen vernünftig ermittelt werden.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Das hat Herr Böhlke doch gesagt!)

Ich habe übrigens nie irgendeine Zahl genannt. Sie haben ja gesagt, wir hätten Zahlen genannt. Wir meinen, dass es einen vernünftigen Weg dorthin geben muss. In einigen Punkten ist der Antrag der Linken deshalb richtig; denn er sagt aus, dass diese Wege beschritten werden müssen. Das müsste man allerdings nicht extra aufschreiben, weil das in vielen Debatten schon gesagt worden ist. Aber weil in dem Antrag auch viele falsche Punkte enthalten sind, werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Ich würde mich freuen, wenn diese unheilige Allianz von Rot bis Schwarz-Gelb zur Zerstörung einer guten Gesetzgebung ein Ende hätte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Helmhold das Wort. Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eindeutig: Die Bemessung der Regelsätze ist verfassungswidrig. Menschenrechte und Sozialstaatsgebot fordern die Festsetzung eines Betrages, der ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet. - So kann man es zusammenfassen.

Diesen Zustand fand das Bundesverfassungsgericht so schlimm, dass es nur eine sehr kurze Frist zur Umsetzung gesetzt hat, nämlich bis Ende dieses Jahres. Wir haben seit Jahren auf dieses Problem hingewiesen, das bei Kindern verschärft besteht. Ihre Bedarfe werden einfach prozentual von Erwachsenen abgeleitet. Das aber geht so nicht. Sie haben kinderspezifische, eigene Bedarfe, die man berücksichtigen muss. Herr Humke-Focks hat das Stichwort „Windeln“ genannt; ich nenne einmal das Stichwort „Bildung“.

Es ist ja nicht so, dass wir kein großes Problem hätten. In Niedersachsen lebt jedes fünfte Kind in Armut. Die Armutsquote stagniert auf hohem Niveau, auch wenn - ich hörte das heute im Plenum; und auch die Sozialministerin hat das als Erfolg verkündet - es eine Absenkung bei der Armutsquote von 14,7 auf 14,6 % gibt. Diese Absenkung als Erfolg zu verkaufen, das ist wirklich arm!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Johanne Modder [SPD]: Peinlich!)

Ihre politischen Anstrengungen, meine Damen und Herren von dieser Seite, Armut zu beseitigen, bleiben mehr als bescheiden. In der Frage der Regelsätze haben Sie sich immer auf halbherzige Anträge im Bundesrat beschränkt und darauf gewartet, dass das Bundesverfassungsgericht zwingt. Mindestlöhne, die ein äußerst probates Mittel zur Armutsbekämpfung wären, bekämpfen Sie. Sie tun auch nichts gegen die Ausweitung der Leiharbeit. Auch das wäre ein sehr probates Mittel zur Bekämpfung der Armut. Da würde die Armutsquote aber sinken, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Was jetzt aus Berlin kommt, lässt wenig hoffen. Statt die Kinderregelsätze vernünftig zu berechnen, wedelt die Bundesarbeitsministerin zunächst einmal mit der Bildungschipkarte herum. Die niedersächsische Sozialministerin will das Land Niedersachsen für diese unausgegorenen Versuche

auch noch zur Verfügung stellen. Darüber werden wir ja morgen diskutieren.

Das alles geschieht vor dem Hintergrund einer riesigen Sparorgie, die die Bundesregierung bei ihrem Haushalt 2011 ff. vor allem den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen verordnet: Das Elterngeld für Hartz-IV-Bezieher soll wegfallen. Das Übergangsgeld für ALG-I-Bezieher wird gestrichen. Der Heizkostenzuschuss für Bedürftige fällt weg. Die Rentenversicherungszuschüsse für ALG-II-Empfänger gibt es in Zukunft nicht mehr. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird stranguliert.

(Glocke des Präsidenten)

Bezogen auf den Anteil des Sozialhaushaltes an allen geplanten Einsparmaßnahmen heißt das, dass sie sich über 37 % im Sozialhaushalt und damit bei den Ärmsten holt. Das sind über 30 Milliarden Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Damit haben Sie von Schwarz-Gelb in Berlin Ihre Maske fallen lassen und offenbart, welchem Klientel Sie sich verpflichtet fühlen - und übrigens nicht nur da. Verräterisch ist ja manchmal auch Sprache. Frau von Below-Neufeldt hat eben in der BAföG-Debatte - und das hätte wirklich von fast jedem von Ihrer Seite kommen können, glaube ich - von einem Geschenk des Staates an Bedürftige gesprochen. Meine Damen und Herren, es ist ein Rechtsanspruch im Sozialstaat, dass bedürftige Menschen Leistungen bekommen. Das ist kein Geschenk.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kommen Sie zum Schluss, Frau Helmhold!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss. - Die Regelsatzberechnung zu fordern, ist im Antrag der Linken richtig. Wir halten allerdings die Setzung von 500 Euro für falsch. Exakt das soll ja berechnet werden. Deshalb werden wir uns zu diesem Antrag enthalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Riese. Bitte sehr!

Roland Riese (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen im Ausschuss - das darf ich Ihnen versichern - waren sorgfältig und fundiert. Wie jetzt auch aus den Redebeiträgen des Kollegen Watermann und der Kollegin Helmhold deutlich wurde, ist der Antrag in seiner Substanz, nämlich in den wenigen Forderungen, die darin stehen, so unplausibel, dass er zur Annahme nicht empfohlen werden kann. Insofern gab es vernünftige Debattenbeiträge der SPD und der Grünen im Ausschuss, die sich aber hier nicht in gleicher Weise dargestellt haben; das muss man deutlich sagen.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass die Bundesregierung mit Hochdruck dabei ist, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auszuwerten und Vorschläge für die zukünftigen Regelsätze vorzulegen.

Wir alle ahnen auch, dass sich der wichtige Satz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bewähren wird, dass nämlich die bisherigen Sätze nicht evident unzureichend sind. Ich darf diesen einen Satz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 mit Ihrer Zustimmung, Herr Präsident, hier wörtlich zitieren:

„Die in den Ausgangsverfahren geltenden Regelleistungen von gerundet 345, 311 und 207 Euro können zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht als evident unzureichend erkannt werden.“

So das Bundesverfassungsgericht. - Ganz ähnlich hat das ja sogar der Kollege Humke-Focks hier vorgetragen. Wie immer zieht er dann allerdings Schlüsse daraus, die der Logik entbehren. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen den Erkenntnissen aus dem Urteil und der Forderung, absolute Sätze von 500 Euro je Erwachsenen und Kind festzulegen.

Wenn es denn um die Frage geht, wie Menschen ihren Bedarf decken, muss ich an dieser Stelle noch einmal auf unsere Debatte aus dem Juni dieses Jahres zurückkommen, bei der Frau Helmhold, eine große Verteilungspolitikerin vor dem Herrn, uns an dieser Stelle erzählt hat, wie viele Schuhe ihre Kinder jährlich bekommen. Verehrte Frau Helmhold, ich muss sagen: Die Menschen, die mit ihrem Geld rechnen müssen, werden es

sich überlegen, ob sie ihren Kindern elf neue Paare Schuhe im Jahr kaufen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Selbst wenn sie es denn tun, gilt Folgendes: Die Palette, die Sie damals hier vorgetragen haben - das waren zwei Paar Halbschuhe, ein Paar Sommersandalen, vier Paar Puschen, wie Sie gesagt haben, zwei Paar Sportschuhe, ein Paar Gummistiefel und ein Paar Winterstiefel im Jahr -, ist für ein Budget von 80,55 Euro zu erwerben, wenn man es denn will.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Was?)

- Jawohl, 80,55 Euro, neuwertig. Sie wissen auch ganz genau, dass das Bundesverfassungsgericht in diesen Fragen ebenso wie das Bundessozialgericht festgestellt hat, dass nicht von vornherein immer ein Anspruch auf neuwertige Ware auch im Bereich Kleidung und Schuhe besteht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Da müssen Bezieher kleiner Einkommen - Bezieher von Sozialleistungen, insbesondere aber diejenigen, die keine Sozialleistungen beziehen, sondern mit jedem selbst verdienten Euro und jedem Cent sorgfältig rechnen müssen - den Cent mehrfach umdrehen, um solche Entscheidungen zu treffen, die Sie hier als normal und selbstverständlich verkauft haben. So geht es nicht!

Meine Damen und Herren, der Ausschuss empfiehlt mit klarer Mehrheit, den Antrag abzulehnen. Es gibt gute Gründe dafür. Ich bitte das Haus, dementsprechend abzustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kollege Riese, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Meyer?

Roland Riese (FDP):

Herzlich gern.

Rolf Meyer (SPD):

Herr Kollege Riese, finden Sie es nicht zynisch, wenn man davon ausgeht, dass man bestimmten Eltern eher doch nur gebrauchte Schuhe empfehlen sollte, und sagt, dass sie keine neuwertigen Schuhe kaufen sollten? Würden Sie Ihren Kindern denn gebrauchte Schuhe geben?

Roland Riese (FDP):

Verehrter Herr Meyer, ich darf Ihnen eine Anekdote aus meiner Kindheit erzählen.

(Oh! bei den GRÜNEN)

Ich bin Jahrgang 1960. Mein Vater war Realschullehrer. Meine Mutter erteilte stundenweise Unterricht, so gut sie das mit den drei und später vier Kindern, die sie hatte, konnte. Als ich das erste Mal eine eigene, neu gekaufte Hose hatte, war ich 15 Jahre alt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu dem Beitrag von Herrn Riese haben sich Herr Humke-Focks und Frau Helmhold zu Kurzinterventionen gemeldet. Als Erstem erteile ich Herrn Humke-Focks das Wort

(Unruhe)

- aber erst, wenn es ruhig geworden ist. - Vielen Dank. Jetzt können Sie zu Wort kommen.

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Riese, ich stelle fest, dass Sie gesagt haben, ein Anspruch auf neuwertige Sachen usw. usf. ergebe sich nicht für jeden Mann, jede Frau

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Jedes Kind!)

und vor allen Dingen jedes Kind. Auf der Grundlage der Beispiele, die Sie genannt haben - durch Ihre Recherche im Internet oder sonst wie haben Sie irgendwelche günstigen Angebote zusammengeklaut -, sage ich Ihnen:

(Zuruf von der CDU: In jeder normalen Familie werden Sachen von Geschwistern aufgetragen!)

Sie spalten die Gesellschaft weiter. Und Sie wollen, dass die Armut auch wirklich sichtbar wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was Sie einmal angefangen haben, nämlich mit Regelungen zu Zahnärzten etc. pp. dafür zu sorgen, dass die Armut wieder sichtbar wird, soll jetzt auch an den Kleidungsstücken noch sichtbar werden. Es ist unglaublich, was Sie hier angeführt haben.

Außerdem haben Sie gesagt, die Regelsätze seien nicht evident unzureichend, ihre Berechnung sei also nicht offensichtlich falsch. Sie müssen dann aber auch einmal sagen, in welchem Punkt bei der Berechnung denn noch Luft ist. Nennen Sie einmal Beispiele, an welchen einzelnen Punkten bei der Aufschlüsselung des Regelsatzes für Erwachsene von 359 Euro denn noch Spielräume bestehen und in welcher Weise das ausreichen soll! Sie werden sich noch wundern. Dass diese Regelsätze ausreichend sind, ist noch lange nicht geklärt. Dort ist auch nicht viel zu machen.

Sie haben auch gesagt - als letzte Bemerkung -, der Antrag sei nicht plausibel.

(Glocke des Präsidenten)

- Letzter Satz. - Offensichtlich haben Sie ihn nicht gelesen. Ich rate Ihnen zur Lektüre dieses Antrages. Wer liest, ist im Vorteil. Dann kommen Sie bitte zu Ihrem Urteil.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Die nächste Kurzintervention kommt von Frau Helmhold. Bitte schön, Frau Helmhold!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Kollege Riese, ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen, nämlich zum Ersten die Frage, ob Ihnen bekannt ist, dass Kinderfüße wachsen, und zwar relativ schnell. Deswegen ist die Beschaffung beispielsweise von zwei Paar Halbschuhen pro Jahr noch relativ tief gegriffen.

Zum Zweiten möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass es sehr wichtig ist, dass Kinder gutes Schuhwerk tragen, weil ihre Füße im Wachstum sind.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Deswegen ist es den Eltern wohl nicht zuzumuten und auch gar nicht möglich - wenn man nicht auf gebrauchtes Material zurückgreifen will, was sich verbietet -, zehn bis zwölf Paar Schuhe im Jahr für einen Satz von 80 Euro anzuschaffen. - Das waren meine Fragen.

Zum Dritten möchte ich Ihnen sagen, dass Ihre Äußerungen für den Vorsitzenden eines Sozialausschusses nach meiner Einschätzung so unan-

gemessen und daneben sind, dass ich es wirklich traurig finde.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Riese möchte antworten. Auch Sie haben eineinhalb Minuten Redezeit. Bitte sehr!

(Zurufe von der SPD: Es geht noch schlimmer! Bodenlos! - Weitere Zurufe)

- Einen kleinen Moment! Noch nicht! - Bitte schön!

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Politikerinnen und Politiker sind häufig dem Vorwurf ausgesetzt, sie seien abgehoben. Das gilt nicht nur für die Parlamentarier im Deutschen Bundestag, sondern das gilt auch für die Parlamentarier im Landtag. Nun bitte ich Sie, die Sie mich gerade so herzlich kritisiert haben, Sie, die es traurig finden, dass der Vorsitzende des Sozialausschusses gelegentlich mit einer Bürgerin und einem Bürger mit geringem Einkommen spricht und sich erkundigt, wie sie ihr Leben führen: Gehen Sie selbst hin, sprechen Sie mit denjenigen, die hart für ihr Geld arbeiten, die schlecht bezahlte Jobs haben, aber nicht als Aufstocker Sozialleistungen bekommen. Sprechen Sie mit denen und erkundigen Sie sich, wie sie es hinkriegen, auf ehrliche Weise mit ihrem Geld zurechtzukommen.

(Zurufe von der SPD und der Linken)

Dann werden Sie feststellen, dass es redlich arbeitende Menschen in Niedersachsen und in Deutschland nicht für eine Schande halten, für ihre Kinder auch einmal - gerade auch wenn die Füße so schnell wachsen - auf die Schuhe älterer Geschwister, des älteren Freundes oder so zurückzugreifen,

(Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

in der Schule zu tauschen, Tauschbasare zu besuchen, dass sie nicht das Mindeste dabei finden, diese Gegenstände in eBay oder auf dem Flohmarkt zu erwerben. Wir dürfen in unserer Abgehobenheit nicht den Eindruck erwecken, als könnten die Steuerzahler diese Märkte außer Kraft setzen und dieses Verhalten überflüssig machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Da vorne

steht ein Abgehobener am Mikro! -
Pfui-Rufe - weitere Zurufe)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nun hat sich Frau Ministerin Özkan zu Wort gemeldet. Bitte sehr, ich erteile Ihnen das Wort.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Sie muss sich erst einmal vom Vorredner distanzieren, wenn sie eine ernsthafte Sozialpolitik vertritt!)

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen jetzt wieder zurück zu den Regelsätzen. Ich glaube, das beruhigt etwas die Gemüter.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 9. Februar 2010 dem Gesetzgeber aufgegeben, die Höhe der Regelleistungen nach SGB II bis zum Ende des Jahres zu überprüfen und erforderlichenfalls neu festzusetzen. Das ist unser Auftrag. Das Verfassungsgericht hat dabei deutlich gemacht, in welchen Punkten das gegenwärtige Verfahren zur Erhebung und Bemessung dieser Regelsätze den gesetzlichen Anforderungen entspricht und an welchen Stellen der Gesetzgeber nachsteuern und nachbessern muss. Darum geht es.

Ich ergänze an dieser Stelle - denn der Einwand von Herrn Böhlke war richtig -: Das Bundesverfassungsgericht hat sich nicht dazu geäußert, ob die Höhe der Regelsätze heute zu niedrig oder gar zu hoch ist. Das ist nicht Gegenstand der Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben bereits erwähnt, dass wir morgen über die Regelsätze für die Kinder sprechen werden. Insofern klammere ich dieses Thema hier aus. Darauf sollten wir morgen eingehen.

In der Vergangenheit hat sich die Landesregierung - das wurde hier eben auch deutlich - auf Bundes- und Landesebene immer wieder für sachgerechte Lösungen bei der Bedarfsbemessung insbesondere für die Kinder eingesetzt. Ich möchte an dieser Stelle nur erwähnen, dass die Konferenz der obersten Sozialbehörden schon im Frühjahr 2009 eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat,

die sich mit den Anforderungen an die Regelsätze und die Regelsatzbemessung beschäftigt hat.

(Uwe Schwarz [SPD]: Was ist dabei herausgekommen?)

Niedersachsen hat sich daran beteiligt. Dieser Prozess geht weiter

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wie lange noch?)

und wird von uns konstruktiv begleitet.

Sie wissen, dass in den nächsten Wochen die Ergebnisse der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen werden. Diese bilden dann die Grundlage für die Festsetzung der Regelleistungen. Diese Ergebnisse müssen wir abwarten, wenn wir konkret über Zahlen und nicht nur über Schuhe und andere Dinge diskutieren wollen. Wir sollten erst einmal die konkreten Zahlen auf dem Tisch haben, und dann können wir uns nicht nur hier darüber konstruktiv unterhalten, sondern auch auf der Bundesebene.

Ich bin ganz zuversichtlich - das ist eben kritisiert worden; aber auch im Bundestag sitzen unsere gewählten Parlamentarier von unseren und von Ihren Fraktionen -, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden und am Ende verfassungskonforme Regelungen stehen werden.

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Özkan.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Eine konkrete Nebelkerze!)

Mir liegt eine weitere Wortmeldung der SPD-Fraktion vor. Herr Watermann, Sie haben eine Restredezeit von ca. zweieinhalb Minuten. Sie haben das Wort.

Ulrich Watermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass ich bei der Beratung zur Sozialgesetzgebung immer sehr leidenschaftlich für dieses Gesetz und seine Intentionen eingetreten bin. Ich muss wirklich sagen, dass ich mir bei der Art der Debatte mit Vergleichen, die ich nicht einmal ansatzweise als passend bezeichnen kann, wirklich große Sorgen mache, wie wir über diejenigen reden, die hier betroffen sind. Es geht

um Menschen, die in einer Notsituation sind, die trotz Arbeit ergänzende Leistungen bekommen, die in ihrem Leben in wirklich schwierigen Situationen sind, ganz gleich, ob sie Bezieher einer Leistung des Staates sind oder nur ein geringes Einkommen haben, die aber sehr wohl vernünftig entscheiden werden.

Aber dass wir uns hier in einer Parlamentsdebatte erdreisten zu sagen, ob mit 80-Komma-noch-was Euro Gebrauchtes oder Anderes gekauft wird, und dass das in die 60er-Jahre transportiert wird, Herr Kollege Riese, halte ich für absolut unangemessen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich bitte Sie sehr, auch in Ihrer Rolle als Vorsitzender des Sozialausschusses, noch einmal ganz genau zu überlegen, wann und zu welchem Zeitpunkt man Vergleiche ziehen sollte. Ich glaube, in der Politik haben wir, egal zu welcher Zeit, wirklich nie gut ausgesehen, wenn wir solche Vergleiche angestrengt haben.

Ich wünsche mir, dass wir eine gute Sozialgesetzgebung weiterentwickeln und dass wir uns den Betroffenen widmen, damit sie vernünftige Leistungen bekommen, von denen sie leben können. Ich möchte nicht, dass wir ihnen vorschreiben, wie sie das zu machen haben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Watermann. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/2513 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

- a) **Radverkehrskonzept für Niedersachsen - Mobilität, Klimaschutz, Tourismus, Gesundheit** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1645 -
- b) **Das Niedersachsenpferd aufs Rad setzen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Drs. 16/1789 - c) **Radfahren in Niedersachsen noch attraktiver machen - Zukünftige Radverkehrsförderung in Niedersachsen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2182 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/2757

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, die Anträge in geänderter Fassung anzunehmen.

Da eine Berichterstattung nicht vorgesehen ist, können wir gleich zur Beratung kommen. Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Tippelt das Wort. Bitte!

Sabine Tippelt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie viel Anstrengung seitens der Opposition nötig war, um der Regierungskoalition das Radfahren beizubringen. Nun sitzen jedoch hoffentlich alle fest im Sattel, und die Tour kann beginnen. Niedersachsen muss jetzt kräftig in die Pedale treten und wieder Fahrradland Nummer eins werden.

(Beifall bei der SPD)

Die gemeinsam getragene Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses ist dafür eine vernünftige Ausgangsbasis. Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass es die SPD-Fraktion war, die das Thema Radfahren auf die Agenda gesetzt hat.

(Zuruf von der CDU: Wann war das denn?)

Das geschah zweifellos nicht ohne Grund; denn die Potenziale in diesem Bereich sind immens. Leider war das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahren mehr passiver Beifahrer als aktiver Radfahrer, und zwar nicht nur aus unserer Perspektive. Die öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss gab meiner Fraktion recht; denn das Bild, das diese Anhörung zeichnete, war ein Denkmals für die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das Fazit der Verbände zur Politik der Landesregierung glich eher der Beschreibung eines alten Drahtesels mit platten Reifen als der eines funktionstüchtigen Trekkingrades.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Wie witzig!)

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens stellte u. a. fest, dass sich das Land mehr als bisher engagieren müsse,

dass der Wegfall des Gemeindefinanzierungsgesetzes des Bundes nicht dazu führen dürfe, dass das Land die Unterstützung des Radverkehrs reduziere, dass das im Jahr 2003 geplante landesweite Radfernwegenetz Niedersachsen bis heute in vielen Bereichen nicht umgesetzt worden sei und dass es in fast allen Bereichen, die den Radverkehr betreffen, an Koordination und Verantwortungsübernahme durch das Land fehle.

Die Region Hannover stellt darüber hinaus zwar fest, dass die Voraussetzungen zum Radfahren in weiten Teilen Niedersachsens gut seien, fügt aber sogleich hinzu - ich zitiere -: Inzwischen hat der Radverkehr in vielen Bundesländern jedoch einen wesentlich höheren Stellenwert als in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellt außerdem fest, dass sich aufgrund der zunehmenden Konkurrenz auf dem radtouristischen Markt auf Dauer nur qualitätsvolle Angebote mit gutem Service und professioneller Vermarktung durchsetzen werden. Hier ist Niedersachsen auf dem Weg, den Anschluss an andere Bundesländer zu verlieren, sodass besondere Anstrengungen erforderlich sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Landesregierung, eben diese Anstrengungen müssen nun unternommen werden. Das Land muss viel stärker als bisher eine zentrale und aktive Rolle bei der Förderung des Radverkehrs übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu sind optimale Rahmenbedingungen herzustellen. Wir brauchen eine einheitliche und flächendeckende Radverkehrsstrategie. Dazu gehören eine vernünftige Infrastruktur und ein System, das das Rad in Freizeit- und Alltagsnutzung gleichermaßen fördert. Eine Abstimmung mit den benachbarten Bundesländern ist hierfür vor allem an den Landesgrenzen unerlässlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der „Runde Tisch Radverkehr“ muss nicht nur grundsätzlich auf der Agenda der Landesregierung stehen, sondern sie muss ihn auch durchführen. Seit 2007 ist das nur einmal geschehen. Sehr verehrte Landesregierung, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen es sehr, dass sich neben der SPD-Fraktion auch die Verbände für einen zentralen

Ansprechpartner Radverkehr ausgesprochen haben. Das ist ein erster Schritt, um der bisher mangelnden Koordination in allen Bereichen des Radverkehrs Herr zu werden. Touristische Projekte, kommunale Netzwerke, Fachveranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit müssen gemeinsam in Angriff genommen werden. Insellösungen sind grundsätzlich zu verhindern.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung machen, die den Alltags- und Freizeitverkehr gleichermaßen betrifft: Radfahren kann nur dann eine gesundheits- und umweltfördernde Wirkung entfalten, wenn Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch dieser zentralen Aufgabe muss sich die Landesregierung mehr als bisher annehmen.

Verehrte Landesregierung, sehr geehrte CDU- und FDP-Fraktion, es hat lange gedauert, Ihnen aufs Rad zu verhelfen. Schlussendlich hat es ja nun einigermaßen geklappt. Darüber bin ich froh. Jetzt bleibt nur noch zu hoffen, dass auch die Landesregierung ihre Stützräder abschraubt und kräftig losradelt, damit Niedersachsen wieder Fahrradland Nummer eins wird.

Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Hagenah. Sie haben das Wort!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel unseres gemeinsamen Beschlusses ist, wie Frau Kollegin Tippelt gerade schon deutlich gemacht hat, leider noch mehr Wunsch als Realität in Niedersachsen. Entscheidend ist aber, dass sich alle Fraktionen hier im Haus nach einem Jahr Beratung darauf verständigt haben, das Radfahren attraktiver zu machen. Das ist ein Schritt nach vorn. Das finde ich sehr gut.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Sabine Tippelt [SPD])

Handlungsbedarf besteht natürlich weiterhin, an erster Stelle bei den vielen noch fehlenden Lückenschlüssen im Radwegenetz. Inzwischen geht es längst auch um eine angemessene Instandhaltung der Radwege, die häufig zu kurz kommt. Die-

sen und die folgenden Punkte gebe ich als Mittragsteller hier ausdrücklich als Auftrag an die Landesregierung zu Protokoll, um deutlich zu machen, dass wir nach dem heutigen Beschluss auch Ergebnisse sehen wollen.

Der Beschluss benennt klar die Instrumente, mit denen die weiteren Ziele der besseren Planung und Vernetzung für den Radverkehr realisiert werden sollen. Wir wollen eine personelle Verstärkung des Bereichs im Ministerium. Künftig soll sich ein Ansprechpartner um Themen rund um den Radverkehr kümmern und die konkret benannten Aufgaben verfolgen und realisieren. Mit einem regelmäßig tagenden runden Tisch zum Radverkehr sollen alle Radverkehrsbeteiligten wie Initiativen, Verbände, Kommunen, Polizei und Planer an den zukünftigen Schwerpunktsetzungen beteiligt werden.

Hervorheben möchte ich noch die gemeinsam vom Land geforderte Erarbeitung eines einheitlichen Routenplaners für Niedersachsen, der von interessierten Kommunen für ihre jeweiligen regionalen Projekte adaptiert und mitgenutzt werden kann. In der Anhörung wurde der Bedarf an einer internet-basierten Routenplanung von verschiedenen Seiten vorgebracht. Deutlich wurde auch, dass die benachbarten Bundesländer hierbei viel weiter sind als wir. Deshalb muss die Landesregierung schnell die Initiative ergreifen, damit es bei uns nicht zu einem unproduktiven Nebeneinander verschiedener Ansätze kommt, sondern Niedersachsen mit einem einheitlichen Routenplaner im Detail sowohl regional, aber auch auf Fernrouten mit dem Rad erkundet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Sabine Tippelt [SPD])

Ein mir besonders wichtiger Kritikpunkt der kommunalen Seite in der Anhörung war die Schwierigkeit mit den bei uns offenbar noch chaotisch unregelten und teuren Gestattungsverträgen, die die Kommunen für das Anlegen von Radwanderwegen von den Grundstückseigentümern in Niedersachsen einholen müssen. Offensichtlich sind Einrichtungen des Landes wie die Landesforsten, Frau Landwirtschaftsministerin, aber auch des Bundes wie z. B. die Bahn oder die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, Herr Verkehrsminister, bisher Vorreiter bei Preistreiberei und im Hochschrauben der Haftungsvorgaben an die planenden Kommunen. Sie sollen sie beeinflussen, das ordentlich zu machen, und zwar durch den im Antrag genannten wichtigen Schritt, dass das Land einen einheitli-

chen und ausgewogenen Gestattungsvertrag vorschlägt, der Richtschnur für die vielen Einzellösungen sein kann, die die Landkreise und Kommunen umsetzen müssen. Damit wollen wir den bürokratischen Aufwand und die Kosten für derartige Gestattungen senken. Sie geben dem ohnehin grundrechtlich verbrieften Betretungsrecht von Wald und Flur nur einen weiteren formalen Rahmen im Interesse der Radler.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss bedanke ich mich bei allen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit in dem Thema zum Wohle des Radverkehrs in Niedersachsen. Wir sollten das häufiger so machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Sabine Tippelt [SPD])

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - - Jetzt hat Herr Heineking das Wort. Ich bitte um Ruhe.

Karsten Heineking (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit 2002 fordert der ADFC, die Bedingungen für das Radfahren in Niedersachsen zu verbessern. Damals wurde die Landesregierung aufgefordert, mit einem Radverkehrsförderprogramm „Fahrradfreundliches Niedersachsen“ ihren Beitrag zum Nationalen Radverkehrsplan zu leisten. Defizite sollten behoben werden, und positive Ansätze sollten weiterentwickelt werden. In Niedersachsen sollte der Radverkehr systematisch und offensiv gefördert werden - so die Forderung des ADFC.

Im Jahre 2003, nach der Regierungsübernahme durch CDU und FDP, wurde die Investition in den Radwegbau wiederaufgenommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Förderung des Radverkehrs in Niedersachsen ist in fünf Handlungsfelder aufgeteilt: Radverkehrswege, Fahrradtourismus, Verkehrssicherheit, Radverkehr und öffentlicher Verkehr sowie Öffentlichkeitsarbeit.

25 % aller Radwege an Bundesstraßen liegen in Niedersachsen. Zwei Drittel der niedersächsischen Bundesstraßen haben einen gesonderten Verkehrsraum für Radfahrer. Im Schnitt werden 12 % der bundesweit jährlich zur Verfügung stehenden Bundesmittel für Radwege in Niedersachsen verbaut. Diese Mittel werden für den Erhalt oder die

Erweiterung des vorhandenen Radnetzes eingesetzt.

55 % unserer Landesstraßen haben einen straßenbegleitenden Radweg. Das sind mehr als 4 300 km.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Von 2003 bis 2007 hat das Land Niedersachsen 28 Millionen Euro in den Neubau von Radwegen an Landesstraßen investiert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Im Jahre 2008 haben wir noch einmal rund 6 Millionen Euro investiert. Im Jahre 2009 haben wir wieder 6 Millionen Euro plus 3,5 Millionen Euro für Erhalt und Sanierung vorhandener Radwege plus 2 Millionen Euro aus dem Aufstockungsprogramm der Landesregierung investiert.

Insgesamt sind in diesem Jahr rund 80 km Radwege im Bau. Die Bedarfsermittlung erfolgt nach dem Radwegebedarfsplan. Die Kriterien sind Schulwegsicherung, Lückenschluss, Unfallgeschehen, Verkehrsbelastung und touristische Aspekte.

In Niedersachsen wird der Neubau und Ausbau kommunaler Radwege nach dem Entflechtungsgesetz gefördert. Möglich ist die Förderung von Radwegen an Gemeindestraßen und von selbstständig geführten Radwegen. Die Zuschusshöhe beläuft sich auf 60 bis 75 % der Investitionskosten.

Es gibt einen Erlass zur Planung der Radwege, der die Eingriffsregelung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes vereinfacht. Planfeststellungen, gutachtliche Stellungnahmen der unteren Naturschutzbehörde sowie landschaftspflegerische Begleitpläne sind nicht erforderlich, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

In der EFRE-Förderperiode bis 2006 wurden für über 60 radtouristische Projekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt rund 7,66 Millionen Euro gewährt. Auch in der laufenden Förderperiode ist die Förderung touristischer Radwege mit zurzeit zwölf Projekten ein Schwerpunkt der Tourismusförderung des Landes.

Aus dem Programm „Natur erleben“ des MU wurden bisher 13 Projekte gefördert. Diese Projekte müssen einen Naturschutzbezug haben.

Korrespondierend hierzu fördert das ML den Radwegebau und den Ausbau landwirtschaftlicher Wege in ländlichen Gebieten nach der ZILE-Richtlinie.

Förderfelder des niedersächsischen Fahrradtourismus sind die Komplettierung des landesweiten N-Netzes sowie des bundesweiten D-Netzes, der Aufbau und die Vernetzung regionaler Radverkehrsangebote, die Vermarktung der radtouristischen Angebote sowie die Entwicklung von Mountainbikeangeboten. Neben dem Ausbau radtouristischer Basisinfrastruktur erfolgt auch die Entwicklung und Bereitstellung von Serviceangeboten.

Die Beschilderung von Radverkehrsrouten und die Wegweisung nach FGSV-Standard sind im touristischen Bereich fast vollständig. Es gibt ein Angebot für Satellitennavigation durch die LGN.

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist für Radfahrer von besonderer Bedeutung. Deshalb sind mit der Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung zum 1. September 2009 Änderungen der Vorschriften in Kraft getreten, die auch wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen für den Radverkehr beinhalten, z. B. eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Fahrradstraßen und die vereinfachte Öffnung von Einbahnstraßen und Sackgassen.

Zum Diebstahlschutz und zu den -bekämpfungsstrategien der Polizei ist darauf hinzuweisen, dass wir seit 2002 einen kontinuierlichen Rückgang der Diebstähle und einen Anstieg der Aufklärungsquote feststellen können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Seit 1996 verfügen alle Fahrzeugneubeschaffungen im Bereich des SPNV in Niedersachsen über Mehrzweckwagen, die für den Fahrradtransport vorgesehen sind. Diese Fahrzeuge kommen u. a. auf für den Fahrradtourismus interessanten Strecken zum Einsatz.

In der Öffentlichkeitsarbeit glänzt das Land Niedersachsen mit dem Landespreis „Fahrradfreundliche Kommune“. Weiterhin läuft die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ seit fünf Jahren unter der Schirmherrschaft des MS sehr erfolgreich.

Zusammengefasst kann man sagen:

Die Förderung des Radverkehrs erfolgt in allen maßgebenden, den Radverkehr bestimmenden Handlungsfeldern systematisch auf hohem Niveau. Beim Fahrradtourismus ist die Förderung konzeptionell an die Tourismusförderrichtlinie und die

strategische Ressortplanung gebunden. Der Radwegebau an Landesstraßen erfolgt nach dem Radwegebedarfsplan als landesweitem Radwegkonzept. Wo die unterschiedlichen Förderlinien der Häuser größere Berührungspunkte haben, gibt es regelmäßige Abstimmungsgespräche auf Arbeitsebene.

In vielen Bereichen nimmt der niedersächsische Radverkehr Spitzenpositionen ein. Mit unserem Radwegenetz liegen wir im Ländervergleich weit vorn. Niedersachsen zählt laut ADFC-Radreiseanalyse 2009 als Radurlaubsland zu den bundesweiten Spitzenreitern.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit der gemeinsamen EntschlieÙung in der Drs. 16/2757 wollen wir dieses hohe Niveau der Radverkehrsförderung in Niedersachsen weiter verbessern mit dem Ziel, die Anzahl der Radverkehrsteilnehmer signifikant zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Heineking. - Nun hat für die FDP-Fraktion Frau Kollegin König das Wort. Bitte schön!

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Heineking, dass Sie noch einmal die ganzen Zahlen aufgeführt haben. Dann brauche ich das hier nicht zu machen. Die sind nämlich ausgesprochen positiv.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

In den vergangenen Jahren ist der Radverkehr allgemein immer attraktiver geworden. Er erfreut sich einer uneingeschränkten Beliebtheit in der gesamten Bevölkerung unter sportlichem, gesundheitlichem, ökologischem, ökonomischem und touristischem Aspekt. Jung und Alt fahren wieder mehr Rad.

Als hätten wir es geahnt, haben CDU und FDP bereits nach der Regierungsübernahme die Finanzierung und Erweiterung der Radwege wiederaufgenommen.

Heute stehen wir mit 3 800 km Radwegen an Bundesstraßen und 4 400 km an Landesstraßen bundesweit ganz vorne. Immerhin sind 13 % des Gesamtverkehrs Radfahrer; diese Zahl liegt weit über dem Bundesdurchschnitt.

Nun wollen wir den Bestand weiterentwickeln und so auch der stetig steigenden Nachfrage begegnen. Dazu haben wir uns auf wichtige Projekte geeinigt.

Schon mit der Auslobung „Fahrradfreundliche Kommune“, an der sich bislang 60 Städte und Gemeinden sowie 18 Landkreise beteiligten, erreichen wir eine gute Zusammenarbeit, die vor allem auch effizient ist.

Wir wollen darüber hinaus bestehende Radwege über Gemeinde- bzw. Privatwege an das Fernnetz anbinden und auch hier die verbesserte Anpassung an Routenplaner vorantreiben, und das nicht nur niedersachsenweit, Herr Hagenah, sondern allgemein, auch bundesweit.

Gerade der touristische Aspekt zielt heute in diese Richtung. Immer neue Tourenkarten kennzeichnen die unterschiedlichsten Radwanderrouten und verbinden touristische Besonderheiten mit Rundwegen oder auch Langstrecken, die über mehrere Tage - mit Übernachtungen - gestaffelt werden können. Die gibt es auch schon des Längeren.

Darüber hinaus vernachlässigen wir die Schulradwege und Anbindungen für Berufspendler nicht. Herr Heineking hat gerade das Programm „Mit dem Rad zur Arbeit“ genannt; da sind wir weit vorgekommen. Es müssen also auch Aspekte der Parkmöglichkeiten und der Services weiterhin angegangen werden.

Weitgehende Anpassungen sollen durch Netzwerke, runde Tische, Beratungen und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Auch das beinhaltet die EntschlieÙung.

Wir stellen uns hier einer Zukunftsperspektive mit hohem Entwicklungspotenzial - ein wichtiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Kollegin König. - Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Weisser-Roelle zu Wort gemeldet. Bitte!

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Radtourismus und auch das Rad als ständiges Verkehrsmittel werden bei der jüngeren, aber auch bei der älteren Generation immer beliebter. Radfahren liegt auch deshalb im Trend, weil es gesund ist und die Fitness fördert. Wer Fahrrad

fährt, kann sich einen Ausgleich zum Berufs- und Alltagsstress schaffen. Radverkehr ermöglicht Mobilität unabhängig von Einkommen und Alter, ist kostengünstig, umweltfreundlich, leise und beansprucht wenig Fläche.

Bei der zunehmenden Zahl von Fahrradfahrern sind zwei unterschiedliche Zielgruppen zu beachten: der Fahrradnutzer im Alltag und die eher touristisch orientierten Radler. Durch die Förderung des Fahrradverkehrs in den Kommunen können viele Autofahrten im Kurzstreckenbereich durch ein attraktives Radwegenetz wegfallen. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf die Pendler gerichtet werden. Speziell der Weg aus dem Zentrum einer Gemeinde oder den einzelnen Stadtteilen hin zum Bahnhof bedarf immer noch einer genaueren Betrachtung.

Ein weiterer Ansatz zur Förderung des Fahrradverkehrs ist der kontinuierliche Ausbau eines regionalen und überregionalen Radwegenetzes. Hier lassen sich die verschiedenen touristischen Potenziale einer Kommune optimal mit einem sanften Tourismus koppeln, der ohne große Staus und Parkplatzfläche auskommt.

Unbestritten ist, dass in Niedersachsen auf dem Gebiet des Fahrradtourismus und der Entwicklung von Radwegenetzen in den letzten Jahren einiges passiert ist.

(Zuruf von der CDU: Ja, weil wir die richtige Regierung haben!)

Trotzdem kommen wir bei bestimmten Problemen nicht oder nur sehr langsam voran. Ich nenne einmal einige Punkte: Wenn wir den Fahrradverkehr fördern wollen, dann brauchen wir z. B. überall Verkehrsschulen, in denen alle Kinder rechtzeitig lernen, sich sicher mit dem Fahrrad im öffentlichen Verkehr zu bewegen.

(Zuruf von der CDU: Was meinen Sie, was an den Grundschulen passiert?)

Wenn wir den Fahrradverkehr fördern wollen, brauchen wir eine durchgängige barrierefreie Infrastruktur in den Kommunen, und wir sollten aufhören mit der Ausdünnung von Bahnen und anderen öffentlichen Verkehrsträgern und -linien.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiterhin sollten barrierefreie Bahnhöfe Pflicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen überall fahrradfreundliche Städte und Gemeinden mit entsprechenden Wegen, Verkehrswegeeinrichtungen und auch Abstellplätzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen des Wettbewerbs „Fahrradfreundliche Kommune“ haben sich in diesem Jahr sechs Städte um den Titel beworben. In die Endrunde kamen die vier Städte Oldenburg, Emden, Lüneburg und Hannover. Sehr eindrucksvoll konnten wir Jurymitglieder bei der Bereisung erleben, dass viele der von mir genannten Punkte dort bereits umgesetzt waren. Ich möchte noch erwähnen: Leider hat nur die Opposition dieses Hauses diese Städte mit besucht.

Nachahmenswert war diese Entwicklung auch für andere Städte und Gemeinden. Herr Minister Bode, diese Städte und Gemeinden benötigen die Unterstützung des Landes. Ein freundliches Gratulieren der Finalisten mit einem Blumenstrauß von Ihnen reicht da beileibe nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

In Niedersachsen das Radfahren noch attraktiver zu machen, ist das Ziel der Anträge von CDU und FDP, Bündnis 90/Die Grünen und auch der SPD. Die darin angestrebten Ziele werden von der Linksfraktion unterstützt. Wir stimmen der Empfehlung zu.

Aus meiner Sicht möchte ich auch noch sagen: Ich fand die Diskussion dazu im Ausschuss sehr erfreulich. Wir haben konstruktiv diskutiert. Ich meine, das ist nachahmenswert. Wir sollten das bei anderen Punkten auch so machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat sich von der Landesregierung Herr Minister Bode zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich, dass zu diesem wichtigen Thema ein gemeinsamer Änderungsantrag der vier Fraktionen zustande gekommen ist und auch die Fraktion der Linken heute erklärt hat, dass sie diesem Änderungsantrag zustimmen will. Es ist das erste Mal, seitdem wir darüber diskutieren, dass bei dieser Frage ein Konsens der Abgeordneten erreicht werden konnte. Das ist auch gut so; denn das Thema Radverkehr hat kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Dieser Trend wird auch in Zukunft

so weitergehen; denn das Fahrradfahren kostet wenig. Es ist freundlich zur Umwelt, und es ist auch gut für die Gesundheit. Ich glaube, dem einen oder anderen - mich eingeschlossen - würde es ganz gut tun, wenn er öfter Fahrrad fahren würde. Ich habe es das letzte Mal am Sonntag getan. Das sollten wir alle vielleicht ein wenig öfter tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten auch mehr Menschen dazu motivieren, gerade bei kurzen Strecken auf das Fahrrad umzusatteln. Niedersachsen bietet die besten Voraussetzungen dafür. Denn in keinem anderen Bundesland gibt es mehr Radwege als bei uns in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Strecke aller Radwege ist so lang, dass Sie in Niedersachsen jahrelang Fahrrad fahren könnten, ohne den Radweg verlassen zu müssen. Wenn man einen touristischen Radweg nutzt, dann kann man sich am Radweg auch noch verpflegen. Bezüglich des Schlafens brauchen wir vielleicht noch eine innovative Idee. Aber unser Radwegenetz ist so lang, dass wir jahrelang darauf fahren könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Boom gibt es auch beim Fahrradtourismus. Die Branche boomt. Es ist im Tourismusbereich ein echter Wirtschaftsfaktor, den wir weiterentwickeln müssen. Das heißt, das Land muss fahrradfreundlich sein. Erforderlich dazu sind natürlich ein lückenloses Radverkehrsnetz, Fahrradabstellanlagen, Radverkehrswegweisung und sichere Fahrräder. Das sind Dinge, die hier heute genannt worden sind. Wir freuen uns, dass viele Kommunen bei dem Wettbewerb „Fahrradfreundliche Kommune“ mitmachen. Natürlich ist es immer ein Ansporn, das Preisgeld zu bekommen. Das Gute ist aber, dass auch diejenigen, die es nicht ganz geschafft haben, die Maßnahmen zum Großteil umgesetzt haben und dass viele kleine Dinge, die manchmal gar nicht viel Geld kosten, stattfinden mit der Folge, dass Niedersachsen fahrradfreundlicher wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann also sagen: Niedersachsen meint es ernst damit, den Radverkehr voranzubringen. Wir werden die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Bode. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/1645, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1789 sowie den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2182 in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

Mediengebühr pro Haushalt statt Rundfunkgebühr pro Gerät - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1700 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/2764 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2806

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Mit ihrem Änderungsantrag zielt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf eine Änderung ihres eigenen Antrages.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Helmhold das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich geglaubt, es könnte so harmonisch weitergehen und ein weiterer gemeinsamer Antrag verabschiedet werden. Vielleicht klappt es ja noch, wenn Sie sich unserem Änderungsantrag anschließen. Ich werde jetzt einmal erklären, warum ich eigentlich so guter Hoffnung war und auch noch ein bisschen bin.

Wir haben Ihnen im September 2009 einen Entschließungsantrag mit dem Ziel vorgelegt, dass der Landtag in der Diskussion um den Rundfunkgebührenstaatsvertrag eine Positionsbestimmung

vornehmen möge. Ich fand es richtig, dies sehr frühzeitig zu tun; denn wir haben hier schon sehr oft darüber gesprochen, dass es immer ein bisschen blöd ist, wenn die Staatsverträge fertig sind und der Landtag dann anfängt, darüber zu diskutieren. Auch der damalige Ministerpräsident hat in einer Debatte gesagt, auch er finde das doof,

(Zuruf von der CDU: „Doof“ hat er nicht gesagt!)

wir sollten das doch lieber etwas frühzeitiger machen.

Unser Antrag vom September 2009 enthielt Eckpunkte. Wir haben gesagt, der Informations- und Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann nur mit ausreichender finanzieller Ausstattung durchgesetzt werden. Deswegen brauchen wir eine Finanzierung durch Gebühren. Aber die derzeitige Gebühr leidet unter sinkender Akzeptanz. Sie ist mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand und einem sehr hohen Kontroll- und Überwachungsaufwand verbunden und berücksichtigt die neuen Empfangsmöglichkeiten nicht, weil sie an Geräte gekoppelt ist. Deshalb haben wir vorgeschlagen, pro Haushalt eine Mediengebühr zu erheben. Dies soll aufkommensneutral erfolgen. Die privaten Haushalte sollen also weiterhin 91 % und die Wirtschaft 9 % des Volumens erwirtschaften. In Bezug auf die Wirtschaft haben wir vorgeschlagen, das branchenspezifisch und von der Mitarbeiterzahl abhängig zu machen. Die Bedarfsermittlung sollte weiterhin durch die KEF erfolgen.

Wie ging es dann weiter? - Das Papier kam direkt in den Ausschuss und wurde dort geschoben und geschoben. Dann wurde gesagt, wir wollen erst einmal das Kirchhof-Gutachten abwarten. Das Kirchhof-Gutachten kam im April und deckte sich genau mit unseren Vorschlägen. Ich fand, dass die Not da schon ziemlich groß war. Man hätte ja eigentlich zustimmen können. Aber das ging immer noch nicht. Warum? - Weil sich die Mehrheit an dieser Stelle leider weigert zu gestalten. Sie wollten gerne abwarten, bis die Eckpunkte der Ministerpräsidenten vorliegen. Ich habe gedacht: Gut, meinethwegen warte ich das auch noch ab; denn ich bin ja ein geduldiger und konstruktiver Mensch.

(Widerspruch bei der CDU - Norbert Böhle [CDU]: So sind Sie!)

- So bin ich! Herr Schobert wird bestätigen, dass ich in dieser Debatte wirklich sehr friedlich und konstruktiv gewesen bin.

Seit Juni liegen die Eckpunkte der Ministerpräsidenten vor. Und, oh Wunder, auch sie decken sich mit unserem Vorschlag. Von da an war die Not aber echt groß. Was sollte man jetzt mit unserem Antrag machen? - Dann ist mir vorgeschlagen worden: Wir machen einen gemeinsamen Antrag. - Ich habe dafür sogar einen Entwurf bekommen, der sich von unserem nicht viel unterschieden hat. Das Wort „Mediengebühr“ war überall durch „Rundfunkbeitrag“ ersetzt worden, weil das jetzt in den Eckpunkten der Ministerpräsidenten steht. Damit kann ich wirklich leben. Diese Änderung fand ich gar nicht schlimm. Außerdem gab es ein paar kleine Umformulierungen zu Aussagen, die im Eckpunktepapier anders, aber nicht inhaltlich anders gefasst waren. Ich habe gesagt: Das machen wir. Wir machen einen gemeinsamen Antrag. - Dann hieß es: Ja, aber dazu müssen wir erst Ihren Antrag ablehnen. - Daraufhin habe ich gesagt: Gut, meinethwegen auch das.

In der Sitzung verhielt es sich folgendermaßen: Sie hatten Parteitag in Lingen und waren nicht mehr ganz vollzählig. Damit unser Antrag abgelehnt werden konnte, hat sich die SPD freundlicherweise der Stimme enthalten.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Jetzt kommt aber von Ihnen kein Änderungsantrag und kein gemeinsamer Antrag, überhaupt nichts! Das finde ich jetzt irgendwie nicht mehr ganz so witzig.

Weil ich aber ein konstruktiver Mensch bin, habe ich Ihnen einen Änderungsvorschlag zu unserem eigenen Antrag vorgelegt, der sich mit dem deckt, was Sie vorgeschlagen haben, und der quasi 1 : 1 die Positionen der Ministerpräsidenten in ihren Eckpunkten wiedergibt.

Ich bitte sehr herzlich darum, sich nicht mehr mit dem Ursprungsantrag zu beschäftigen, in dem noch von „Mediengebühr“ die Rede ist - das ist alles falsch; die Ministerpräsidenten wollen, dass es „Rundfunkbeitrag“ heißt; das finde ich völlig in Ordnung -, und bitte Sie um Zustimmung zu dem Änderungsantrag, damit wir jetzt endlich zu der gewünschten Gemeinsamkeit kommen können.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Enno Hagenah [GRÜNE]: Nun aber los, CDU!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nun hat sich von der SPD-Fraktion Frau Kollegin Behrens zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Los, David McAllister, gib dir einen Ruck! - Gegenruf von Ministerpräsident David McAllister: Das Parlament! - Heiterkeit - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Da steht doch nichts Böses drin! - Gegenruf von Ministerpräsident David McAllister: Ich weiß! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das können wir auch noch einmal auf morgen verschieben!)

- Frau Helmhold, vielleicht gehen Sie so lange mit dem Ministerpräsidenten hinaus und klären das.

Frau Kollegin Behrens, Sie haben jetzt das Wort.

Daniela Behrens (SPD):

Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Helmhold hat den Zirkus, den wir in den letzten Monaten dazu im Ausschuss erlebt haben, sehr schön beschrieben. Auch ich war heute Morgen sehr überrascht, als ich im Internet in den Drucksachen den Änderungsantrag der Grünen sah und mich fragte, was aus unserem vereinbarten gemeinsamen Änderungsantrag geworden war. Ich fand es sehr schade, dass sich der Kollege Schobert, der in seiner Fraktion für diesen Änderungsantrag wohl sehr gekämpft hat, nicht durchgesetzt hat. Warum hat er sich nicht durchgesetzt? - Das bleibt unsere Vermutung.

Ein großer Baustein in der derzeitigen Debatte über die neue GEZ-Gebühr ist die Frage der Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen, des Handwerks und der Wirtschaft. Ich glaube, das war einer der Hauptpunkte. Das Handwerk, viele Unternehmen und auch die Hoteliers sind zurzeit sehr viel unterwegs, um die gemeinsame Mediengebühr, die wir gerade partei- und länderübergreifend auf den Weg bringen werden, zu verhindern.

Dabei ist sie eine nachhaltige und zukunftssträchtige Gebühr, die dafür sorgt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachhaltig abgesichert wird und dass der Rundfunk auf allen Wegen unabhängig davon, welches Gerät man hat, empfangen werden kann. Die Wohnungsgebühr soll dafür sorgen, dass die Schnüffelei der GEZ hinter den Haustüren endlich aufhört. Dann ist es egal, wie viele Leute in der Wohnung wohnen und wie viele

Geräte in der Wohnung stehen. Alles wird sehr viel einfacher.

Ein bisschen komplizierter wird es sicherlich für die Unternehmen. Für sie gibt es eine Staffelung, die alle Ministerpräsidenten vereinbart haben. Es gibt ein Eckpunktepapier mit Regelungen, die vorsehen, dass gestaffelt nach der Anzahl der Mitarbeiter natürlich auch die Unternehmen zu dem Aufkommen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühr beitragen müssen.

Denn, geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie daran erinnern, dass zurzeit 91 % der Einnahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus dem Privatbereich und 3 % aus dem öffentlichen Bereich kommen und der Rest auf das Handwerk und die Wirtschaft entfällt. Daran soll sich nichts ändern.

Auch die Wirtschaft ist Teil der Gesamtgesellschaft und hat eine Pflicht, sich an der Finanzierung des wichtigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beteiligen. Deswegen kann ich die Debatten, in denen gesagt wird, dass wir die Wirtschaft nicht über Gebühr belasten dürfen, nicht verstehen; denn die Wirtschaft ist gar nicht über Gebühr belastet. Wir müssen nur darauf achten, dass wir bei den kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu Verschiebungen kommen, die vor Ort große Schwierigkeiten bereiten. Es ist aber noch genug Zeit, das zu beeinflussen.

Ich hätte mich gefreut, wenn die Kollegen von der CDU in einem gemeinsamen Änderungsantrag z. B. diese Ängste formuliert hätten und wir unseren Ministerpräsidenten Ende dieses Monats in die Beratungen hätten schicken und ihm den Auftrag erteilen können: Bitte kümmere dich auch um das Thema kleine und mittlere Unternehmen!

(Beifall bei der SPD)

Das verbleibt heute. Das kriegen wir nicht hin, weil es keinen gemeinsamen Änderungsantrag gibt und sich der Landtag in der wichtigen Debatte um die neue Mediengebühr wieder einmal abmeldet, weil es keine Äußerung aus diesem Landtag gibt, sondern wir dies der Landesregierung überlassen. Deswegen kann ich nur an die Ausführungen meiner Kollegen von vorhin anschließen. Auch in diesem Fall meldet sich unser Landtag ab. Wir debattieren zwar darüber, sind aber zu keinem Ergebnis gekommen.

Die SPD unterstützt den Antrag der Grünen. Wir hätten uns vielleicht noch gewünscht, dass wir

einen Satz zum Thema „GEZ“ hätten aufnehmen können. Das ist jetzt aber auch egal.

Wir sind gespannt, wie die Beratung weitergeht. Wenn die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag heute nicht zustimmt, meldet sie sich in der medienpolitischen Debatte wieder einmal ab, bleibt weit hinter dem zurück, was zwischen den Ländern ohnehin schon vereinbart ist, und lässt im Grunde genommen auch ihren eigenen Ministerpräsidenten im Regen stehen; denn schon sein Vorgänger hat das Papier mit unterzeichnet. Von daher bin ich sehr gespannt, ob es Ihnen, Herr McAllister, Angst macht, wenn Sie sich in dieser Debatte nur auf die Unterstützung von SPD, Grünen und Linken verlassen können, während Ihre eigene Fraktion dazu gar nichts sagen will. Das ist aber Ihr Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD,
bei den GRÜNEN und bei der LIN-
KEN)

Also, meine geehrten Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie dem Antrag der Grünen zu! Dann haben wir eine qualifizierte Äußerung aus Niedersachsen zum neuen Gebührenmodell. Wir setzen dann ein gutes Zeichen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir wollen, dass er auf allen Kanälen geräteunabhängig empfangen werden kann. Ich finde, das ist auch für den NDR ein gutes Zeichen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei
den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Behrens.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Das Thema
ist beim MP in sehr guten Händen!)

Herr Schobert hat jetzt das Wort.

Wittich Schobert (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Behrens, ich finde es schön, dass Sie sich um unseren Ministerpräsidenten sorgen. Man kann es aber nicht oft genug sagen, dass wir wissen, dass unser Ministerpräsident David McAllister uns auch in Medienfragen in Deutschland im Konzert mit den anderen Bundesländern hervorragend vertritt und weiß, was für Niedersachsen wichtig ist,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und dass er diese Position auch zukünftig natürlich mit unserer vollsten Unterstützung so vertreten wird und vertreten kann.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Jetzt
kommen wir aber mal zum Ernst!)

Weil wir hier im Landtag bereits in den vergangenen Jahren intensiv darüber diskutiert haben, ist uns nicht verborgen geblieben, dass wir in der Frage des Gebühreneinzugs und in der Frage des Gebührenmodells im Bereich der GEZ endlich vor einer entscheidenden Änderung stehen. Wenn man bedenkt, dass dieser Wechsel nach Jahrzehnten stattfindet, dann bedeutet das für uns, dass wir auch vor neuen Herausforderungen und neuen Diskussionen stehen. Da wir die Tragweite der Diskussion kennen, ist es für uns als CDU-Fraktion wichtig, dass wir in unserer Fraktion diese Diskussion zu Ende führen, bevor wir uns hier im Landtag abschließend zu diesem neuen Rundfunkmodell äußern.

Es ist bereits klar, dass insbesondere die Verbraucher die Gewinner bei der Diskussion sind, die wir über die Neuordnung der Rundfunkgebühren führen. Warum? - Weil wir mehr Gerechtigkeit bekommen, weil wir keine GEZ-Schnüffler mehr haben und weil viele Dinge, die immer wieder dafür gesorgt haben, dass wir Petitionen von aufgebrachten Bürgerinnen und Bürgern bekommen haben, nach dieser Reform der Vergangenheit angehören werden. Das ist ein großes gemeinsames Ziel, das wir alle zusammen erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diesen grundsätzlichen Systemwechsel haben die Ministerpräsidenten der Länder am 10. Juni dieses Jahres eingeleitet. Dabei wurden folgende Eckpunkte festgelegt: der grundsätzliche Wechsel des Gebührenmodells. Es wurde festgelegt, dass die finanziellen Belastungen für die privaten Haushalte nicht steigen sollen. Und es wurde festgelegt - ich erwähnte es; dies ist ganz wichtig -, dass die GEZ-Schnüffelei aufhört.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist
doch nicht wahr!)

- Das ist wahr!

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Nein!)

- Doch!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Bei euch
sollte man öfter schnüffeln!)

Darüber hinaus gibt es - auch dazu haben wir Petitionen erhalten - Änderungen z. B. dahin gehend, dass künftig eine GEZ-Gebühr nur für eine Wohnung fällig wird ganz egal, wie viele Personen in dieser Wohnung leben. Das würde beispielsweise bedeuten, dass ein Kind, das noch bei seinen Eltern in einer gemeinsamen Wohnung wohnt, aber bereits über ein eigenes Einkommen verfügt, eben nicht, wie bisher, Rundfunkgebühren zahlen muss, sondern im Grunde genommen an der Zahlung der Eltern für die Rundfunkgebühr in der gemeinsamen Wohnung partizipiert.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ein sehr guter Vorschlag!)

Wir haben eine Regelung in Bezug auf die Arbeitszimmer - Sie erinnern sich; auch das hatten Petitionen, die wir im Medienausschuss behandelt haben, zum Inhalt -, dass die beruflich genutzten Arbeitszimmer in einer Wohnung nicht mehr einer gesonderten Gebühr unterliegen. Und wir haben die notwendige Regelung, dass es bei sozialen Härtefällen nach wie vor die Möglichkeit einer Befreiung von den Rundfunkgebühren gibt - ganz wichtig -, aber - das ist neu - dass diese Befreiung acht Wochen rückwirkend ausgesprochen werden kann. Sie wissen das. Bisher war die Situation so, dass die Befreiung erst wirksam gewesen ist, nachdem der Antrag gestellt worden ist. Künftig kann die Befreiung acht Wochen zurückdatiert erfolgen. Das ist gerade für den sozialen Bereich unheimlich wichtig.

Nun zu den anderen Fällen. Man kann sagen, dass 7 % nicht viel sind. Wir halten es schon für wichtig, wie sich die 7 % Gebührenaufkommen im Bereich der Wirtschaft staffeln; denn wir haben es hier mit Wirtschaftsunternehmen zu tun, die wahrhaftig zum Teil mit jedem Euro rechnen müssen.

Auf der einen Seite haben wir zwar den Vorteil, dass wir das Arbeitszimmer - ich erwähnte es - in der privaten Wohnung nicht mehr zur Gebührenpflicht zählen, und auch den Vorteil, dass die Kleinstbetriebe merklich entlastet werden. Ein Kleinstbetrieb mit weniger als vier Beschäftigten zahlt zukünftig nur noch ein Drittel Rundfunkgebühr. Auf der anderen Seite haben wir aber auch andere Bereiche wie z. B. das Kfz-Handwerk und Autovermietungen - diese Beispiele konnten wir ja lesen -, und es sind auch Baugeräte betroffen, wie z. B. Bagger und Kräne, die mit so großem Lärm verbunden sind, dass dort garantiert niemand mehr Radio hören kann. Natürlich sind wir dem Handwerk sehr dankbar dafür, dass es uns darauf auf-

merksam macht. Wir haben Berechnungsbeispiele, nach denen z. B. ein kleiner Bäckereibetrieb mit drei, vier oder fünf Filialen und vier Autos auf einmal anstatt 215 Euro Rundfunkgebühr im Jahr 600 Euro und vielleicht noch mehr bezahlen muss. Wir wissen: Wir haben dort eine Schieflage, über die wir intensiv diskutieren müssen, damit diese Belastung nicht so groß wird, dass wir nachher ganz andere Dinge haben, die wir politisch nicht wollen, nämlich letztendlich eine zu große Belastung für unsere mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch wenn wir heute keinen Antrag verabschieden werden, heißt das nicht, dass wir nicht weiterhin in intensiven Gesprächen bleiben; das wissen Sie. Ich habe vorhin schon erwähnt, dass gerade in diesen Punkten die Zusammenarbeit mit unserer Staatskanzlei, mit unserem Ministerpräsidenten, aber auch im Ausschuss sehr gut ist.

Ich freue mich darauf, dass wir in den nächsten Wochen intensiv über die Unwuchten diskutieren werden, die ich gerade genannt habe, nämlich die Beispiele im Bereich des Handwerks, und dass dann am Ende des Weges eine Rundfunkgebühr da ist, die endlich wieder transparent ist, die von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird und die die Qualität unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichert, sodass wir dann alle gemeinsam sagen können, ganz egal, von welcher Seite wir uns genähert haben: Das haben wir gut gemacht!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Auf den Kollegen Wittich Schobert habe ich zwei Kurzinterventionen. Zunächst von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Helmholt für exakt anderthalb Minuten. Bitte schön!

Ursula Helmholt (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Schobert, Sie haben hier dargestellt, dass Ihre Fraktion an verschiedenen Stellen noch Beratungsbedarf hat. Leider haben Sie das im Ausschuss nicht zur Diskussion gestellt, aber das macht ja nichts.

Ich bin sehr fürs Diskutieren. Deswegen möchte ich beantragen, dass wir das gemeinsam tun, dass

wir diesen Antrag in den Ausschuss zurücküberweisen und dass Sie ihn heute nicht ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Das hat auch etwas damit zu tun, dass Sie, wenn Sie den Antrag heute ablehnen, den Ministerpräsidenten quasi zwingen, die Eckpunkte wieder aufzukündigen; denn in dem Antrag steht ja beispielsweise:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der bisherigen Rundfunkgebührenerhebung ... pro Gerät einzusetzen.“

Das steht in den Eckpunkten drin. Wenn Sie das heute ablehnen, bekommt Ihr Ministerpräsident ein ziemliches Problem.

Oder:

„Die Mediengebühr ... soll so ausgestaltet werden, dass Haushalte eine einheitliche Gebühr zahlen.“

Exakt das steht darin. Ich finde es wirklich schwierig, wie Sie hier Ihrem Ministerpräsidenten sozusagen in die Parade fahren und diese Selbstverständlichkeiten ablehnen.

(Reinhold Coenen [CDU]: Ihre Fürsorge ist unbeschreiblich!)

Lassen Sie uns doch gemeinsam weiter diskutieren! Wir geben das Ding einfach in den Ausschuss zurück. So viel Geduld bis zum nächsten Plenum habe ich noch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Nun hat ebenfalls zu einer Kurzintervention Frau Kollegin Behrens von der SPD-Fraktion auch für anderthalb Minuten das Wort.

Daniela Behrens (SPD):

Frau Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Helmhold, wir können den Antrag natürlich wieder zurücküberweisen. Wir können auch die nächsten zwei Jahre über dieses Thema diskutieren. Aber ich finde, man sollte, wenn man in der politischen Entscheidung steht, schon zu dem Zeitpunkt diskutieren, wenn es insgesamt in Deutschland entschieden wird. Ende dieses Monats wird der erste Entwurf des Rundfunkänderungsstaatsvertrages zu diesem Thema von der Ministerpräsidentenkonferenz auf den Weg gebracht. Dann kann man immer noch darüber debattieren, ob wir uns über die Staffelung bei den Betrieben noch einmal intensiv unterhalten, um dort bestimmte Härten abzufedern.

Aber insgesamt muss doch das Thema Mediengebühren für diesen Landtag und für den Ausschuss parteiübergreifend nicht zur Diskussion stehen. Daher ist es eigentlich unsinnig, jetzt das Fass noch einmal neu aufzumachen, sondern wir sollten diesen Antrag heute beschließen. Dann sollten wir uns darüber verständigen, dass wir über das Thema „wirtschaftliche Belastung“ im Ausschuss noch einmal reden und auch mit dem Ministerpräsidenten darüber sprechen.

Wir können gerne darüber diskutieren. Aber wenn die Entscheidungen bereits an uns vorbeigegangen sind, dann nützt auch die beste Debatte nicht mehr viel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Schobert möchte antworten. Sie haben ebenfalls anderthalb Minuten. Bitte schön!

Wittich Schobert (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Frau Helmhold! Wir sind sehr gerne bereit, diesen Antrag erneut im Ausschuss zu beraten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat sich Frau Kollegin Flauger für die Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Beratungsprozess möchte ich mich nicht weiter äußern, sondern ich möchte auf das Thema Haushaltsgebühr eingehen.

Lange wurde über eine Reform der Rundfunkgebühr gesprochen. Die Öffentlichkeit konnte aus der Diskussion den Eindruck gewinnen, dass die GEZ jetzt ihrem verdienten Ende zugeht. Sie ist ja immerhin oft wegen ihrer Schnüffeleien bis weit ins

Privatleben hinein kritisiert worden, und das oft auch zu Recht.

Einfacher sollten die Gebühren werden, besser, unbürokratischer. Viele haben sicherlich auch auf ein gerechteres System gehofft. Nun liegt das Modell vor: ein neuer Rundfunkgebührenstaatsvertrag - ein schönes Wort - unschöner Inhalt.

Jetzt soll es eine Haushaltsgebühr geben. Was wird damit besser? - Kurz gesagt: nichts. Eine Menge Unklarheiten kommen dazu, z. B. in der Frage, was denn ein Haushalt ist und wer Gebührenschuldner ist. Ist das eigene Zimmer eines volljährigen Kindes in der elterlichen Wohnung ein Haushalt? Diese und andere Fragen bleiben offen und wurden nicht zu Ende gedacht. Die Antworten gehen aus dem Entwurf nicht hervor.

Die GEZ wird es in der Sache nach wie vor geben. Es ist dann von einer nicht rechtsfähigen Verwaltungsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Rede.

Gegen die geplante Speicherung von noch mehr Daten müssten die Datenschutzbeauftragten der Länder Sturm laufen, aber diese wurden noch nicht gefragt.

Wer wo und in was für Mietverhältnissen wohnt, jeder Auszug aus einer Wohnung, wie viele Menschen in einem Betrieb arbeiten, jede Personalveränderung müssen mitgeteilt werden. Ohne Wissen der Betroffenen können auch bei anderen Institutionen Auskünfte eingeholt werden. Vermieter sind zur Auskunft über Mieter verpflichtet. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt dazu heute zynisch: „Der Blockwart feiert fröhliche Wiederauferstehung.“ Keine Rede vom Ende der Schnüffelei.

Die neue Gebührenstruktur wäre auch kein bisschen sozialer. Dies hat jetzt keinen konkreten Bezug zu dem Antrag, aber ich will es an dieser Stelle kurz ausführen: Wer blind, seh- oder hörbehindert ist, soll künftig zahlen, wenn auch nur ein Drittel. Bisher waren diese Menschen von der Gebühr befreit. Sie sind die Verlierer dieses Konzepts. Nach Ansicht der Linken sollten sie auch weiterhin von der Gebühr befreit bleiben, wie sie es bisher waren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen außerdem, dass die Beitragsfreiheit auch auf Menschen erweitert wird, die ähnlich arm wie Hartz-IV-Empfänger sind, seien es Rentnerinnen und Rentner, Studierende ohne BAföG oder

Niedriglohnempfänger. Unser entsprechender Antrag dazu liegt vor.

Meine Damen und Herren, die neue Struktur benachteiligt kleine und mittelständische Unternehmen gegenüber großen Firmen. Dafür werden Sie von der Linken sicher keine Zustimmung bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rundfunkgebührenreform mit der Haushaltsgebühr ist kein großer Wurf, sondern eine unsoziale, unausgeglichene Verschlimmbesserung, die wir ablehnen. Deshalb müssen wir auch den Antrag der Grünen in der Sache ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Zu einer Kurzintervention hat nun Herr Kollege Schobert von der CDU-Fraktion für anderthalb Minuten das Wort.

Wittich Schobert (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Die Behindertenverbände und die Verbände, die sich mit der Thematik beschäftigen, begrüßen es, dass Menschen mit Behinderungen, wenn sie über das entsprechende Einkommen verfügen, auch ihren Beitrag dazu leisten, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu finanzieren. Warum ist das so? - Es ist so, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk - fast als einziger, wie ich glaube - viele barrierefreie Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen bietet. Das Drittel der Gebühr, das von Menschen mit Behinderungen als Rundfunkgebühr erhoben wird, die sich dies auch leisten können, soll auch dazu verwendet werden, die barrierefreien Zugänge noch zu erweitern. Wir halten das für richtig.

Man kann im Grunde genommen vielleicht auch nicht richtig vermitteln, wenn Menschen, die über ein entsprechend hohes Einkommen verfügen, nicht an der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks teilnehmen. Die Verbände, die mit uns Kontakt aufgenommen haben, haben uns allesamt gesagt: Wenn es vor dem Hintergrund des zur Verfügung stehenden Einkommens auch weiterhin die bisherigen Befreiungstatbestände gibt, ist es vollkommen in Ordnung, dass man die Gebühr von einem Drittel auch für Behinderte einführt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Frau Flauger möchte antworten. Auch sie hat anderthalb Minuten Redezeit. Bitte schön!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schobert, wir sind uns sicherlich darüber einig, dass Menschen, die blind, seh- oder hörbehindert sind, ohnehin benachteiligt sind. Es gibt eine Protokollnotiz zum Rundfunkgebührenstaatsvertrag, in der es sinngemäß heißt - ich wiederhole es hier -: Mit diesem Beitrag soll die Schaffung barrierefreier Angebote ermöglicht werden. - Das haben auch Sie sinngemäß gerade ausgeführt.

Wir als Linke sind ganz klar der Meinung, dass die Schaffung barrierefreier Angebote für Menschen mit Behinderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die gemeinsam finanziert werden muss. Es ist schon fast zynisch, wenn man sagt, auch diese Menschen sollten ihren Beitrag leisten, damit für die Zielgruppe, die ohnehin benachteiligt wird, das Angebot quasi von ihr selbst finanziert wird. Diese Aufgabe haben wir gemeinsam zu stemmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Rickert das Wort.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Helmhold, dass Sie eine gewisse genugtuende Freude angesichts des Verfahrens empfinden, kann ich nachvollziehen. Einen Teil der zeitlichen Verzögerung nehme ich auf meine Kappe. Der Abgeordnete Rickert ist erst später in die Debatte im Ausschuss hineingestoßen und musste sich erst einmal schlau machen.

Sie haben aber völlig zu Recht festgestellt, dass Sie sich mit Ihrem Antrag mittlerweile auf der Grundlage des Eckpunktepapiers der Ministerpräsidenten befinden. Insofern ist noch nichts in den Brunnen gefallen und auch noch keine Zeit verloren.

Frau Behrens, ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie hier und da gerne eine Antragsarithmetik gesehen hätten. Eines muss ich Ihnen aber sagen: Ich kann nicht feststellen, dass der Landtag sich

aus der Debatte abmeldet. Wir tun nämlich seit ungefähr einer halben Stunde nichts anderes, als zu debattieren. Wir debattieren als Landtag über ein Thema, das uns wichtig ist. Wir haben die Absicht - dies wurde auch schon beschlossen -, diese Debatte fortzusetzen, nämlich im Ausschuss. Ich möchte Ihnen dennoch den einen oder anderen Gesichtspunkt aus der Sicht der FDP-Fraktion darlegen. Dabei möchte ich mich auf folgende Punkte konzentrieren.

Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass ein Rundfunkbeitrag pro Wohnung und Betriebsstätte erforderlich ist. Auch wir sind der Auffassung, dass der Rundfunkbeitrag so ausgestaltet werden sollte, dass private Haushalte einen einheitlichen Betrag zahlen, der nicht über den Umfang des bisherigen Beitrags hinausgeht. Ich erlaube mir dennoch die Bemerkung, dass es in diesem Zusammenhang auch erlaubt sein muss, die Frage zu stellen, ob der Beitrag auf der derzeitigen Höhe bleiben muss oder ob er nicht vielleicht auch sinken könnte.

Weiterhin war immer in der Diskussion, dass Unternehmen und Behörden - dies findet auch unsere Zustimmung - nicht überproportional belastet werden sollen und dass darauf zu achten ist, dass Behörden eine gerechte, maßvolle und einfach strukturierte Abgabe entrichten. In diesem Zusammenhang geht es uns als FDP-Fraktion in der Tat auch um Kleinstunternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die nicht zu stark belastet werden sollten. Die gesamte Betriebsstättenstruktur, die in dem bereits vorliegenden Entwurf des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags enthalten ist, halten wir für diskussionswürdig.

Wir stimmen auch zu, dass der Finanzbedarf und die Gebührenfestsetzung durch die KEF als staatsferne Einrichtung ermittelt werden bzw. erfolgen soll. Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass wir bei der letzten Gebührenerhöhung, auch was die Rolle der KEF anbetrifft, einen gewissen Diskussionsbedarf hatten. Wir haben aber gelernt, dass wir an den Entscheidungsvorschlägen nicht ohne Weiteres vorbeikommen können.

Dass wir die GEZ als Gebühreneinzugszentrale kritisch sehen, ist hier bereits gesagt worden. Wir werden im Fachausschuss immer wieder mit Petitionen konfrontiert, die das doch sehr bürokratische und manchmal nicht sehr höfliche Vorgehen der Rundfunkbeauftragten der GEZ betreffen. Das ist ein Ärgernis. Wir könnten uns durchaus vorstellen, dass die GEZ bei dem geänderten Gebüh-

renmodell auf Dauer nicht mehr die Rolle spielt, die sie bisher spielt. Ich will hier nicht von einer Abschaffung reden. Man müsste sonst Alternativen entwickeln. Dafür ist es vielleicht noch etwas zu früh.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dafür, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk überhaupt gehört werden kann, sind allein die technischen Möglichkeiten ausschlaggebend. Auch das steht in Ihrem Antrag. Natürlich müssen wir auch über die Frage des Programmauftrages nachdenken. Um Beitragsstabilität langfristig sichern und Kosten reduzieren zu können, ist auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgefordert, sich aktiv, dauerhaft und konstruktiv an einer Überprüfung seines Programmauftrages und seiner sich ausweitenden Programmangebote zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich stelle hier durchaus einmal die Frage, ob es dann gerechtfertigt ist, dass das ZDF sich über ein ZDF2 Gedanken macht. Ich will hier nicht in Medienschelte verfallen. Es muss aber erlaubt sein, auch die Frage zu stellen, ob die Vorabendserien der öffentlich-rechtlichen Sender nicht mehr der Volksverdummung als der Volksinformation oder -aufklärung helfen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann schauen Sie mal auf das Privatfernsehen!)

- Das sind aber Programme, die nicht von den Gebühren der Rundfunkteilnehmer alimentiert werden. Sie werden auf andere Weise finanziert. Wir finanzieren mit unseren Gebühren Sendungen, die von ihrem Anspruch oder ihrem Niveau her vielleicht nicht das gewährleisten, was wir von einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Rickert. - Nun hat sich für die Landesregierung Herr Ministerpräsident McAllister zu Wort gemeldet. Herr Ministerpräsident McAllister, Sie haben das Wort.

David McAllister, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den neu vorgelegten Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen halte ich in weiten Teilen für konsensfähig. Ich

freue mich, dass die Debatte dazu geführt hat, dass wir über diesen Antrag heute noch nicht abschließend befinden, sondern ihn noch einmal an den Ausschuss zurückgeben.

In der Grundausrichtung besteht in der deutschen Politik ja auch Einigkeit darüber - unter den 16 Ministerpräsidenten und, wie ich der Debatte entnehmen konnte, unter vier der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen -, dass der Systemwechsel hin zu einer Betriebsstätten- und Haushaltsabgabe richtig ist.

Die Ministerpräsidenten haben sich im Juni dieses Jahres auf Eckpunkte geeinigt. Das haben mehrere Rednerinnen und Redner bereits thematisiert. Jetzt kommt es darauf an, diese Eckpunkte im Einzelnen zu diskutieren und zu prüfen, ob die Verteilungsmaßstäbe angemessen sind. Diese Eckpunkte tatsächlich einzuhalten, erfordert viel Bereitschaft zur Einigung im Detail. Jeder einzelne Punkt in diesem Regelungswerk ist zwar veränderbar, aber am Ende müssen die Einnahmen zur Verfügung stehen, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch heute schon hat. Das ist zwingende Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Das heißt: Am Ende müssen 16 Landesregierungen und 16 Landtage einvernehmlich eine Gesamtlösung beschließen. Dabei sind die einzelnen Punkte sehr eng miteinander verknüpft.

Ich möchte noch auf den Verfahrensstand hinweisen, weil es hier offensichtlich unterschiedliche Informationsstände gibt. Richtig ist: Auf der Grundlage der beschlossenen Eckpunkte haben die Rundfunkreferenten der Länder den Entwurf des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags erarbeitet. Dieser Entwurf wird nun zunächst in der Rundfunkkommission und dann möglicherweise in der Ministerpräsidentenkonferenz am 21. und 22. Oktober in Magdeburg diskutiert. Ich glaube, ehrlich gesagt, aber nicht, dass wir in Magdeburg schon zu endgültigen Beschlüssen kommen werden. Das zeigen aktuelle Hinweise z. B. aus Sachsen, das davon schon wieder Abstand genommen hat. Bisher war auch vorgesehen, im September eine Anhörung zu dem Staatsvertrag durchzuführen. Das aber ist jetzt wieder offen. Und dann ist es logisch: Wenn die Anhörung im September nicht stattfindet, dann kann auch die Ministerpräsidentenkonferenz in Magdeburg im Oktober nichts Entsprechendes beschließen.

Wie auch immer: Wir in Niedersachsen werden die Rundfunkkommission und die Ministerpräsidentenkonferenz nutzen, um die zukünftige Verteilung der

Belastung innerhalb des Bereichs der Wirtschaft noch einmal zu überprüfen. Bei dem Anteil von 7 % der Wirtschaft an der Rundfunkfinanzierung insgesamt wird es bleiben. Aber den Befürchtungen vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, durch Rundfunkbeiträge zu hoch belastet zu werden, werden wir in aller Sorgfalt nachgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Einen ganz engagierten Vertreter des niedersächsischen Handwerks haben wir glücklicherweise als Abgeordneten in unserer Fraktion. Lieber Karl-Heinz Bley, ich danke dir für deine kritischen Hinweise, die du uns in unseren Fraktionssitzungen gegeben hast.

(Beifall bei der CDU)

Damit will ich also sagen: Sollte das aktuell diskutierte Modell noch Unwuchten enthalten, werden wir versuchen, ohne Gefährdung des Gesamtvolumens nachzusteuern.

Ich möchte noch auf etwas Weiteres hinweisen, was mir aufgefallen ist. Auch die Frage der Rundfunkbeiträge für beruflich genutzte Fahrzeuge und die Frage der Staffelung der Beiträge für Betriebsstätten werden wir uns noch einmal sorgfältig anschauen. Meine Damen und Herren, diese Zeit können und diese Zeit werden wir uns nehmen, im Interesse der betroffenen Betriebe.

(Beifall bei der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema ist sehr komplex. Das hat auch die heutige Debatte gezeigt. Bei sämtlichen Modellüberlegungen darf aber nicht vergessen werden, dass es auch Berechnungsunsicherheiten gibt. Maßstab sind die Daten und Berechnungen, die uns aus den Statistiken und aus den Erfahrungen der Rundfunkanstalten und der GEZ zur Verfügung stehen. Auf der Grundlage der vielen Hinweise und Anregungen, die uns jetzt täglich erreichen, werden mögliche Alternativen wieder neu gerechnet und neu verhandelt werden. Es ist daher nicht sinnvoll, bereits jetzt frühzeitig Festlegungen aus dem Parlament heraus zu treffen; denn diese würden die Beratungen innerhalb der Rundfunkkommission und der Ministerpräsidentenkonferenz weiter erschweren. Es nutzt nichts, Pflöcke einzuschlagen, solange konkrete Berechnungen die Machbarkeit noch nicht untermauern.

Deshalb ist es gut, Frau Kollegin Helmhold, dass der Antrag zurück in den Ausschuss geht. Ich sage Ihnen mit Blick auf die Ministerpräsidentenkonfe-

renz aber auch: Es würde wenig bringen, schon in der nächsten Landtagssitzung eine Entschließung zu verabschieden.

(Beifall bei der CDU)

Weil es in dieser Frage einen großen Konsens zwischen Christdemokraten, Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten gibt, möchte ich abschließend noch einen Hinweis an Sie geben, Frau Helmhold: Ich habe mir Ihren neuen Antrag vorhin genau angeschaut. Dabei ist mir aufgefallen: Unter dem ersten Spiegelstrich Ihres Antrages bitten Sie die Landesregierung, sich auf Bundesebene für ein anderes Gebührenmodell einzusetzen. Sie wissen genau wie ich, dass dies nicht ganz richtig ist. Richtigerweise hätte es heißen müssen, dass sich die Landesregierung auf der Ebene der 16 Bundesländer für ein anderes Gebührenmodell einsetzen soll. Rundfunkrecht ist Ländersache. Dabei sollte es auch bleiben. Ich sage das deshalb, Frau Helmhold, weil Sie immer so hohe Maßstäbe an das Tun und Handeln anderer stellen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ganz herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Frau Helmhold hat beantragt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien zurückzuüberweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend bei der Parlamentariergruppe Bahn oder vor dem Fernseher beim Fußballspiel Deutschland : Aserbaidschan. Ein schönes Wiedersehen mit Berti Vogts!

Schluss der Sitzung: 19.09 Uhr.